Stadt Schwalmstadt



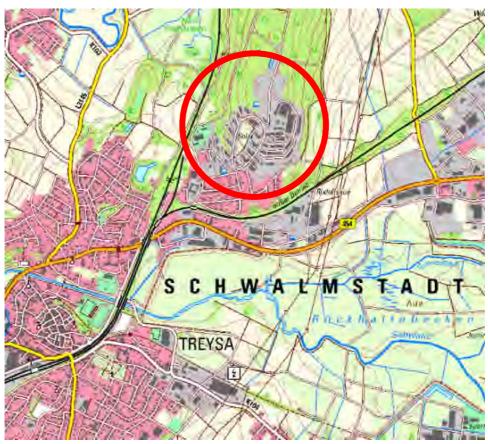
Bebauungsplan Nr. 44 "Am Harthberg" Stadtteil Treysa

1. Änderung

Begründung

mit Umweltbericht gemäß § 2a und § 9 Abs. 8 BauGB

- Entwurf -



akp_ Stadtplanung + Regionalentwicklung

akp_ König Kunze Partnerschaft • Dipl.-Ing. Stadt- und Landschaftsplanung
 adresse_ Friedrich-Ebert-Straße 153 • 34119 Kassel
 telefon_ 0561.70048-68 telefax_-69 e-mail_ post@akp-planung.de

Inhalt

1	GRU	GRUNDLAGEN		
	1.1	Planungsanlass und Planungsziele	3	
	1.2	Geltungsbereich und aktuelle Nutzung	4	
	1.3	Vorgaben und Rahmenbedingungen	5	
	1.4	Möglichkeiten der Innenentwicklung	12	
2	STÄD	TEBAULICHE PLANUNG	. 14	
	2.1	Bauliche Nutzung, Änderungen	. 14	
	2.2	Freiflächen	17	
	2.3	Erschließung: Verkehr	18	
	2.4	Erschließung: Ver- und Entsorgung	18	
	2.5	Flächenbilanz	19	
3	UMW	VELTBERICHT MIT EINGRIFFS- AUSGLEICHSPLANUNG	20	
	3.1	Einleitung und Planungsziele, Detailierungsgrad der Umweltprüfung	. 20	
	3.2	Vorgaben aus Fachplänen und Fachgesetzen	. 21	
	3.3	Bestandssituation, Eingriffstiefe und voraussichtliche Entwicklung bei Nichtdurchführung der Planung	21	
	3.4	Auswirkung auf die Schutzgüter (Anlage- und betriebsbedingte Auswirkungen)	. 26	
	3.5	Weitere Belange des Umweltschutzes	. 34	
	3.6	Zusammenfassende Bewertung	. 35	
	3.7	Entwicklungsprognosen und Planungsalternativen	. 35	
	3.8	Eingriffsminimierung und Ausgleich	. 36	
	3.9	Verfahren und Monitoring	. 37	
	3.10	Zusammenfassung	37	
4	ANHANG:			
	- Ursprungsfassung B-Plan Nr. 44 "Am Harthberg"			
	- Artenschutzrechtlicher Fachbeitrag, Bebauungsplan "Harthberg", Ingenieurbüro für Umweltplanung Dr. Theresa Rühl, Staufenberg, 13.10.2025			

1 Grundlagen

1.1 Planungsanlass und Planungsziele

Ziel der Stadt Schwalmstadt ist es den rechtskräftigen Bebauungsplans Nr. 44 "Am Harthberg" aus dem Jahr 2008 zu ändern. Der Bebauungsplan Nr. 44 für die ehemalige Harthbergkaserne setzt für die größten Teile des Geltungsbereichs Industrie- und Gewerbegebiete fest. Zudem sind kleine Randbereiche als Mischgebiet bzw. Allgemeines Wohngebiet ausgewiesen. Neben Gewerbebetrieben haben sich im ehemaligen Kasernenareal in Teilbereichen des Gewerbegebiets soziale Einrichtungen mit wohnartigen Nutzungen angesiedelt. Aus diesem Grund hat die Stadt Schwalmstadt durch das Akustikbüro Göttingen die Möglichkeit prüfen lassen, ob aus lärmtechnischen Gesichtspunkten ggf. eine Entwicklung eines Teilbereichs des Gewerbegebiets hin zu einem Mischgebiet immissionsschutzfachlich und -rechtlich umsetzbar ist. Die Prüfung des Fachbüros kam hierbei zu dem Ergebnis, dass insbesondere aufgrund des ansässigen holzverarbeitenden Betriebs (innerhalb des als GI festgesetzten Teilbereichs) die Immissionen in dem angedachten Änderungsbereichen für eine Mischgebietsentwicklung mit anteiliger Wohnnutzung zu hoch sind und die Immissionsrichtwerte deutlich überschritten werden.

Um der eingesetzten Entwicklung gegenseitig nicht verträglicher Nutzung entgegenzutreten, beabsichtigt die Stadt Schwalmstadt daher den Bebauungsplan Nr. 44 zu ändern und die in den Teilbaugebieten GI und GE derzeit ausnahmsweise zulässigen Anlagen für kirchliche und soziale Zwecke (soziale Einrichtungen) zur Vermeidung städtebaulicher Konflikte und zur Wahrung gesunder Wohn- und Arbeitsverhältnisse zukünftig auszuschließen. Diese geplante Änderung korrespondiert hierbei mit der bereits im B-Plan enthaltenen (ansonsten ebenfalls konfliktträchtigen) Unzulässigkeit von Betriebswohnungen innerhalb des Industrie- und Gewerbegebiets. Ebenso ausgeschlossen werden zur Bereithaltung von Flächen für produzierendes und verarbeitendes Gewerbes bzw. für Handwerksbetriebe "Betriebe des Beherbergungswesens".

Die vorgesehen Änderung umfasst somit den gesamten gewerblich geprägten Geltungsbereich des Bebauungsplans (GE- und GI-Teilbereiche). Der Geltungsbereich der Bebauungsplanänderung weist hierbei eine Größe von rund 35 ha auf.

Darüber hinaus sollen weitere Anpassungen des Bebauungsplans an aktuell bestehende Nutzungen erfolgen. Hierbei handelt es sich um folgende Änderungen:

- Anpassung von Baugrenzen an die aktuell ausgeübte Nutzung (Teiländerungsbereich 1, ca. 1.100 m²)
- Anpassung der Verkehrserschließung durch Aufhebung eines Teils der festgesetzten öffentlichen Straßenverkehrsfläche und Ausweisung dieser Flächen als Gewerbe- oder Industriegebiet im mittleren Teil des Geltungsbereichs (Teiländerungsbereich 2). Zusammenlegen der überbaubaren Grundstücksfläche in den betroffenen Bereichen (Änderungsbereich ca. 3,0 ha).
- (Ersatz)Festsetzung von Wendeanlagen (öffentliche Verkehrsflächen) (Teiländerungsbereich 2 und 3)
- Erweiterung des Gewerbegebiets zur Schaffung der planungsrechtlichen Zulässigkeit für eine bereits bestehende Nutzung innerhalb eines als private Grünfläche ausgewiesenen Teilbereichs (ehemaliger Hubschrauberlandeplatz mit angrenzendem Bestandgebäude, ca. 9.600 m²) (s. Teiländerungsbereich 3)

Ersatzlose Aufhebung weiterer Verkehrsflächen im Osten und Norden (Teilaufhebung 1 + 2, ca. 3.200 m²), da eine Erschließung über diese festgesetzten Straßen nicht mehr vorgesehen ist.

Die übrigen Festsetzungen des Bebauungsplans, hierbei insbesondere die Festsetzungen zur Art der baulichen Nutzung, dem festgesetzten Maß der baulichen Nutzung und den zulässigen Emissionskontingenten werden unverändert beibehalten. Die zeichnerischen Änderungen (Teiländerungsbereiche 1 bis 3) beziehen sich hierbei auf den mittleren und östlichen Teil des Geltungsbereichs und belaufen sich auf rund 4 ha. Hinzu kommen die beiden kleineren Teilaufhebungsbereiche (ca. 0,32 ha). Für alle Teilbereiche des GE und GI erfolgt eine 'reine' Änderung der textlichen Festsetzungen zum Ausschluss kirchlicher und sozialer Einrichtungen sowie von Beherbergungsbetrieben.

1.2 Geltungsbereich und aktuelle Nutzung

Der Geltungsbereich der 1. Änderung des Bebauungsplans Nr. 44 befindet sich am Nordrand der Ortslage von Treysa und umfasst den Großteil des Geltungsbereichs des bisherigen Bebauungsplans Nr. 44 "Am Harthberg" – ausgenommen sind insbesondere die Misch- und Wohngebietsflächen am süd- und südwestlichen Rand des Ursprungsplans. Der Änderungsbereich hat einen Umfang von etwa 35 ha und umfasst die bislang als Gewerbegebiet oder Industriegebiet festgesetzten Flurstücke. Der räumliche Geltungsbereich wird begrenzt durch

- Die 'Industriestraße' im Westen,
- Die Straßen ,Am Harthberg' und ,Eisenwinkelweg' im Süden,
- der Flächen mit Gewannbezeichnung "Die zwei Halben Äcker" im Osten
- und den Bundesforstflächen im Norden.

Innerhalb des Änderungsbereichs, der zunächst eine textliche Änderung erfährt, liegen zudem 3 Teiländerungsbereiche, in denen zeichnerische Änderungen vorgenommen werden. Sie verfügen über einen Umfang von ca. 4 ha. Die zeichnerischen Änderungen bilden hierbei im Wesentlichen eine planungsrechtliche Anpassung an bereits vorhandene Nutzungen ab.

Am nördlichen und südöstlichen Rand befinden sich zudem zwei Aufhebungsbereiche, mit denen ursprünglich vorgesehene Verkehrsflächen ersatzlos aufgehoben werden, da die ursprünglich geplanten (aber nicht realisierten) Anbindungen nicht weiterverfolgt werden sollen. Sie umfassen zusammen ca. 3.200 m².

Am westlichen Rand des ehemaligen Kasernengeländes -außerhalb des Änderungsbereichs- verläuft die Bahnstrecke 3900 Kassel – Frankfurt. Hier befindet sich auch die Eisenbahnverladerampe, die auch nach Aufgabe der übrigen Kasernennutzung weiterhin von der Bundeswehr gelegentlich genutzt wird.



Übersicht der Lage der Teiländerungs- und Teilaufhebungsbereiche

1.3 Vorgaben und Rahmenbedingungen

Regionalplan Nordhessen

Im Regionalplan Nordhessen 2009¹ wird der Geltungsbereich überwiegend als Vorranggebiet Industrie und Gewerbe Bestand dargestellt. Ein kleinerer Teilbereich an der südwestlichen Ecke des Geltungsbereichs wird als Siedlungsfläche Bestand dargestellt.

¹ Veröffentlicht im Staatsanzeiger Nr. 11 v. 15.03.2010



Auszug Regionalplan Nordhessen 2009 mit Lage des Änderungsbereichs

Flächennutzungsplan und Landschaftsplan

Mit der Flächennutzungsplanänderung I/1 aus dem Jahr 2008 wurde die bisherige Darstellung eines Sondergebietes Bundeswehr zu einer überwiegenden Darstellung von Industrie- und Gewerbeflächen sowie kleineren Misch- und Wohngebietsflächen geändert.



Auszug aus dem Flächennutzungsplan mit Geltungsbereich des B-Plan Nr. 44

Im Landschaftsplanentwurf aus dem Jahr 2004 wird die Fläche lediglich als "Militärfläche" dargestellt. Detaillierte Darstellungen und weitere Aussagen sind nicht vorhanden.

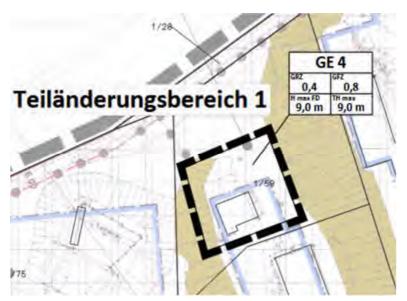


Auszug aus dem Landschaftsplanentwurf

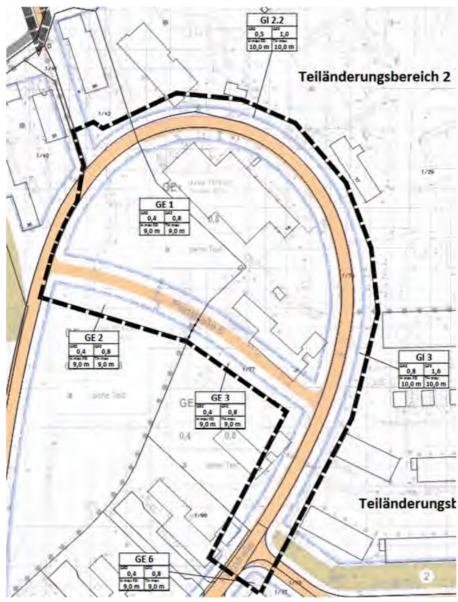
Rechtkräftiger B-Plan

Der rechtskräftige Bebauungsplans Nr. 44 "Am Harthberg" (Ursprungsfassung) ist am 16.05.2008 in Kraft getreten und setzt für den Geltungsbereich im Wesentlichen ein Industrieund Gewerbegebiet fest. Am südwestlichen Rand findet sich zudem ein kleineres Mischgebiet
und im Süden ein kleineres Allgemeines Wohngebiet. Der Bebauungsplan weist einen Umfang
von rund 38,3 ha auf. Neben der allgemein zulässigen Art der baulichen Nutzung gem. der §§ 8
und 9 des BauGB sind im Bebauungsplan für die GE und GI Teilbereiche Anlagen für kirchliche,
kulturelle, soziale und gesundheitliche Zwecke ausnahmsweise zulässig. Gleiches gilt für das GE
auch für Vergnügungsstätten. Wohnnutzungen sind innerhalb von GE und GI als allgemein unzulässig festgesetzt. Der bestehende rechtskräftige Bebauungsplan ist der Begründung als Anhang beigefügt.

Für die zeichnerischen Änderungsbereiche 1 und 2 ist bzgl. der Art der baulichen Nutzung vornehmlich ein Gewerbegebiet und beim Teiländerungsbereich 2 für einen schmalen Streifen nördlich und östlich der öffentlichen Erschließungsstraße zudem ein Industriegebiet ausgewiesen. Kleine Teilbereiche sind auch als private Grünfläche festgesetzt.

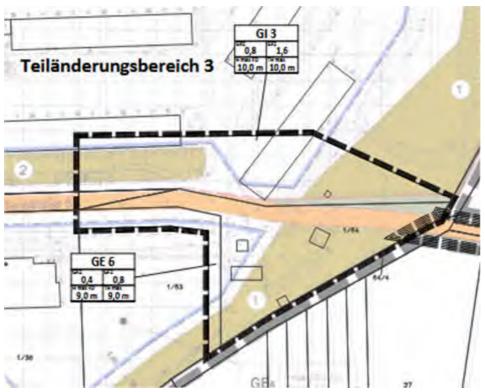


Ausschnitt rechtskräftiger B-Plan Nr. 44 mit Teiländerungsbereich 1



Ausschnitt rechtskräftiger B-Plan Nr. 44 mit Teiländerungsbereich 2

Der Teiländerungsbereich 3 wiederum ist im Norden als Industriegebiet, im Süden als Gewerbegebiet sowie im Osten als private Grünfläche ausgewiesen. Zudem läuft eine öffentliche Verkehrsfläche durch den Änderungsbereich.

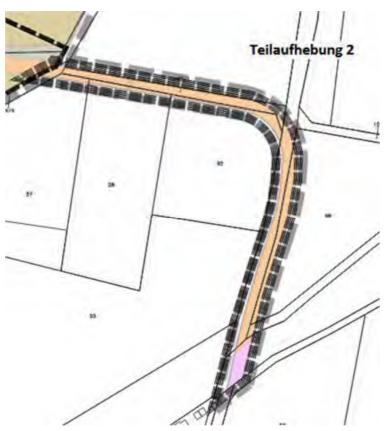


Ausschnitt rechtskräftiger B-Plan Nr. 44 mit Teiländerungsbereich 3

Die beiden Teilaufhebungsbereiche sind als öffentliche Verkehrsfläche festgesetzt.



Ausschnitt rechtskräftiger B-Plan Nr. 44 mit Aufhebungsbereich 1



Ausschnitt rechtskräftiger B-Plan Nr. 44 mit Aufhebungsbereich 2

Bestehende Erschließung

Durch die frühere Nutzung als Kasernenstandort ist die Verkehrserschließung bereits vorhanden. Über die Industriestraße im Westen ist das Plangebiet an das überörtliche Straßennetz gut angebunden. Ver- und Entsorgungsleitungen sind ebenfalls bereits vorhanden.

Altstandort

ALTIC Nummer

In der beim HLNUG geführten Altflächendatei des Landes Hessen werden Informationen über Altflächen (Altablagerungen/Altstandorte) sowie Flächen mit sonstigen schädlichen Bodenveränderungen vorgehalten, soweit diese von den Kommunen gemeldet oder auf sonstigem Wege übermittelt wurden. Gemäß der Stellungnahme des Dezernates 31.1 der Oberen Wasserbehörde beim Regierungspräsidium Kassel besteht im Fachinformationssystem Altflächen und Grundwasserschadensfälle (FIS AG) für den o.g. Planungsraum folgender belastender Eintrag:

624 022 100 001 072

ALTIS-Nummer	034.022.100-001.072
Arbeitsname	ehem. Harthberg-Kaserne
Status	Adresse / Lage überprüft (vali-
	diert)

Flächenart Altstandort

Straße Harthbergring 1

UTM-OST 514567.711

UTM-Nord 5641442.486

Es handelt es sich bei dem Altstandort um ein ehemaliges Kasernenareal. Die Harthberg-Kaserne war von 1961 bis Ende 2006 ein Bundeswehrstandort des Heeres. Im Jahr 2007 begannen im ehem. Technischen Bereich im Ostteil der Kaserne umfangreiche Abräum- und Neubauarbeiten

für eine Holzverarbeitungsfirma, die etwa 20 ha erworben hatte und seitdem dort in Betrieb ist. Die restlichen 17 ha kaufte die Stadt Schwalmstadt, Teile des Geländes wurden in Gewerbe- und Industriegebiete umgewandelt. Nähere Informationen oder Untersuchungsergebnisse zu der Planungsfläche die eine altlastenfachtechnische Beurteilung oder die einen konkreten Altlastenverdacht begründen könnten, liegen im FIS AG nicht vor. Jedoch können aufgrund der Vornutzung der Fläche Untergrundverunreinigungen nicht abschließend ausgeschlossen werden. Bei Gebäudeabrissen oder Eingriffen in den Boden muss daher mit dem Anfall von belastetem Bodenaushub gerechnet werden. Eine orientierende Untersuchung des Grundstücks bzw. der Fläche auf nutzungsspezifische Schadstoffe ist daher vor Beginn von Bodenarbeiten/Entsiegelungsmaßnahmen grundsätzlich zu empfehlen.

Kampfmittel

Die Auswertung der beim Kampfmittelräumdienst vorliegenden Kriegsluftbilder hat ergeben, dass sich das Plangebiet in Teilbereichen in einem Bombenabwurfgebiet befindet. Die belasteten Bereiche sind im beiliegenden Lageplan (s.u.) blau schraffiert gekennzeichnet.

Vom Vorhandensein von Kampfmitteln auf solchen Flächen muss grundsätzlich ausgegangen werden.

In den Bereichen, in denen durch Nachkriegsbebauungen bereits bodeneingreifende Baumaßnahmen bis zu einer Tiefe von mind. 5 Metern durchgeführt wurden, sind keine Kampfmittelräummaßnahmen notwendig.

Bei allen anderen Flächen ist eine systematische Überprüfung (Sondieren auf Kampfmittel) vor Beginn der geplanten Abbrucharbeiten, Bauarbeiten und Baugrunduntersuchungen auf den Grundstücksflächen bis in einer Tiefe von 5 Meter (ab GOK IIWK) erforderlich, auf denen bodeneingreifende Maßnahmen stattfinden. Hierbei soll grundsätzlich eine EDV-gestützte Datenaufnahme erfolgen.

Sofern die Fläche nicht sondierfähig sein sollte (z.B. wg. Auffüllungen, Versiegelungen oder sonstigen magnetischen Anomalien), sind aus Sicherheitsgründen weitere Kampfmittelräummaßnahmen vor bodeneingreifenden Bauarbeiten erforderlich.

Es ist dann notwendig, einen evtl. vorgesehenen Baugrubenverbau (Spundwand, Berliner Verbau usw.) durch Sondierungsbohrungen in der Verbauachse abzusichern. Sofern eine sondierfähige Messebene vorliegt, sollen die Erdaushubarbeiten mit einer Flächensondierung begleitet werden.

Es sollte bescheinigt werden, dass die Kampfmittelräumungsarbeiten nach dem neuesten Stand der Technik durchgeführt wurden. Der Bescheinigung ist ein Lageplan beizufügen, auf dem die untersuchten Flächen dokumentiert sind. Weiterhin ist das verwendete Detektionsverfahren anzugeben.

Nach Abschluss der Kampfmittelräumarbeiten sollen mittels E-Mail die Freigabedokumentation und entsprechende Lagepläne in digitaler Form, gern im ESRI Shape (*.shp) bzw. im Cad Format (*.dxf, *.dwg) mit geodätischen Bezugsystemen im ETRS 1989 mit UTM Zone 32N (EPSG: 25832, EPSG 4647), Gauß-Krüger-Zone 3 (EPSG: 31467) an den Kampfmittelräumdienst übersendet werden.

Die Kosten für die Kampfmittelräumung (Aufsuchen, Bergen, Zwischenlagern) sind vom Antragsteller/Antragstellerin, Interessenten/Interessentin oder sonstigen Berechtigten (z.B. Eigentümer/Eigentümerin, Investor/Investorin) zu tragen. Die genannten Arbeiten sind daher von

diesen selbst bei einer Fachfirma in Auftrag zu geben und zu bezahlen.

Bei der Angebotseinholung oder der Beauftragung einer Fachfirma sollte immer das v. g. Aktenzeichen (Sch 1362-2025) angegeben werden und eine Kopie dieser Stellungnahme beizufügen.

Die Allgemeinen Bestimmungen für die Kampfmittelräumung im Lande Hessen sind auf der Internetseite des Kampfmittelräumdienstes verfügbar.

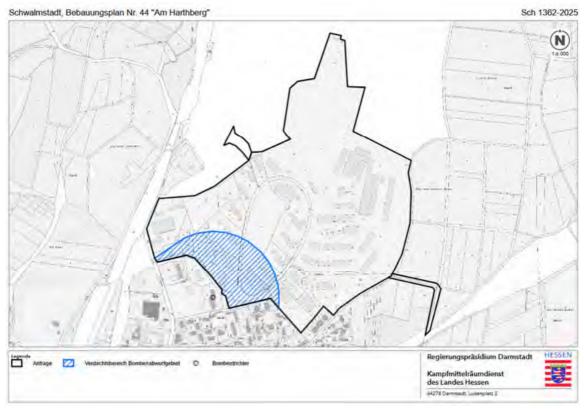
https://rp-darmstadt.hessen.de/sicherheit-und-kommunales/gefahrenabwehr/kampfmittel-raeumdienst

Da Kampfmittelräumarbeiten im Voraus schwer zu berechnen sind, ist die Abrechnung der Leistungen nach tatsächlichem Aufwand unumgänglich. Dies ist in jedem Falle Voraussetzung für eine positive Rechnungsprüfung zum Zwecke der Kostenerstattung durch den Bund gem. Nr. 3. der Allgemeinen Bestimmungen für die Kampfmittelräumung.

Eine Kopie des Auftrages ist dem Kampfmittelräumdienst zur Kenntnisnahme zuzusenden.

Den Abtransport - ggf. auch die Entschärfung - und die Vernichtung der gefundenen Kampfmittel wird das Land Hessen -Kampfmittelräumdienst- weiterhin auf eigene Kosten übernehmen.

Außerhalb der blau schraffierten Fläche enthalten die vom Kampfmittelräumdienst ausgewerteten Luftbildern keine Hinweise auf ein Vorkommen von Kampfmitteln. Sollte dennoch ein kampfmittelverdächtiger Gegenstand gefunden werden, ist der Kampfmittelräumdienst unverzüglich zu verständigen.



Lageplan mit Darstellung des Bombenabwurfgebiets (blau schraffiert)

1.4 Möglichkeiten der Innenentwicklung

Da es sich um planungsrechtliche Anpassungen von textlichen Festsetzungen zur (Nicht-)

Zulässigkeit von einzelnen Nutzungen oder zur Anpassung der zeichnerischen Festsetzungen einzelner Punkte an bestehende Nutzungen handelt, sind Standortalternativen nicht gegeben. Die Bebauungsplanänderung entspricht in diesem Sinne auch dem Vorrang der Innentwicklung.

2 Städtebauliche Planung

2.1 Bauliche Nutzung, Änderungen

Art der baulichen Nutzung, Maß der baulichen Nutzung

Der Bebauungsplan Nr. 44 für die ehemalige Harthbergkaserne setzt für die größten Teile des Geltungsbereichs Industrie- und Gewerbegebiete fest. Zudem sind kleine Randbereiche als Mischgebiet bzw. Allgemeines Wohngebiet ausgewiesen. Neben Gewerbebetrieben haben sich im ehemaligen Kasernenareal in Teilbereichen des GE auch soziale Einrichtungen mit wohnartigen Nutzungen angesiedelt, die gem. den §§ 8 und 9 BauNVO im Gebiet ausnahmsweise zulässig sind. Seitens der Stadt Schwalmstadt wurde aufgrund der beschriebenen Ansiedlungen für Teile des Plangebiets eine Entwicklung als Mischgebiet erwogen und immissionsschutzfachlich geprüft. Die Prüfung des Fachbüros kam hierbei zu dem Ergebnis, dass insbesondere aufgrund des ansässigen holzverarbeitenden Betriebs (innerhalb des als GI festgesetzten Teilbereichs) die Immissionen in dem angedachten Änderungsbereichen für eine Mischgebietsentwicklung mit anteiliger Wohnnutzung zu hoch sind und die Immissionsrichtwerte deutlich überschritten werden.

Um der eingesetzten Entwicklung gegenseitig nicht verträglicher Nutzung entgegenzutreten, wird mit der vorliegenden Änderung des Bebauungsplans die Zulässigkeit der derzeit ausnahmsweise zulässigen Anlagen für kirchliche und soziale Zwecke (soziale Einrichtungen) zur Vermeidung städtebaulicher Konflikte und zur Wahrung gesunder Wohn- und Arbeitsverhältnisse in den GI- und GE-Teilbereichen gem. § 1 Abs. 6 BauNVO allgemein ausgeschlossen.

Diese geplante Änderung korrespondiert hierbei mit der bereits im B-Plan enthaltenen (ansonsten ebenfalls konfliktträchtigen) Unzulässigkeit von Wohnnutzungen innerhalb des gesamten Industrie- und Gewerbegebiets. Dieser Ausschluss von Wohnnutzungen wird mit der vorliegenden Änderung beibehalten, aber an die Formulierung der BauNVO angepasst (Ausschluss von Wohnungen für Aufsichts- Bereitschaftspersonen sowie für Betriebsinhaber), da nicht betriebsgebundene Wohnnutzungen in einem GE und GI allgemein unzulässig sind.

Zudem wird auf Grundlage des § 1 Abs. 9 BauNVO festgesetzt, dass Betriebe des Beherbergungsgewerbes allgemein unzulässig sind. Mit dem Ausschluss dieses Anlagentyps wird die Flächenbereitstellung und Stärkung des produzierenden und verarbeitenden Gewerbes bzw. von Handwerksbetrieben (ähnlich Handwerkerhöfen oder Gewerbeparks) verfolgt.

Die vorgesehenen (textlichen) Änderungen umfassen somit fast den gesamten Geltungsbereich des Bebauungsplans (alle GE- und GI-Teilbereiche). Lediglich die als Wohn- oder Mischgebiet ausgewiesenen Teilbaugebiete des Ursprungsplans bleiben von der Änderung ausgenommen. Der Geltungsbereich der Bebauungsplanänderung für diese ausschließlich textliche Änderung weist hierbei eine Größe von rund 35 ha auf.

Die übrigen textlichen Festsetzungen des Bebauungsplans, hierbei insbesondere die Festsetzungen zur Art der baulichen Nutzung, dem festgesetzten Maß der baulichen Nutzung und den zulässigen Emissionskontingenten werden unverändert beibehalten.

Innerhalb der drei zeichnerischen Teiländerungsbereiche 1-3 werden -bis auf den o.g. Ausschluss der "Anlagen für kirchliche und soziale Zwecke" und von Beherbergungsbetrieben sowie der Anpassung der Formulierung zum Ausschluss von Betriebswohnen - keine Änderungen bezüglich der Art der Nutzung vorgenommen. Änderungen an der ausgewiesenen Art der

baulichen Nutzung ergeben sich jedoch durch die Umwandlung von Verkehrsflächen und von privaten Grünflächen, die zukünftig als gewerbliche Bauflächen (Gewerbegebiet/Industriegebiet) ausgewiesen werden (s. hierzu auch nachfolgendes Kapitel "Überbaubare und nicht überbaubare Grundstücksfläche").

Überbaubare und nicht überbaubare Grundstücksfläche

Teiländerungsbereiche

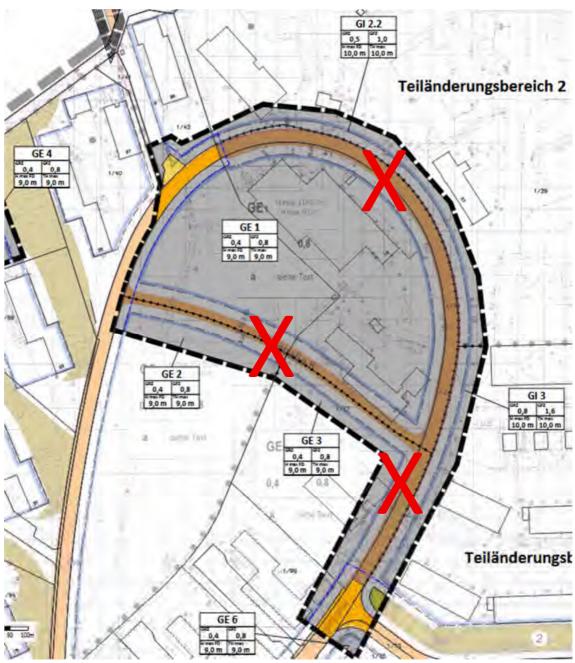
In den drei zeichnerisch dargestellten Teiländerungsbereichen werden zeichnerischen Änderungen vorgenommen (Aufhebung Straßenverkehrsfläche und Zusammenlegung Baugebietsbaufläche sowie Änderung Grünfläche und überbaubare Grundstücksfläche). Diese Änderungen beziehen sich hierbei auf den mittleren und östlichen Teil des Geltungsbereichs und belaufen sich auf rund 4 ha.

Im <u>Teiländerungsbereich 1</u> wird die bestehende Baugrenze um ca. 12 m nach Nordwesten innerhalb des bestehenden Gewerbegebiet GE 4 erweitert, um den vorhandenen baulichen Bestand zu entsprechen.



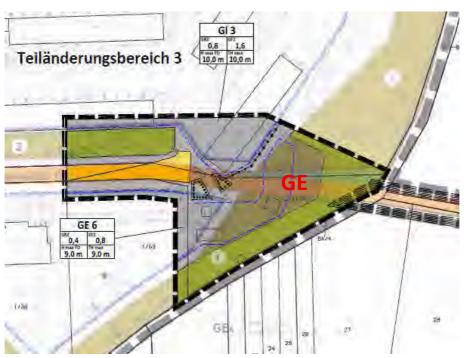
Übersicht der geplanten Änderung im Teiländerungsbereich 1

Innerhalb des <u>Teiländerungsbereichs 2</u> wird die Festsetzung als Straßenverkehrsfläche eines Teils der ehemaligen Ringerschließung der Kaserne aufgehoben. Dieser Teil liegt mittlerweile innerhalb eines privaten Grundstücks und ist daher nicht mehr öffentlich zugänglich und für die Erschließung der übrigen Grundstücke auch nicht erforderlich. Diese Verkehrsfläche wird stattdessen dem privaten Grundstück zugeschlagen und entsprechend als Gewerbegebiet (Teilbaugebiete GE 1 + 3) festgesetzt. Auch die bisher straßenbegleitenden Baugrenzen werden in diesem Zug zurückgenommen und die überbaubaren Flächen beidseits der bisherigen Straßenverkehrsfläche vereinigt. Im Nordwesten wird die verbleibende Straßenverkehrsfläche für einen Wendehammer aufgeweitet, um somit den verkehrlichen Anforderungen zu entsprechen.



Übersicht der geplanten Änderung im Teiländerungsbereich 2

Im <u>Teiländerungsbereich 3</u> wird eine festgesetzte Straßenverkehrsfläche, die als zusätzliche Anbindung des Gewerbegebiets nach Osten vorgesehen war, jedoch niemals gebaut wurde, aufgehoben. Beidseits dieser Straßenverkehrsfläche sind im Bebauungsplan bisher private Grünflächen festgesetzt. Ein größerer Anteil dieser Flächen beinhaltet jedoch aus der Zeit der militärischen Nutzung bereits Gebäude und versiegelte Flächen. Diese werden derzeit durch einen Gewerbebetrieb weitergenutzt, was sich grundsätzlich auch als städtebaulich sinnvoll darstellt. Daher wird durch die Änderung ein Teil der Änderungsbereichsflächen entsprechend der vorhandenen und geplanten Nutzung als Gewerbegebiet (überbaubare und nicht überbaubare Grundstücksfläche) dargestellt. Zudem wird entlang der Außengrenze des Plangebiets durch den Wegfall der Straßenverkehrsfläche die private Grünfläche als durchgehendes Band geschlossen.



Übersicht der geplanten Änderung im Teiländerungsbereich 3

Aufhebungsbereiche

In zwei Aufhebungsbereichen werden festgesetzte Straßenverkehrsflächen am nördlichen und südöstlichen Rand des Geltungsbereichs, die aus dem Plangebiet herausragten, ersatzlos aufgehoben. Aufgrund der derzeitigen Nutzung ist kein Bedarf für einen zusätzlichen Erschließungsausbau erkennbar.

2.2 Freiflächen

Grundstücksfreiflächen, Private und Öffentliche Grünflächen

Der bisherige Bebauungsplan enthält verschiedene Festsetzungen zur Gestaltung und Bepflanzung von Grundstücksfreiflächen, Privaten und Öffentlichen Grünflächen, diese gelten unverändert fort. Durch die Festsetzung von zwei kleineren Flächen zum Erhalt von Bäumen und Sträuchern sollen die vorhandenen Gehölze rechts und links der Zufahrt zum ehemaligen Hubschrauberlandeplatz im Teiländerungsbereich 3 gesichert werden.



Zufahrt zum ehemaligen Hubschrauberlandeplatz im Teiländerungsbereich 3

Artenschutzrechtliche Vermeidungs- und Kompensationsmaßnahmen

In den Bebauungsplan wurden die artenschutzrechtlichen Vermeidungs- und Kompensationsmaßnahmen (Bauzeitenregelung, Nistkästen, Reptilienzaun) sowie die artenschutzrechtlichen Empfehlungen (Insektenschonende Beleuchtung, Nisthilfen an Gebäuden, regionales Saatgut und Ansaat Blühmischung) aus dem Artenschutzrechtlichen Fachbeitrag des Büros IBU Umweltplanung übernommen.

2.3 Erschließung: Verkehr

Im Rahmen der Konversion des ehemaligen Kasernenstandorts wurde ein großer Flächenanteil des Geländes im Nordwesten an einen Gewerbebetrieb veräußert. Darunter fällt auch ein Teil der ehemaligen Ringerschließung, die seitdem nicht länger als öffentliche Straßenverkehrsfläche zu Verfügung steht und folglich den gewerblichen Bauflächen zugeschlagen wird. Soweit erforderlich werden an den künftigen Enden des öffentlichen Verkehrsnetzes Aufweitungen der öffentlichen Straßenverkehrsfläche vorgesehen, um die Anlage eines Wendehammers zu ermöglichen.

2.4 Erschließung: Ver- und Entsorgung

Ver- und Entsorgungsleitungen sind im Plangebiet bereits flächendeckend vorhanden.

2.5 Flächenbilanz

Änderungsbereich 1. Änderung (textliche Änderung):	347.500 m²
Davon Teiländerungsbereich 1:	1.070 m²
Gewerbegebiet GE 4 (GRZ 0,4)	890 m²
Private Grünfläche	180 m²
Davon Teiländerungsbereich 2:	29.780 m²
Gewerbegebiet GE 1 (GRZ 0,4)	18.970 m²
Gewerbegebiet GE 2 (GRZ 0,4)	1.720 m²
Gewerbegebiet GE 3 (GRZ 0,4)	3.270 m²
Gewerbegebiet GE 6 (GRZ 0,4)	170 m²
Industriegebiet GI 2.2 (GRZ 0,5)	2.770 m²
Industriegebiet GI 3 (GRZ 0,8)	1.840 m²
Öffentliche Straßenverkehrsfläche	970 m²
Private Grünfläche	60 m²
Davon Teiländerungsbereich 3:	9.610 m²
Gewerbegebiet GE 6 (GRZ 0,4)	3.870 m²
davon: Fläche zum Erhalt von Bäumen und Sträuchern	(150 m²)
Industriegebiet GI 3 (GRZ 0,8)	2.030 m²
Öffentliche Straßenverkehrsfläche	700 m²
Private Grünfläche	2.990 m²
Teilaufhebung 1:	360 m²
Teilaufhebung 2:	2.870 m ²

3 Umweltbericht mit Eingriffs- Ausgleichsplanung gemäß § 2 Abs. 4 i. V. m. § 2a Satz 2 Nr. 2 BauGB und der Anlage zum BauGB

3.1 Einleitung und Planungsziele, Detailierungsgrad der Umweltprüfung

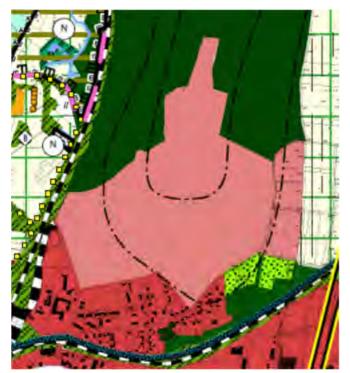
Nach § 2 Abs. 4 i. V. m. § 2a Satz 2 Nr. 2 BauGB ist im Rahmen des Bauleitplanverfahrens für die Belange des Umweltschutzes eine Umweltprüfung durchzuführen, in der die voraussichtlichen erheblichen Umweltauswirkungen ermittelt und in einem Umweltbericht – als Bestandteil der Begründung – entsprechend der Anlage zum Baugesetzbuch beschrieben und bewertet werden. In den Umweltbericht integriert ist die Berücksichtigung der ergänzenden Vorschriften zum Umweltschutz nach § 1a BauGB (Bodenschutzklausel, Eingriffsregelung nach BNatSchG).

Die Untersuchungstiefe der Umweltprüfung orientiert sich an den Festsetzungen des Bebauungsplans. Gem. Baugesetzbuch sind hierbei die *erheblichen* Umweltauswirkungen, die mit der Planung verbunden sind und welche *erheblichen* Einwirkungen auf die mithilfe des Bebauungsplans vorbereiteten Nutzungen anzunehmen sind, zu prüfen. Hierzu werden regelmäßig anzunehmende Einwirkungen geprüft nicht jedoch außergewöhnliche und nicht vorhersehbare Ereignisse.

Der Geltungsbereich der 1. Änderung des Bebauungsplans Nr. 44 befindet sich am Nordrand der Ortslage von Treysa und umfasst den Großteil des Geltungsbereichs des bisherigen Bebauungsplans Nr. 44 "Am Harthberg" – ausgenommen sind insbesondere die Misch- und Wohngebietsflächen am süd- und südwestlichen Rand des Ursprungsplans. Der Änderungsbereich für die textliche Festsetzungen (Ausschluss von kirchlichen und sozialen Einrichtungen sowie von Beherbergungsbetrieben) hat einen Umfang von etwa 35 ha und umfasst die bislang als Gewerbegebiet oder Industriegebiet festgesetzten Flurstücke. Innerhalb des Gesamtänderungsbereichs befinden sich zudem noch drei Teiländerungsbereiche, in denen zugleich zeichnerische Festsetzungen geändert werden. In den Teiländerungsbereichen 1-3 werden hierbei entsprechend der bereits ausgeübten Nutzung Änderung an den bisherigen Ausweisungen des Bebauungsplans vorgenommen. So erfolgt eine Überführung von dargestellten öffentlichen Verkehrsflächen in private gewerbliche Bauflächen oder von privaten Grünflächen in gewerbliche Bauflächen. Zudem erfolgt eine Ausweitung überbaubarer Grundstücksflächen. Die Änderungen umfassen ca. 4 ha. Zudem werden noch zwei zur externen Anbindung geplante Verkehrsflächen ersatzlos aufgehoben (ca. 0,32 ha), da ein Ausbau dieser Wege und ein Anschluss des Gewerbe- und Industriegebietes über diese nicht mehr vorgesehen ist.

Aufgrund der vorgefundenen z.T. ökologisch wertvollen Vegetationsausstattung im Teiländerungsbereich 3 wurde hierfür ein Artenschutzrechtlicher Fachbeitrag (Stand: 13. Oktober 2025) vom Ingenieurbüro für Umweltplanung Dr. Theresa Rühl (IBU) erarbeitet. Die Ergebnisse werden in Kap. 3.4 dargestellt, der Fachbeitrag als Anhang in die Begründung aufgenommen.

3.2 Vorgaben aus Fachplänen und Fachgesetzen



Im Landschaftsplanentwurf aus dem Jahr 2004 wird die Fläche lediglich als "Militärfläche" dargestellt. Detaillierte Darstellungen und weitere Aussagen sind nicht vorhanden.

3.3 Bestandssituation, Eingriffstiefe und voraussichtliche Entwicklung bei Nichtdurchführung der Planung

Bestandsituation und Eingriffstiefe

Das Plangebiet ist im gesamten Bereich – z.T. noch aus der ehemaligen Kasernennutzung - bereits baulich geprägt und wird mittlerweile umfänglich als industrieller und gewerblicher Standort genutzt. Hinzu kommen weiterer sportliche und soziale Einrichtungen. Teile des ehemaligen Kasernenareals weisen hierbei eine Unternutzung auf oder stehen auch vollständig leer.

Die Bebauungsplanänderung beschränkt sich hierbei für die Teiländerungsbereiche 1 und 2 sowie für die Teilaufhebungsbereiche 1 und 2 ausschließlich auf eine Anpassung an den Bestand. Diese erfolgt insbesondere durch eine geringfügige Modifikation von Baugrenzen und die Einbeziehung von bisher ausgewiesenen Straßenverkehrsflächen in gewerbliche Bauflächen und beziehen sich insofern lediglich auf bereits bisher planungsrechtlich bebaubare Flächen. Lediglich im Teiländerungsbereich 3 wird die Fläche des Gewerbegebiets etwas erweitert, wobei auch hier ein Großteil bereits eine bauliche Bestandsnutzung aufweist.

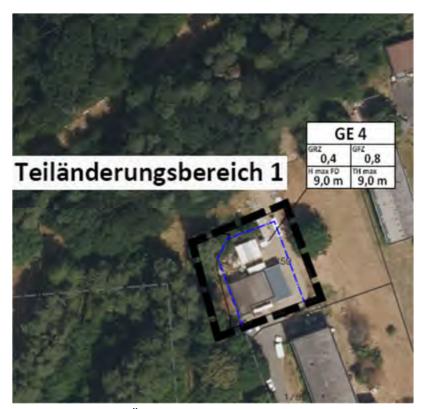
Die textliche Änderung für den Gesamtänderungsbereich bezieht sich wiederum ausschließlich auf den Ausschluss von baulichen Anlagen für kirchliche und soziale Zwecke, die ansonsten innerhalb des Änderungsbereichs gem. §§ 8 und 9 (jeweils Abs. 3) BauNVO ausnahmsweise zulässig wären sowie den Ausschluss von Beherbergungsbetrieben. Mit diesem Ausschluss sind wiederum keine Auswirkungen auf Natur- und Landschaft verbunden.

Teiländerungsbereich 1

Im Teiländerungsbereich 1 wird durch die Verschiebung der Baugrenze um ca. 12 m keine neuen Baurechte ausgelöst, da für die Fläche bereits eine Bebauung u.a. mit Stellplätzen und Nebenanlagen zulässig war. Eine Erhöhung der Grundflächenzahl (GRZ), die abschließend zu einer Erhöhung der bebaubaren Grundfläche führen würde, erfolgt nicht.



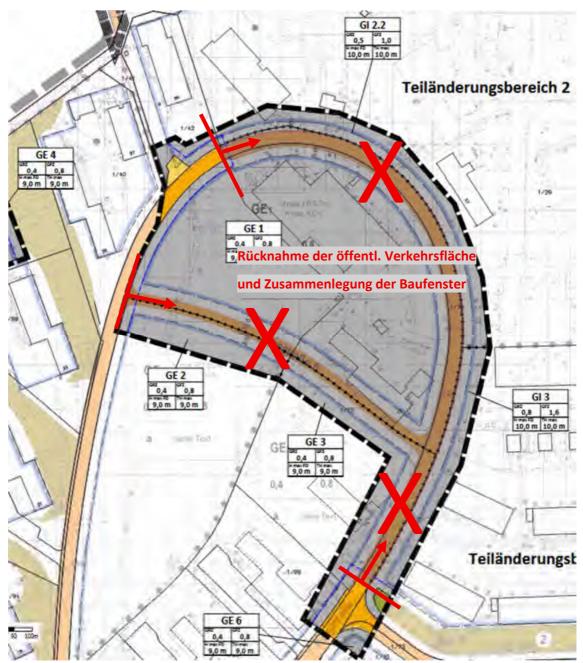
Übersicht der geplanten Änderung



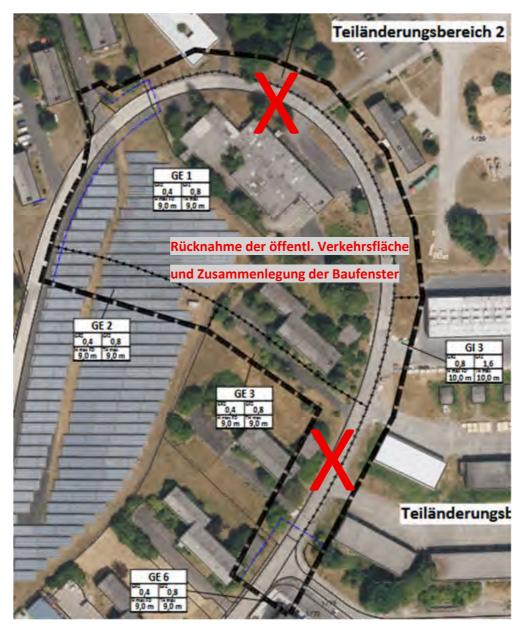
Luftbild mit geplanter Änderung

Teiländerungsbereich 2

Im <u>Teiländerungsbereich 2</u> entfallen ca. 2.500 m² öffentliche Straßenverkehrsfläche. Diese werden zukünftig den gewerblichen Bauflächen zugeschlagen. Da bereits eine Versiegelung der Flächen vorliegt, sind keine negativen Auswirkungen mit der Änderung verbunden. Rechnerisch erfolgt dem hingegen für den Teiländerungsbereich 2 durch die Verringerung der Überbauung von 100 % im Falle einer Verkehrsfläche hin zu einer gewerblichen Baufläche mit einer GRZ von bis zu 0,6 (GRZ 0,4 + 50% zulässige Überschreitung) eine Reduktion der zulässigen Versiegelung um 40 % im Vergleich zur Verkehrsfläche.



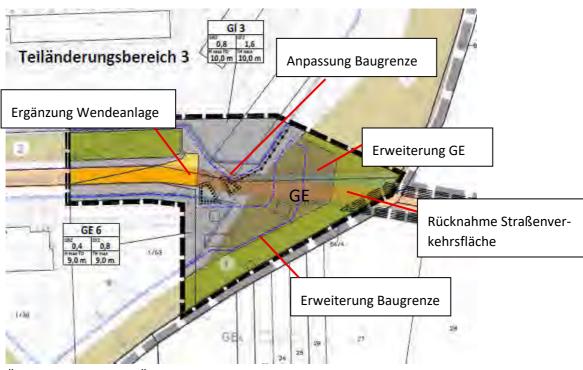
Übersicht der geplanten Änderungen



Luftbild mit geplanten Änderungen

Teiländerungsbereich 3

Für den südöstlichen <u>Teiländerungsbereich 3</u> stellt es sich dem hingegen etwas anders dar. Diese Fläche ist lediglich für den westlichen Teil bereits als Gewerbegebiet ausgewiesen, während der östliche Teilbereich aktuell als private Grünfläche festgesetzt ist. Im Norden ist zudem ein kleiner Teilbereich im B-Plan als öffentliche Verkehrsfläche dargestellt.



Übersicht der geplanten Änderung

Nach der Bestandsituation gestaltet es sich wiederum so, dass innerhalb des als private Grünfläche ausgewiesen Bereichs kleinere Gebäude sowie der baulich befestigte ehemalige Hubschrauberlandeplatz der Kaserne gelegen ist. Diese Bestandsgebäude werden hierbei auch aktuell gewerblich genutzt. Darüber hinaus finden sich allerdings auch einige ruderalisierte Bereiche mit z.T. beginnendem Gehölzaufwuchs sowie Gebüsche im Planbereich. Durch die Rücknahme einer im Ursprungsplan festgesetzten aber nicht gebauten Straßenanbindung nach Südosten kann im Süden eine umlaufende Grünfläche mit vorhandenen Gehölzen planungsrechtlich gesichert werden.



Luftbild mit geplanten Änderungen

Teilaufhebungen

Die beiden Teilaufhebungsbereiche (Rücknahme Straßenverkehrsflächen durch Aufhebung Geltungsbereich) führen wiederum zu keiner Änderung der aktuellen Nutzung. Planungsrechtlich erfolgt allerdings eine Rücknahme von Baurechten für Straßenverkehrsflächen.

Nichtdurchführung der Planung

Bei der Nichtdurchführung der Änderung ist davon auszugehen, dass im Teiländerungsbereich 3 die Sukzession (auf den in Teilen befestigten und versiegelten Flächen) der ehemaligen Kaserne weiter voranschreitet und die dann ungenutzten Gebäude verfallen, während im westlichen Teil weiterhin eine gewerbliche Nutzung – mit der Entfernung der Vegetationsbestände - zulässig bleibt. Für die zeichnerischen Änderungsbereiche 1 und 2 ist auch bei einer Nichtdurchführung der Änderung davon auszugehen, dass die gewerbliche Nutzung dieser Flächen bestehen bleibt. Für die Teilaufhebungsbereiche bleibt wiederum eine bauliche Inanspruchnahme zu Erschließungszwecken weiterhin zulässig und würde bei einer baulichen Inanspruchnahme zu negativen Auswirkungen auf Natur- und Landschaft führen.

Die Nichtdurchführung der textlichen Änderung mit dem Ausschluss kirchlicher und sozialer Einrichtungen würde dem hingegen der Sicherung gesunder Wohn- und Arbeitsverhältnisse zuwiderlaufen und würde den städtebaulichen Konflikt unverändert beibehalten.

3.4 Auswirkung auf die Schutzgüter (Anlage- und betriebsbedingte Auswirkungen)

Schutzgut Boden und Wasser

Generell betreffen die Auswirkungen einer Bebauung auf den Naturhaushalt und die Landschaft

zunächst die natürliche Bodenfunktion. Durch eine Bebauung und Erschließung wird der Boden versiegelt. Die Bodenversiegelung führt hierbei zu einer langfristigen Zerstörung des Entwicklungspotenzials des Bodens.

Bei den betroffenen Böden im Plangebiet handelt es sich allerdings bereits um durch gewerbliche oder militärische (Vor-)Nutzung gestörte und anthropogen überformte Böden, bei denen bereits eine erhebliche Beeinträchtigung der Bodenfunktion vorliegt. Das ökologische Wirkungsgefüge des Bodens und seine Qualität als Puffer im Ökosystem ist daher bereits erheblich vermindert. Auch die Versickerungsfähigkeit des Bodens ist insofern bereits erheblich gestört. Die Auswirkungen auf den Boden werden somit für alle Teilbereich als gering bewertet.

Zudem sind die Teiländerungsbereiche 1 und 2 bereits umfassend bebaut. Eine weitere und bisher unzulässige Bebauung erfolgt für diese Teilbereiche durch die Bebauungsplanänderung nicht. Lediglich die Art der baulichen Nutzung wird verändert (z.B. Hauptanlage statt Nebenanlagen, Gebäude statt Verkehrsfläche).

Auch für den Teiländerungsbereich 3 besteht, wie im Kapitel Bestandssituation und Eingriffstiefe beschrieben bereits eine bauliche Nutzung durch kleinere Gebäude sowie einen versiegelten Hubschrauberlandeplatz aus Zeiten der militärischen Nutzung, die der natürlichen Bodenfunktion somit bereits vollständig entzogen sind. Daneben existieren allerdings auch Teilbereiche, die aktuell unbefestigt und bewachsen (vornehmlich Ruderalfluren und Gebüsche) sind. Diese Böden weisen aus der ehemaligen Kasernennutzung aber auch bereits eine anthropogene Überformung auf.

Unter Bezugnahme auf die hier vorgenommene Ergänzung bzw. Erweiterung des im rechtskräftigen Bebauungsplan festgesetzten Teilbaugebiets GE 6 um rund 1.850 m² und der hierfür ausgewiesene GRZ von 0,6 (GRZ 0,4 + zulässige Überschreitung von 50%) wird im Bebauungsplan eine Überbauung von rund 1.110 m² Boden neu zulässig, wovon durch die bereits aus militärischer Nutzung bestehende baulichen Anlagen (u.a. kleine Gebäude, Tank, Hubschrauberlandeplatz) allerdings gut 600 m² bereits versiegelt sind. Die zusätzliche zulässige Überbauung beschränkt sich insofern auf lediglich ca. 500 m². Hinzu kommt noch die nicht umgesetzte Erschließungsstraße, die eine Überbauung auf ca. 370 m² des erweiterten GE-Baugebiets planungsrechtlich bereits zulässig macht. Insofern handelt es sich lediglich um eine geringfügige Erweiterung bebaubarer Bereiche.

Eine besondere Bedeutung oder Schutzwürdigkeit der Böden, die der vorliegenden Planung grundsätzlich entgegenstehen, ist insbesondere unter Berücksichtigung der (Vor-)Nutzung und der bereits bestehenden erheblichen Störung der Böden sowie die Kleinflächigkeit der zusätzlich zulässigen Eingriffe nicht anzunehmen. Die geringfügigen zusätzlichen Eingriffe in das Schutzgut Boden im Teiländerungsbereich 3 sind allerdings auszugleichen.

Eng verknüpft mit den Auswirkungen auf den Boden sind die Folgen für den Wasserhaushalt. Durch eine Versiegelung sinkt die Versickerung im Plangebiet und zugleich steigt dementsprechend die Abflussmenge. Die Grundwasserneubildung nimmt ab, und es muss mit stärkeren Hochwasserspitzen gerechnet werden, zumal durch die Versiegelung auch die Abflussgeschwindigkeit steigt. Da es sich, wie dargestellt, lediglich um eine geringfügige Ausweitung zusätzlicher Versiegelungen handelt, werden diese Auswirkungen als nicht erheblich gewertet. Hierzu trägt auch bei, dass eine Versickerung in die angrenzenden Bereiche auch zukünftig zulässig bleibt.

Betriebsbedingt (über die grundsätzliche Neuversiegelung hinaus) ist von keinen wesentlichen Beeinträchtigungen von Boden und Wasser auszugehen, da die gewerbliche Nutzung nach dem

Stand der Technik erfolgen muss und eine schädliche Bodenverunreinigung hierbei grundsätzlich auszuschließen ist.

Zusammenfassend ist festzuhalten, dass aufgrund der der bereits bestehenden Überbauung und gewerblichen Nutzung die Eingriffe insgesamt als geringfügig zu beurteilen sind.

Flora und Fauna, Artenschutz

Wie bereits im Kapitel Bestandssituation und Eingriffstiefe dargelegt, werden in den Teiländerungsbereichen 1 und 2 keine wesentlichen Eingriffe in bewachsene Grundstücksteile ausgelöst, da die Flächen bereits eine gewerbliche Nutzung unterliegen oder als ehemalige Erschließungsstraßen ausgebaut sind. Eine bauliche Nutzung ist in diesen Bereichen zudem planungsrechtlich bereits zulässig. Lediglich für den Teiländerungsbereich 3 erfolgt ein Eingriff in z.T. auch ökologisch wertvolle Vegetationsbestände.

Der Teiländerungsbereich 3 zeichnet sich hierbei in seiner aktuellen gewerbliche Unternutzung durch einen Wechsel von ruderalisierten Brachflächen, Gebüschen, jungen Einzelbäumen und gewerblich genutzten, bereits versiegelten Bereichen aus. Auch finden sich weitere Anlagen aus ehemaliger militärischer Nutzung - wie oberirdische Tanks - auf dem Grundstück. Bei den Ruderalfluren sind gräserdominierte Teilbereiche ebenso zu verzeichnen wie Bereiche mit beginnendem Gehölzaufwuchs, worin sich die Dauer und Häufigkeit der ausbleibenden bzw. verringerten Nutzung widerspiegeln.





Fotos Teiländerungsbereich 3

Den Hauptanteil des Plangebietes bildet eine Wiesenbrache, die sich entlang des südlichen Randes sowie über etwa ein Drittel der Fläche im Osten erstreckt. Es handelt sich um eine ehemals extensiv genutzte Glatthaferwiese (KV-Typ 06.380 – Wiesenbrache), die derzeit brachliegt und

von Glatthafer (Arrhenatherum elatius) sowie weiteren typischen Gräsern dieses Wiesentyps dominiert wird. Die Fläche weist nur eine mäßige Artenvielfalt auf. Vereinzelt kommen krautige Arten wie Echtes Johanniskraut (Hypericum perforatum), Weißes Labkraut (Galium album) und Kletten-Labkraut (Galium aparine) vor. Im Rahmen einer fortschreitenden Sukzession siedeln sich zunehmend Pioniergehölze an, insbesondere Pappel (Populus sp.), Weißdorn (Crataegus monogyna), Roter Hartriegel (Cornus sanguinea) sowie vereinzelt Brombeere (Rubus fruticosus agg.).

Zentral im Plangebiet befindet sich eine ca. 300 m² große Fläche mit wasserdurchlässigem Pflasterbelag. Hier wurde ein Erdhaufen auf einer gepflasterten Fläche aufgeschüttet. Dieser ist inzwischen bewachsen und zeigt die Ausbildung einer Baumgruppe (KV-Typ 04.210) aus Zitterpappeln (Populus tremula). Einige einzelne Bäume wie eine Hängebirke (Betula pendula) oder ein Steinweisel (Prunus mahaleb) wachsen im gepflasterten Bereich bei einem Gebäude im Zentrum. Entlang des gepflasterten Platzes in der Mitte hat sich ein artenreicher Saum (KV-Typ 09.122) mit Arten wie der rundblättrigen Glockenblume (Campanula rotundifolia) und dem gewöhnlichen Hornklee (Lotus corniculatus) gebildet.

Nordwestlich liegt ein kleiner Abschnitt einer artenreichen- und blütenreichen Ruderalvegeation (KV-Typ 09.124) mit Arten wie Echtem Johanniskraut (Hypericum perforatum), Wiesen-Witwenblume (Knautia arvensis), Rotklee (Trifolium pratense), Jakobs-Greiskraut (Jacobaea vulgaris) und Acker-Kratzdistel (Cirsium arvense). Im Norden des Untersuchungsgebiets befindet sich ein versiegelter Bereich mit zwei still gelegten Öltanks, die aktuell als Wasserspeicher genutzt werden (s. Abbildung 7 im Fachbeitrag). Westlich der Öltanks ist die Fläche vollständig mit Brombeeren (Rubus fruticosus agg.) überwuchert. Der Nord- und Westrand des Plangebietes ist durch eine natürliche einreihige Hecke (KV-Typ 04.600 – Feldgehölz) eingegrenzt. Hier dominieren einheimische Gehölzarten wie Feldahorn (Acer campestre), Vogelkirsche (Prunus avium), Roter Hartriegel (Cornus sanguinea), Hundsrose (Rosa canina), Schlehe (Prunus spinosa) und Steinweichsel (Prunus mahaleb).

Unterhalb der Wiesenfläche mit den stillgelegten Öltanks befindet sich eine vollständig versiegelte Teilfläche, auf der derzeit ein Überseecontainer als mobiles Gebäude genutzt wird.

Zwischen dem Container und der angrenzenden Wiese liegt ein offenporiger Streifen aus Sand, Schotter und teilweise größeren, gemischten Steinen. Die Fläche weist bereits eine spontane Vegetation auf, bestehend aus Gräsern, krautigen Pionierarten und einzelnen Gehölzen, unter anderem Roter Hartriegel (Cornus sanguinea). Dieser Bereich ist im Rahmen der weiteren Nutzung des Geländes für eine bauliche Erweiterung vorgesehen. Konkret ist die Aufstellung eines zusätzlichen Überseecontainers geplant. Eine dauerhafte Flächeninanspruchnahme und bauliche Überprägung ist somit in diesem Abschnitt zu erwarten.

Im nordöstlichen Abschnitt des Plangebiets wird die dortige Wiesenbrache durch eine gezielt angelegte, lineare Gehölzstruktur unterbrochen, die sich mittelfristig zu einer Hecke bzw. einem linearen Feldgehölz (KV-Typ 04.600 -Baumhecke) entwickeln dürfte. Die Struktur setzt sich überwiegend aus Eiche (Quercus robur), Weißdorn (Crataegus monogyna) und Steinweichsel (Prunus mahaleb) zusammen und verläuft quer durch die Offenlandfläche.

Nördlich der linearen Gehölzstruktur liegt ein inhomogener Bereich mit mehreren kleinflächigen Sonderstrukturen. Dazu zählt eine flache, anthropogen angelegte Senke mit einzelnen Seggenvorkommen. Zum Zeitpunkt der Begehung war die Fläche jedoch vollständig trocken, und es fehlten Anzeichen für eine regelmäßige oder saisonale Wasserführung. Aufgrund der fehlenden hydrologischen Dynamik und der noch nicht etablierten Vegetation ist die Fläche derzeit keinem

Biotoptyp gemäß KV Hessen (2018) zuzuordnen. In unmittelbarer Umgebung befinden sich Schotter- sowie Sand- und Steinhaufen, die teilweise mit Pioniervegetation bewachsen sind. Ein geschotterter Bereich zeigt eine deutliche Ausprägung von Ruderalvegetation, dominiert von Kriechendem Hahnenfuß (Ranunculus repens), weist jedoch auch eine insgesamt erhöhte Artenvielfalt auf (KV-Typ 10.670). Ein angrenzender Teilbereich ist als Restfläche der ursprünglichen Glatthaferwiese (KV-Typ 06.380) zu bewerten. Diese ist mittlerweile von jungen Gehölzen durchsetzt, insbesondere von Pionierarten mit Wuchshöhen bis ca. 2 m. Entlang der nördlichen und nordöstlichen Einzäunung sind Gehölze wie Steinweichsel (Prunus mahaleb) und Weißdorn (Crataegus monogyna) zu beobachten.

Im südlichen Teil des Plangebiets befinden sich darüber hinaus Einzelbäume (KV-Typ 04.110) und kleinere Baumgruppen (KV-Typ 04.210 – Baumgruppe, einheimisch). Genannt seien hier Eiche (Quercus robur), Edelkastanie (Castanea sativa) und Vogelkirsche. Eine größere Strauch- und Baumstruktur auf ca. 300 m² im südlichen Zentrum des Plangebiets besteht vorrangig aus Schlehe und Hundsrose, durchsetzt von jungen Eichen und Ahornbäumen. Im östlichen Teil der Wiesenbrache finden sich vereinzelt junge Laubgehölze, insbesondere Stieleiche (Quercus robur) und Weißdorn (Crataegus monogyna). Diese Gehölze sind locker verteilt und befinden sich überwiegend im frühen Entwicklungsstadium.

Geschützte Pflanzenarten oder gesetzlich geschützte Pflanzengesellschaften nach BNatSchG oder Hessischer Verordnung wurden im Plangebiet im Rahmen der Erfassung des Artenschutzfachbeitrags nicht festgestellt.

Durch eine Beseitigung der beschriebenen Vegetationsbestände und Biotoptypen erfolgt ein erheblicher Eingriff in das Schutzgut Flora und Fauna, welcher auszugleichen ist. Aufgrund der bereits vorhandenen baulichen Nutzung innerhalb des Änderungsbereichs wird der Eingriff hierbei als vertretbar beurteilt. Zudem ist zu berücksichtigen, dass für den westlichen Teil des Änderungsbereichs gem. den Festsetzungen des rechtskräftigen Bebauungsplanes durch die Ausweisung eines Gewerbegebietes bereits eine Überbauung zulässig ist und für diesen Bereiche insofern kein naturschutzrechtlicher Ausgleich erforderlich wird.

Aufgrund der vorgefundenen z.T. ökologisch wertvollen Vegetationsausstattung erfolgte zwischen April und September 2025 eine Kartierung von Flora und Fauna innerhalb des Teiländerungsbereichs 3. Der Artenschutzrechtliche Fachbeitrag (Stand: 13. Oktober 2025) vom Ingenieurbüro für Umweltplanung Dr. Theresa Rühl schließt aufgrund der vorhandenen Biotopstruktur eine Betroffenheit von streng geschützten Säugetieren, Amphibien, Fischen, Libellen, Heuschrecken, totholzbesiedelnden Käfern und Pflanzen und geschützten Biotopen aus. Für die Avifauna, Fledermäuse, Reptilien und Tagfalter wurde im genannten Zeitraum eine Kartierung durchgeführt.

Avifauna

Insgesamt wurden im Untersuchungsgebiet 37 Vogelarten nachgewiesen, wovon zehn Arten reine Nahrungsgäste sind und für vier Arten nur eine einmalige Brutzeitfeststellung erfolgte. Die übrigen 23 Arten sind als Brutvögel im Untersuchungsgebiet zu betrachten. Entsprechend dem untersuchten Lebensraum handelt es sich um Arten des Siedlungsrandes und des (gehölzdurchsetzten) Offenlandes (vgl. Artenschutzrechtlicher Fachbeitrag S. 21ff.).

Für die Vogelarten, deren Erhaltungszustand landesweit als günstig bewertet wird bzw. die unter den Status der Neozoen oder Gefangenschaftsflüchtlinge fallen, erfolgte eine vereinfachte

artenschutzrechtliche Prüfung. Um eine Beeinträchtigung der Freibrüter im Plangebiet zu vermeiden, sind die notwendigen Rückschnitts-, Fäll- und Rodungsmaßnahmen sowie die Baufeldräumung außerhalb der gesetzlichen Brutzeit, also nur zwischen dem 1. Oktober und dem 28./29. Februar eines Jahres, stattfinden. Ausnahmen sind mit der Naturschutzbehörde im Einzelfall abzustimmen und mit einer ökologischen Baubegleitung abzusichern.

Für die wertgebenden Vogelarten mit einem ungünstigen, unzureichenden oder schlechten Erhaltungszustand wurde eine artspezifische Prüfung durchgeführt, da ein Brutverdacht/ -nachweis im Untersuchungsgebiet bestand. Als reine Nahrungsgäste im Untersuchungsgebiet sind registriert worden: Bluthänfling, Elster, Kernbeißer, Rauchschwalbe, Rotmilan und Schwarzmilan. Da das Eingriffsgebiet als Nahrungshabitat keine Strukturen aufweist, die für diese Arten essenziell wären, ist ein Teilverlust dieses Habitats nicht als artenschutzrechtlich relevant einzustufen (vgl. Artenschutzrechtlicher Fachbeitrag S. 24ff.).

Ein Brutnachweis von Feldsperlingen wurde im nördlichen Bereich des Plangebiets lokalisiert. Zur Brut werden hierbei die Nischen eines baulichen Konstrukts genutzt, welches für einen langfristigen Verbleib vorgesehen ist und die Brutstätte daher bestehen bleiben wird. Artenschutzrechtliche Konflikte sind für diese wenig störungsempfindliche Art auszuschließen, da die relevanten Bruthabitate erhalten bleiben.

Es befinden Reviere des Fitis und der Goldammer nordöstlich des Plangebiets in bzw. am Rand einer Gehölzgruppe. Das Revier der Heckenbraunelle befindet sich südlich des Plangebiets an einer Heckengruppe. Ein Revier des Stieglitz wurde südöstlich des PG in einer Gehölzgruppe erfasst. Artenschutzrechtliche Konflikte sind für diese wenig störungsempfindliche Arten auszuschließen, da die relevanten Bruthabitate erhalten bleiben.

Fledermäuse

Anhand der Detektorbegehungen wurden drei Fledermausarten im Untersuchungsgebiet sicher nachgewiesen. Als Nahrungshabitat wird das Plangebiet regelmäßig von der Zwergfledermaus genutzt. Jagdflüge der Breitflügelfledermaus wurden im Übergangsbereich, südwestlich des Plangebiets beobachtet. Vereinzelt wurden im selben Bereich, aber auch innerhalb des Eingriffsbereichs Rufsequenzen des Kleinen Abendseglers sowie Rufe, bei denen ausschließlich eine Zuordnung zur Artengruppe Nyctaloide erfolgen konnte, aufgenommen. Laut des artenschutzrechtlichen Fachbeitrags ist nicht davon auszugehen, dass das Plangebiet ein essenzielles Nahrungshabitat für Fledermäuse darstellt. Ein Störungstatbestand kann daher ausgeschlossen werden, da auch der Eingriffsbereich langfristig unverändert als Nahrungshabitat für Arten der Siedlungs(rand)lagen zur Verfügung steht. Im Rahmen der durchgeführten Begehungen wurde im Eingriffsbereich kein Potenzial für mögliche Fledermausquartiere festgestellt. Außerdem sind durch den Eingriff keine Gehölze oder sonstige Strukturen betroffen, die potenziell als Quartierstandorte dienen könnten. Auszuschließen sind folglich individuelle Gefährdungen einzelner Tiere, oder die Zerstörung von potenziellen Fortpflanzungs- und Ruhestätten im Zuge des geplanten Bauvorhabens, da keine potenziellen Quartierstandorte betroffen sind (vgl. Artenschutzrechtlicher Fachbeitrag S. 26f)

Reptilien

Aufgrund von drei Zufallsfunden eines Eigentümers innerhalb des Plangebiets, wurden zwei weibliche und eine männliche Zauneidechse nachgewiesen. Diese waren in Bereichen des PG, wo Schotter und Sandaufschüttung ein optimales Habitat für diese Reptilienart darstellt. Die Zauneidechsen sind im Rahmen des Vorhabens vor allem durch mögliche Individuenverluste betroffen. Da der Bereich, der für die Eidechsen die besten Habitatbedingungen aufweist, erhalten

bleibt und der bauliche Eingriff in seiner Flächeninanspruchnahme nur sehr gering ausfällt, geht dadurch keine populationserhebliche Menge an Lebensraum für diese Art verloren.

Zum Schutz möglicher Individuenverluste während der Bauarbeiten ist eine entsprechende Zuwanderungsbarriere um das Baufeld zu installieren. Zudem ist die Vegetation im Baufeld während der Winterruhe der Tiere zurück zu schneiden, um die Habitatbedingungen nicht zu verbessern und ein Absammeln der Tiere in der Bauphase zu erleichtern (vgl. Artenschutzrechtlicher Fachbeitrag S. 27f).

Tagfalter

Im Untersuchungsgebiet konnten insgesamt sieben überwiegend weit verbreitete Arten festgestellt werden. Arten des Anhang IV der FFH-Richtlinie wurden nicht festgestellt. Für die übrigen zumeist anpassungsfähigen Tagfalterarten ist keine negative Beeinflussung des Erhaltungszustandes der jeweiligen Populationen zu erwarten. Die Eingriffswirkungen für diese Artengruppe sind als gering einzustufen. Es wird empfohlen bei der Freiflächengestaltung innerhalb des Geltungsbereichs auf die Integration von Blühflächen zu achten, von denen Schmetterlinge, Wildbienen und eine Vielzahl anderer Arten profitieren (vgl. Artenschutzrechtlicher Fachbeitrag S. 28).

Aufgrund der Nachweise von geschützten Arten werden Maßnahmen zur Vermeidung, Kompensationsmaßnahmen und empfohlene Maßnahmen formuliert (siehe Kapitel 3.8 des Umweltberichts). Abschließend kommt die artenschutzrechtliche Untersuchung zu folgendem Schluss: "Die von dem geplanten Vorhaben ausgehenden Wirkpfade führen bei Berücksichtigung der formulierten Maßnahmen in keinem Fall zu einer erheblichen oder nachhaltigen Beeinträchtigung des Vorkommens einer besonders oder streng geschützten europarechtlich relevanten Art. Die Anforderungen des § 44 (5) BNatSchG hinsichtlich der Wahrung der ökologischen Funktionalität im räumlichen Zusammenhang werden für die betroffenen Arten zudem hinreichend erfüllt." (Artenschutzrechtlicher Fachbeitrag S. 32).

Orts- und Landschaftsbild

Die Änderungsbereiche liegen unmittelbar innerhalb des bestehenden Gewerbe- und Industriegebiets Harthberg. Aufgrund dieser Lage und der bereits vorliegenden Bebauung der Flächen wird hier kein erheblicher Eingriff in das Orts- und Landschaftsbild angenommen. Auch innerhalb des Teiländerungsbereichs 3 für den eine geringfügige Erweiterung der gewerblichen Bauflächen in die bisher festgesetzte private Grünfläche stattfindet, sind bereits Gebäude und versiegelte Flächen vorhanden, so dass auch hier kein erheblicher Eingriff in das Landschaftsbild zu verzeichnen ist.



Zudem ist festzustellen, dass durch den das Gewerbe- und Industriegebiet begrenzenden hochaufgewachsenen Gehölzbestand allgemein eine gute Einbindung in das Orts- und Landschaftsbild festzustellen ist.



Klima und Luft, Sach- und Kulturgüter

Durch die Planung werden keine Eingriffe in geschützte Denkmäler, sonstige schützenswerte Objekte oder wirtschaftliche Werte verursacht; somit entstehen keine Beeinträchtigungen des Schutzgutes Kultur- und Sachgüter. Gleiches gilt für das Schutzgut Klima und Luft, da die zusätzlich zulässigen Eingriffe lediglich in so geringem Ausmaß erfolgen, dass keine erheblichen Auswirkungen zu erwarten sind.

Mensch (Erholung, Gesundheit, Immissionen und Emissionen)

Hinsichtlich der umweltbezogenen Auswirkungen auf den Menschen und seine Gesundheit sind insbesondere Immissionsbelastungen (Lärm, Luft) zu berücksichtigen. Änderungen an den zulässigen Emissionen (flächenbezogene Schallleistungspegel) werden in der vorliegenden Bebauungsplanänderung nicht vorgenommen. In diesem Zusammenhang ist auch die am westlichen Rand des ehemaligen Kasernengeländes -außerhalb des Änderungsbereichs- verlaufende die Bahnstrecke 3900 Kassel – Frankfurt zu erwähnen, von der Emissionen ausgehen. Hier befindet sich auch die Eisenbahnverladerampe, die auch nach Aufgabe der übrigen Kasernennutzung weiterhin von der Bundeswehr gelegentlich genutzt wird. Um hier mögliche Konflikte mit schutzwürdigen Nutzungen abschließend zu vermeiden, erfolgt mit der Bebauungsplanänderung zudem ein Ausschluss der ansonsten im Änderungsbereich ausnahmsweise zulässigen Anlagen für kirchliche und soziale Zwecke (soziale Einrichtungen). Von weiteren wesentlichen Auswirkungen auf das Schutzgut Mensch (z. B. Verlust von Frei- und Erholungsräumen) wird aufgrund der bereits vorliegenden gewerblichen Nutzung und der damit verbundenen Vorbelastung der Fläche nicht ausgegangen.

Negative Auswirkungen auf das Schutzgut Mensch sind insofern durch die Bebauungsplanänderung nicht anzunehmen.

Wechselwirkungen und kumulative Wirkungen

Die zu betrachtenden Schutzgüter beeinflussen sich aufgrund von komplexen Wirkungszusammenhängen gegenseitig in unterschiedlichem Maße. So führt eine Bodenversiegelung grundsätzlich auch zu Beeinträchtigungen des Grundwassers und der Flora. Eine erhebliche Verstärkung der Umweltauswirkungen durch sich negativ verstärkende Wechselwirkungen ist im Bebauungsplangebiet allerdings nicht zu erwarten, auch weil für den gesamten Änderungsbereich bereits eine bauliche Nutzung und Vorstörung vorliegt.

Weitere Planungen in der Umgebung, die zu einer negativen Kumulation von Umweltauswirkungen führen, sind nicht bekannt.

3.5 Weitere Belange des Umweltschutzes

Baubedingte Auswirkungen

Bzgl. einer Bauphase sind insbesondere negative Auswirkungen in Form einer weiteren Bodenverdichtung und Vernichtung von Mutterboden zu befürchten, soweit dies wie weitgehend anzunehmen durch die vorliegende Bebauung und Bodennutzung nicht bereits erfolgt ist. Diese Auswirkungen sind durch entsprechende Maßnahmen auf das notwendige Minimum zu beschränken und die Bodenfunktionen nach Möglichkeit durch angemessene Maßnahmen (z. B. nachfolgende Bodenauflockerung) in Teilen wieder herzustellen (s. hierzu auch Kap. 3.8 unter Minimierungsmaßnahmen).

Zudem ist zur Vermeidung erheblicher Umweltauswirkungen auf Boden und Grundwasser vor einer Neu- oder Ergänzungsbebauung, wie auch im Zuge eines Gebäudeabrisses grundsätzlich mit dem Anfall von belastetem Bodenaushub und Altlasten zu rechnen, da es sich hier um ein ehemaliges Kasernenareal handelt (s. hierzu auch Kap. 1.3).

Erhebliche Beeinträchtigungen durch Lärmimmissionen im Rahmen der Baumaßnahmen sind aufgrund der Lage im gewerblichen Umfeld sowie des relativ großen Abstandes zu den Wohngebieten über das übliche Maß hinaus nicht zu erwarten. Weitere erhebliche Auswirkungen während der Bauzeit sind nicht anzunehmen.

Schonender Umgang mit Boden, Flächenverbrauch

Die Bebauungsplanänderung berücksichtigt bei der Wahl des Standortes das Gebot des schonenden Umgangs mit Grund und Boden, indem ein bereits bestehendes Baugebiet überplant wird. Ein Eingriff in bisher unbeeinträchtigte Bereiche erfolgt insofern nicht und es wird dem Vorrang der Innenentwicklung berücksichtigt. Zudem weisen die Böden bereits erhebliche Störungen durch Bebauung und bestehende gewerbliche Nutzungen auf.

Erhebliche nachteilige Auswirkungen gem. § 1 Abs. 6 Nr. 7j BauGB, Störfallbetriebe

Eine Zulässigkeit von Störfallbetrieben wird durch die vorliegende Bauleitplanung nicht vorbereitet. Eine Anfälligkeit des Vorhabens für schwere Unfälle und Katastrophen ist zudem nicht anzunehmen.

3.6 Zusammenfassende Bewertung

Mit der vorliegenden Bebauungsplanänderung erfolgt für den größten Teil des Bebauungsplans kein oder lediglich ein geringfügiger Eingriff in die Schutzgüter, der als nicht erheblich zu beurteilen ist. So sind die Eingriffe in den Teiländerungsbereiche 1 und 2 im Wesentlichen bereits erfolgt und eine grundsätzliche bauliche Inanspruchnahme auch planungsrechtlich bereits zulässig. Teile der Bebauungsplanänderung sind hierbei auch lediglich textlicher Natur und dienen dem Schutz gesunder Wohn- und Arbeitsverhältnisse und der Vermeidung städtebaulichen Konflikte durch ein Nebeneinander gegenseitig nicht verträglicher Nutzungen.

Zusätzliche Eingriffe werden dem hingegen nur im Teiländerungsbereich 3 begründet, wobei auch hier zu konstatieren ist, dass eine Störung durch die ehemalige militärische Nutzung bereits vorhanden ist. Vor diesem Hintergrund erscheint der Teiländerungsbereich 3 für die vorliegende geringfügige Erweiterung geeignet und ist hinsichtlich der umweltbezogenen Auswirkungen als wenig empfindlich zu beurteilen. Der artenschutzrechtliche Fachbeitrag kommt zum Schluss, dass die geplanten baulichen Erweiterungen und Vorhaben keine Verbotstatbestände nach §44 BNatSchG auslösen, insofern bestimmte Vermeidungsmaßnahmen wie Bauzeitenregelungen und ein Reptilienzaun sowie die Installation von Nistkästen als Kompensationsmaßnahme umgesetzt werden. Der natur- und artenschutzrechtliche Ausgleich erfolgt innerhalb des Änderungsbereichs.

3.7 Entwicklungsprognosen und Planungsalternativen

Vor dem Hintergrund, dass es sich bereits um ein Gewerbe- und Industriegebiet handelt, welches lediglich innerhalb des Teiländerungsbereichs 3 geringfügig erweitert wird und im Übrigen lediglich eine Änderung bereits zulässiger baulicher Nutzungen erfolgt, sind keine geeigneten Planungsalternativen vorhanden, die einen geringeren Eingriff in die Schutzgüter auslösen würden. Vielmehr zielt die Bebauungsplanänderung darauf für bereits bestehende bauliche Anlagen

eine Nutzung zu sichern oder das Planungsrecht an die Bestandsituation anzupassen. Zudem wird im Planbereich mit dem textlichen Ausschluss von Anlagen für kirchliche und soziale Zwecke Konflikte hinsichtlich gesunder Wohn- und Arbeitsverhältnisse ausgeschlossen. Auch werden zur Flächenvorhaltung für produzierendes Gewerbe und Handwerksbetriebe Beherbergungsbetrieben ausgeschlossen.

Ein Verzicht auf die Planung würde folglich die bestehenden Festsetzungen unverändert beibehalten und eine Nutzung von bereits bestehenden baulichen Anlagen im Teiländerungsbereich 3 abschließend verhindern und zu einem weiteren Verfall und brachliegen ehemals militärisch genutzter Bereiche führen, was voraussichtlich (sofern eine Pflege durch den Grundstückseigentümer unterbleibt) einer Fortentwicklung des Gehölzaufwuchs auf den Ruderalflächen bedingen würde. Darüber hinaus wären im Plangebiet Anlagen für soziale Einrichtungen weiterhin ausnahmsweise zulässig, was den Anforderungen an die Sicherstellung gesunder Wohn- und Arbeitsverhältnisse widerspricht.

3.8 Eingriffsminimierung und Ausgleich

Vermeidungs- und Minimierungsmaßnahmen (incl. Bau- und Betriebsphase)

Ausgehend von einem grundsätzlichen Bedarf an einer geordneten städtebaulichen Weiterentwicklung des bereits bestehenden Gewerbe- und Industriegebiets beinhaltet die Planung bereits insofern einen Vermeidungs- bzw. Minimierungseffekt, als aufgrund der bereits für einen Großteil der Fläche bestehenden baulichen Nutzung des Gebietes gegenüber anderen Standorten ein vergleichsweise geringer Eingriff erfolgt. Dieser wird zudem lediglich durch die geringfügige Erweiterung innerhalb des Teiländerungsbereichs 3 verursacht, für den aber ebenfalls bereits bauliche Anlagen aus der ehemaligen militärischen Nutzung vorhanden sind und somit bereits eine erhebliche Vorbelastung besteht.

Eine weitere Minimierung des Eingriffs erfolgt durch die vorgenommene vorsichtige Erweiterung gewerblicher Bauflächen und überbaubaren Grundstücksflächen, indem sich diese nahe an den bereits vorhandenen baulichen Anlagen orientieren, um somit den Eingriff in bisher nicht bebaute Bereiche gering zu halten.

Zudem ist unter Berücksichtigung des Natur- und Artenschutzrechts eine Entfernung von nicht zu erhaltenden Gehölzen nur im Zeitraum von 01. Oktober bis einschließlich 28. Februar zulässig (außerhalb der Brutzeit der Vogelarten und der Aktivitätsphasen von Fledermausarten). Zum Schutz von Reptilien gilt eine erweiterte Bauzeitenregelung von 1. Oktober bis 15. März, innerhalb derer notwendige Rückschnitts- und Rodungsmaßnahmen sowie Räumungs- und Erdarbeiten erfolgen müssen. Die im Baufeld befindlichen Vegetationsaufwüchse müssen in dieser Zeit zurückgeschnitten werden, um ein späteres Absammeln der Tiere durch eine UBB zu erleichtern.

Zur Vermeidung von Auswirkungen auf die im Teiländerungsbereich 3 gefundenen Reptilien ist während der Bauphase ein Reptilienschutzzaun zu errichten. Vor Beginn der Baufeldräumung ist der betroffene Bereich durch eine Umweltbaubegleitung (UBB) zu kontrollieren.

Nach Abschluss der Bauarbeiten ist zur Minimierung der durch die Baumaßnahmen entstandenen Verdichtung und zur Schonung des Mutterbodens der Oberboden aufzulockern. Zudem ist das Befahrens von baulich nicht genutzten Flächen während der Bauphase auf ein unabdingbares Maß zu beschränken.

Ausgleich

Unter Bezugnahme auf die hier vorgenommene Ergänzung bzw. Erweiterung des im rechtskräftigen Bebauungsplan festgesetzten Teilbaugebiets GE 6 um rund 1.850 m² und der hierfür ausgewiesene GRZ von 0,6 (GRZ 0,4 + zulässige Überschreitung von 50%) wird im Bebauungsplan eine Überbauung von rund 1.110 m² Boden neu zulässig, wovon durch die bereits aus militärischer Nutzung bestehende baulichen Anlagen (u.a. kleine Gebäude, Tank, Hubschrauberlandeplatz) allerdings gut 600 m² bereits versiegelt sind. Die zusätzliche zulässige Überbauung beschränkt sich insofern auf lediglich ca. 500 m². Hinzu kommt noch die nicht umgesetzte Erschließungsstraße, die eine Überbauung auf ca. 370 m² des erweiterten GE-Baugebiets planungsrechtlich bereits zulässig macht. Insofern handelt es sich lediglich um eine geringfügige Erweiterung bebaubarer Bereiche.

Demgegenüber stehen zudem die Rücknahme von geplanten Straßenverkehrsflächen durch die Aufhebungsbereiche (Teilaufhebung 1 und 2) von ca. 3.200 m² und durch die Rücknahme der Straßenverkehrsfläche eines Teils der ehemaligen Ringstraße (Teiländerungsbereich 2) durch Änderung in Gewerbegebietsflächen. Statt einer zulässigen Vollversiegelung bei ca. 2.500 m² Straßenverkehrsfläche, ist durch die Änderung zu einem Gewerbegebiet lediglich eine Überbauung zu 60 % (GRZ 0,4 + zulässige Überschreitung von 50%) zulässig. So dass hierdurch 1.000 m² weniger überbaut werden können. Somit steht einer Reduzierung von bebaubarer Fläche von ca. 4.200 m² eine neu zulässige Überbauung von lediglich ca.500 m².

Aufgrund der flächenmäßig vielfach größeren Rücknahme von planungsrechtlich festgesetzten Verkehrsflächen durch die Aufhebungsbereiche und innerhalb des Teiländerungsbereichs 2 kann der neu zulässige Eingriff als umfänglich ausgeglichen bewertet werden.

Für die übrigen Teiländerungsbereiche ist kein naturschutzrechtlicher Ausgleich erforderlich, da die Eingriffe im Grundsatz bereits zulässig sind oder waren.

3.9 Verfahren und Monitoring

Gemäß den Ergebnissen des Artenschutzbeitrags sind Vermeidungs- und Kompensationsmaßnahmen in den Bebauungsplan aufgenommen worden, um den gesetzlichen Vorgaben des Natur- und Artenschutzrechts zu entsprechen. Für die übrigen Schutzgüter konnten die potenziellen Auswirkungen in angemessener Tiefe ermittelt werden.

Mit Verweis auf § 44 BNatSchG sind im weiteren Verfahren die Vorgaben des Artenschutzes zu berücksichtigen.

3.10 Zusammenfassung

Ziel der Bebauungsplanänderung bildet die Anpassung des Bebauungsplans an bereits ausgeübte Nutzungen sowie der Ausschluss von Anlagen für kirchliche und soziale Zwecke, um Konflikte mit den Anforderungen an gesunde Wohn- und Arbeitsverhältnisse auszuschließen. Ebenso als unzulässig festgesetzt werden Betriebe des Beherbergungsgewerbes, um somit zur Flächenbereitstellung und Stärkung des produzierenden und verarbeitenden Gewerbes bzw. von Handwerksbetrieben beizutragen.

Hierbei wird lediglich für den Teiländerungsbereich 3 eine zusätzliche Überbauung planungsrechtlich im geringen Umfang vorbereitet, wobei auch in diesem Bereich bereits bauliche Anlagen aus der ehemaligen militärischen Nutzung bestehen und insofern auch hier keine Eingriffe in ungestörte Bereiche erfolgen. Aufgrund der flächenmäßig vielfach größeren Rücknahme von

planungsrechtlich festgesetzten Verkehrsflächen durch die Aufhebungsbereiche und innerhalb des Teiländerungsbereichs 2 kann der neu zulässige Eingriff als umfänglich ausgeglichen bewertet werden.

Aufgrund dieser Tatsache wird der Eingriff in die Schutzgüter insgesamt als geringfügig beurteilt. Durch die Aufnahmen von Flora und Fauna im Rahmen des Artenschutzberichts, ergeben sich artenschutzrechtliche Vermeidungs- und Kompensationsmaßnahmen bezüglich der Fauna (Vögel und Reptilien), die in den Bebauungsplan aufgenommen wurden.

akp_22.10.25 wu/gö/tk

Anhang:

Rechtskräftiger B-Plan Nr. 44 v. 16.05.2008, Textliche Festsetzungen und Planzeichnung

Quellen:

Landschaftsplanentwurf Stadt Schwalmstadt

Artenschutzrechtlicher Fachbeitrag, Bebauungsplan "Harthberg", Ingenieurbüro für Umweltplanung Dr. Theresa Rühl, Staufenberg, 13.10.2025

Bodenschutz in der Bauleitplanung – Arbeitshilfe zur Berücksichtigung von Bodenschutzbelangen, Hessisches Ministerium für Umwelt, Energie, Landwirtschaft und Verbraucherschutz, 2011

Wasserwirtschaft in der Bauleitplanung in Hessen – Arbeitshilfe zur Berücksichtigung wasserwirtschaftlicher Belange in der Bauleitplanung, 2014

Richtlinie für die Verwertung von Bodenmaterial, Bauschutt und Straßenaufbruch in Tagebauen und im Rahmen sonstiger Abgrabungen, StAnz. 10/14

4 Anhang:

Bisherige Festsetzungen des Bebauungsplans Nr. 44

TEXTLICHE FESTSETZUNGEN

1. PLANUNGSRECHTLICHE FESTSETZUNGEN (§ 9 (1) BauGB)

1.1 ART DER BAULICHEN NUTZUNG (§ 9 (1) NR. 1 BauGB)

1.1.1 GI - Industriegebiet (§ 9 BauNVO)

Im GI gelten folgende Einschränkungen gem. § 1 (5) BauNVO für die gem. § 9 BauNVO zulässigen Betriebe

Zulässig sind folgende Betriebe

- + Gewerbebetriebe aller Art, ausgenommen Gewerbebetriebe mit Gerüchsemissionen, für deren Betrieb eine Genehmigung nach Bundesimmissiensschutzgesetz erforderlich ist
- Einzelhandelsbetriebe sind im Plangebiet mit Ausnahme folgender Betriebe unzulässig: Einzelhandel mit Baustoffen. Bau- und Ausbaumaterratien, Gartenbedarf, Elektrogroßgeräten (außer Unterhaltungselektronik), Handel mit Kfz- und Fahrzeugteilen, Landmaschinen, Brennstoffen, sonstige Branchen sind als Nebensortimente bis may. 50 m² Gesamtverkaufsfläche zugelessen Ausnahmsweise dürfen die in dem Gebiet ansässigen Handwerks- und Gewerbebetnebe auf einem der bebeuten Betriebefläche untergeordneten Teil von 10 %, bis moximal 100 m² pro Butrieb Produkte Verkaufen, die sie in dem Gebiet selbst hergestellt, welterverarbeitet oder weiterbearbeitet haben oder die sie in ihrer handwerklichen oder gewerblichen Tätigkeit in branchenüblicher Weise installieren. einbauen oder warten
- + Tankatellen
- Antagen für sportliche Zwecke
- Wohnungen sind nicht zugelassen

Gliederung der Baugebiete gem. § 1 (4) BauNVO (Immissionsschutz)

Die Teilflächen im Geftungsbereich des B-Planes sind nach § 1 Abs. 4 der BauNVO nach der maximal zulässigen Schallemission gegliedert. Für die Tagzeit (06.00 bis 22.00 Uhr) und die Nachtzeit (22.00 bis 06.00 Uhr) werden die in folgender Tebelle angegebenen Emissionskontingente L is als flachenbezogene Schallleistung in dB(A) pro m* tretigesetzt. Zulässig sind nur Betriebe und Anlagen. deren Geräusche diese Emissionskontingente nach DIN 45691 weder tags, noch nachts über schreiten

Grundlage der Regelungen und Berechnungen ist das Gutachten zur Festlegung von flächenbezogenen Schallleistungspegeln vom 26.03.07, aufgestellt durch den TÜV-Süd.

Zulässige Gerauschemissionen tags / nachts durch Gewerbelärm

	LEE IN	dB(A)/m²
Teilfläche Nr.	tags	nachts
Teilfläche Inv. 1 Gl 1	68	57
Teilfläche Inv. 2 Gl 2.1, 2.2	66	50
Teilfläche Inv. 3 GI 3	62	47
Teilfläche Inv. 4 GI 4	62	47

Die Prufung der Einhaltung erfolgt nach DIN 45691 2006-12, Abschnitt 5

1.1.2 GE Gewerbegebiet (§ 8 BauNVO)

- Im GE 1 bis GE 9 gallen folgende Einschrankungen gem 🛊 1 (5) BauNVO für die gem 🤋 8 BauNVO zulässigen Betriebe
 - Einzelhandelsbetriebe sind im Plangebiet imt Ausnahme folgender Betriebe unzulässig. Einzelhandel mit Baustoffen, Bau- und Ausbaumaterialien, Gartenbederf, Elektrogroßgeräten (auführt Unterhaltungselektronik). Handel mit Ktz- und Fahrzeugseiten. Landmaschinen, Brennstoffen, sonstige Dranchen sind als Nebensortimente bis mux. 50 m² Gesamtverkaufsfläche zugelassen. Ausnahmsweise dürfen die in dem Gebiet ansässigen Handwerks, und Gewerbetrettiebe auf albeim der bebauten Betriebsfläche untergeordneten Teil von 10 % bis maximal 100 m² pro Betrieb Produkte verkaufen, die sie in dem Gebiet selbst hergestellt, weiterverarbeitet oder weiterbearbeitet haben oder die sie in ihrer handwerklichen oder gewerblichen Tätigkeit in branchenüblicher Weise installieren. einbauen oder warten
 - Wohnungen sind nicht zugelassen
 - Im BE 8 sind nur Gewerbebetriebe zulässig, die des Wohnen nicht wesentlich stören.
- Bliederung der Baugebiete gem § 1 (4) BauNVO (Immissionsschutz)

 + Die Teilflächen GE 1 bis GE 5 im Gehungsbereich des B-Planes sind nach (i 1 Abs. 4 der BauNVO gem. der Regelung in Punkt 1.1.1 nach der maximalen zulässigen Schallemission gegliedert.

Zulässige Geräuschemissionen tags / nachts durch Gewerbelärm:

	Lex in dB(A)/m ²			
Teilfläche Nr.	tags	nachts		
Teilfläche GE 1	62	39		
Teilfläche GE 2	57	40		
Teilfläche GE 3	54	30		
Teilfläche GE 4	62	40		
Teilfläche GE 5	58	40		

Die Prüfung der Einhaltung erfolgt nach DIN 45691:2006-12, Abschnitt 5

- 1.1.3 MI Mischgebiet (§ 6 BauNVO)
- Im MI gelten folgende Einschränkungen gem. § 1 (5) BauNVO, für die gem. § 6 BauNVO zulässigen Rettiebe.
 - Vergnügungsstätten, wie z.B. Diskothek, Spielhallen, etc. sind unzulässig.
- 1.1.4 WA Wohngebiet (§ 4 BauNVO)
 - Im WA gelten folgende Einschrankungen gem § 1 (6) BauNVO
 - + Die nach § 4 Abs. (3) BauNVO ausnahmsweise zulässigen Anlagen sind nicht zugelassen.
- 1.2 MASS DER BAULICHEN NUTZUNG (§ 9 (1) NR. 1 BauGB UND §§ 16 21a BauNVO)
 - Für das Maß der baulichen Nutzung der einzelnen Grundstücke gelten die zeichnerischen Festsetzungen (Nutzungsschablone). Die gem. GRZ festgesetzte max. Grundstücksfläche darf durch die in § 20 (4) Satz 1 BauNVO genannten Anlagen um 50 % überschritten werden, höchstens jedoch bis zu einer GRZ von 0,8. Im Gl 2 1 und Gl 3 sind abweichend von dieser Regelung für die Herstellung von Lagerflächen Überschreitungen der GRZ bis max. 0,9 zulässig. Im Gl 1 wird die Überschreitung bis zu einer GRZ von 0,6 begrenzt.
 - Hőbenbeschränkung gem § 16 (3) BauNVO
 - + Es ist die max. Höhe für Gebaude festgesetzt. Es gilt die zeichnerische Festsetzung (Nutzungsschablone).
 - + Für geneigte Dächer gilt die maximale Traufhöhe (THmax) Als Traufhöhe gilt.
 - Höhe des Schnittpunktes der Verlängerung der Außenwandfläche mit der Oberkante der Dachfläche über der fertigen Fußbodenhöhe des Erdgeschosses.
 - + Für Flachdächer ist die maximale Gebäudehöhe Himax festgesetzt (HmaxFD).
 Als Hmax gilt.
 - Die größte Höhe des Gebäudes über der fertigen Fußbodenhöhe des Erdgeschosses.
- 1.3 BAUWEISE (§ 9 (1) NR. 2 BauGB UND § 22 BauNVO)
- Für die zulässige Bauweise gelten die zeichnerischen Festsetzungen (Nutzungsschablone).
 Die zulässige Bauweise ist als abweichende Bauweise festgesetzt.
 Es gelten die Regelungen der offenen Bauweise. Jedoch wird die Länge oder Breite der Gebäude nicht auf 50 m begrenzt.
- 1.4 ÜBERBAUBARE GRUNDSTÜCKSFLÄCHEN (§ 9 (1) NR. 2 BauGB und § 23 BauNVO)
- Die überbaubaren Grundstücksflachen sind durch Baugrenzen festgesetzt. Nebenanlagen, Lagerplätze mit zugehörigen technischen Anlagen sind im GI 1 außerhalb der Baugrenze zugelassen
- 1.5 STELLUNG DER BAULICHEN ANLAGEN (§ 9 (1) NR. 2 BauGB)
 - Die Stellung der baulichen Anlagen ist an die Topographie des Gesamtgeländes anzupassen und kann frei gewählt werden
- 1.6 FLACHEN, DIE VON BEBAUUNG FRE(ZUHALTEN SIND UND IHRE NUTZUNG (§ 9 (1) NR 10 BauGB)
- Sichtdreiecke
 - An den Knotenpunkten der Straßen des öffentlichen Netzes sind Sichtdreiecke nach RAS-K-1 (1988) von Bebauung, Bewuchs, Einfriedung und Lagerung über 0,75 m über dem jeweiligen Straßenniveau freizuhalten.
 - Einzelbaumpflanzungen sind als Hochstamme zulässig.
- 1.7 FLÄCHEN FÜR GARAGEN UND STELLPLÄTZE UND IHRE EINFAHRTEN (§ 9 (1) NR. 4 BRUGB UND § 12 (6) BRUNVO)
- Stellplätze sind auch außerhalb der überbaubaren Fläche zulässig
- 1.8 GEH-, FAHR- UND LEITUNGSRECHT (§ 9 (1) NR. 21 BauGB)
- Im Plangebiet ist ein Leitungsrecht zugunaten der Stadtwerke der Stadt Schwalmstadt eingetragen
- 1.9 MASSNAHMEN ZUM SCHUTZ, ZUR PFLEGE UND ZUR ENTWICKLUNG VON BODEN, NATUR UND LANDSCHAFT (§ 9 (1) NR. 20 BauGB)
- t 9 t Dachflächenwasser
 - Das auf den Dachflächen anfallende Regenwasser ist auf den Grundstücken in Zisternen (oder einem Teich) mit einem Fassungsvermögen von mindestens 25 l/m³ Dachfläche zu speichern, als Brauchwasser zu nutzen oder verzögert mit maximal 25 l/s/ha vom Grundstück abzuleiten.
- 1.10 ANPFLANZUNGEN VON BÄUMEN, STRÄUCHERN UND SONSTIGEN BEPFLANZUNGEN SOWIE BINDUNGEN FÜR BEPFLANZUNGEN (§ 9 (1) NR. 25a = b BauGB)
- 1.10.1 Mindestbepflanzung der Grundstücksfreiflächen (Gem. GRZ nicht überbaubare Flächen).
- Die Grundstücksflächen sind mindestens mit 10 % durch Bäume oder Sträucher im Sinne der Plandarstellung zu bepflänzen. Je 100 m² Grundstücksfreifläche ist ein hochstämmiger Laubbaum zu pflanzen (mind die im Plan dargestellten Einzelbäume). Zur Bepflanzung mit Bäumen sind nur standortgerechte, einheimische Laubbäume zulässig. Die nach sonstigen Regelungen des Bebauungsplanes herzustellende Bepflanzung ist anzurechnen.
- 1.10.2 Bepflanzung der privaten und öffentlichen Grunflächen (Flächen 1)
- Die im Bebauungsplan mit 1 gekennzeichneten Flächen sind zu 80 % mit standortgerechten einheimischen Laubgehölzen der Pflanzliste zu bepflanzen. Keine Art darf zu mehr als 15 % der Gesamtzahl verwendet werden. Je 10 m² Pflanzfläche sind 1 Baum oder 10 Sträucher zu pflanzen. Stellplätze sind in diesen Flächen unzulässig.

1 10 3 Bepflanzung der privaten Grünflächen (Fläche 2)

Die mit 2 gekennzeichneten Flächen sind als geschlossene Kulisse mit Pflanzen der Pflanzliste zu bepflanzen. Mindestens 50 % der Fläche ist mit großkronigen Bäumen U=14/16 der Pflanzliste zu bepflanzen. Je 10 m² Pflanzfläche sind 1 Baum oder 10 Sträucher zu pflanzen Stellplätze sind unzulässig. Zufahrten sind in dem für den betrieblichen Ablauf notwendigen Umfang zulassig.

1 10.4 Mindestbepflanzung der Stellplätze

Stellplätze sind zusätzlich zu den Mindestbepflanzungen der Freiflächen mit einem großkronigen. standortgerechten Laubbaum U=16/18 je angefangene 5 Stellplätze zu bepflanzen. Bei mehr als 5 Stellplätzen sind diese durch mind. 3,0 m breite Pflanzflächen zu gliedem.

1.10.5 Pflanzliste

Acer campestre Feldahorn Acer platanoides Spitzahorn Acer pseudoplatanus Bergahorn Carpinus betulus Hainbuche Fraxinus excelsion Esche Malus domestica Hausapfel Vogelkirsche Traubeneiche Prunus avium Quercus petraea Quercus robur Stieleiche Silberweide Salix alba Vogelbeere Sorbus aucuparia Tilia cordata Winterlinde Tilia platyphyllos Sommerlinde Ulmus glabra Bergulme gelber Hartriegel Cornus mas Cornus sanguinea roter Hartriegel Liguster Traubenkirsche Ligustrum volgare Prunus padus Prunus spinosa Schlehe Rhamnus catharica Rosa arvensis Kreuzdom Ackerrose Rosa canina Hundsrose Weinrose Rosa eglanteria Rosa rugosa Kartoffelrose Rubus fructicosua Brombeere Rubus idaeus Himbeere gemeiner Schneeball Viburnum opulus Obstbäume heimische Sorten

1.10.6 Bindung für die Erhaltung von Bäumen und Sträuchern (§ 9 Abs. 1 Nr. 25b BauGB)

Die festgesetzten vorhandenen und anzupflanzenden Bäume und Sträucher sind auf Dauer zu erhalten. zu schützen und wenn erforderlich, durch landschaftstypische und standortgerechte Laubgehölze zu ersetzen

1.10.7 Einzelbäume

Die im Plan zur Anpflanzung dargestellten Einzelbäume sind als hochstämmige, standortgerechte, einheimische Laubbäume gem. Pflanzliste mit mindestens U≈14/16 cm zu pflanzen.

1.10 8 Flächen für Kompensationsmaßnahmen (3. Teilgeltungsbereich)

Die zur Kompensation des Eingriffs festgesetzte Fläche des 3. Teilgeltungsbereichs ist im Sinne des "Wesenbrüterkonzeptes" extensiv zu bewirtschaften.

1 11 ZUORDNUNG VON FESTSETZUNGEN FÜR AUSGLEICH ODER ERSATZ ZU DEN GRUNDSTÜCKSFLÄCHEN (§ 9 (1a) BauGB)

Die im Geltungsbereich des Bebauungsplanes sowie des 3. Teilgeltungsbereiches und in der Begründung zum Bebauungeplan ausgewiesene Bepflanzung mit Baumen und Strauchern gem Pflanziiste oder sonstige Maßnahmen sind als Ausgleichsmaßnahmen im Sinne von § 1a (3) testgesetzt.

Diese Festsetzungen werden den Eingriffsgrundstücken des Bebauungsplanes zugeordnet Als Eingriffsgrundstücke gelten sämtliche Flächen der Grundstücke, für die gem. § 1a (3) BauGB ein Ausgleich zu schaffen ist.

2. ORTLICHE BAUVORSCHRIFTEN GEMÄSS § 81 HBO

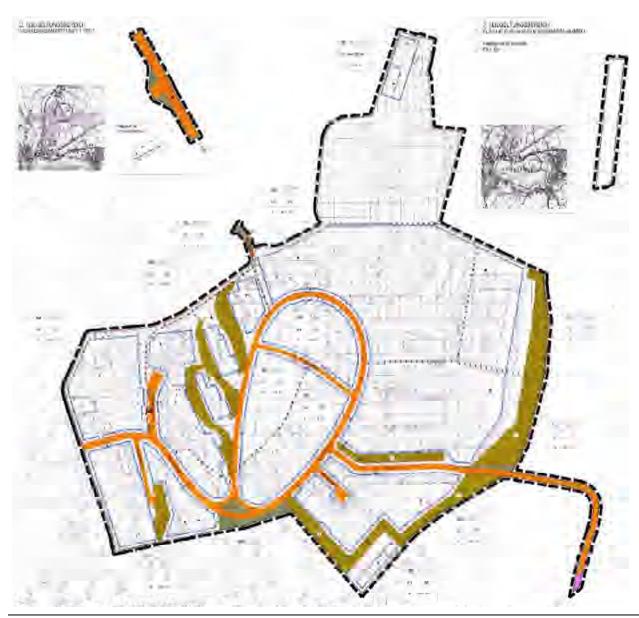
2.1 DACHDECKUNG

- Als Farbe des Bedachungsmaterials bei geneigten Dächern sind rot, braun, grau und schwarz zulässig
- Dacheindeckungen aus Metall müssen patinierungsfähig sein. Solaranlagen auf Dachflächen sind zulässig.

22 WERBUNG

- Werbung auf Dächern ist nicht zulässig.
- Werbung mit wechselndem Licht ist nicht zulässig.

Planzeichnung





Stadt Schwalmstadt Bebauungsplan "Am Harthberg"

Artenschutzrechtlicher Fachbeitrag

Stand: 13. Oktober 2025



Bearbeitung:

Madita Jappe, M.Sc. Angelica Ferla, M. Sc. Martin Windischmann, B.Sc. Dr. Patrick Masius

Ingenieurbüro für Umweltplanung Dr. Theresa Rühl

Am Boden 25 | 35460 Staufenberg Tel. (06406) 92 3 29-0 | info@ibu-ruehl.de

Inhalt

1	Recl	htliche Rahmenbedingungen	5
	1.1.	Untersuchungsgegenstand	5
	1.2.	Verbotstatbestände und -regelungen	6
2	Beso	chreibung von Vorhaben und Plangebiet	7
	2.1.	Vorhaben	7
	2.2.	Schutzgebiete und -objekte	8
	2.3.	Vegetation und Biotopstruktur	9
3	Abs	chichtung	14
	3.1. Betrof	Artengruppen für die aufgrund der Lage des Plangebiets und der vorhandenen Biotopstruktuffenheit ausgeschlossen werden kann	
	3.2. Betrof	Artengruppen für die aufgrund der Lage des Plangebiets und der vorhandenen Biotopstruktifenheit nicht ausgeschlossen werden kann	
4	Date	engrundlage und Methoden	16
	4.1.	Methodik der Brutvogelkartierung	17
	4.2.	Methodik der Fledermauskartierung	18
	4.3.	Methodik der Tagfaltererfassung	20
5	Wir	kungen des Vorhabens sowie Darlegung der Betroffenheit der Arten	21
	5.1.	Avifauna	21
	5.1.1	Vereinfachte Prüfung für allgemein häufige Vogelarten	22
	5.1.2	Artspezifische Prüfung für nicht allgemein häufige Vogelarten	24
	5.2.	Fledermäuse	26
	5.3.	Reptilien	27
	5.4.	Tagfalter	28
6	Maſ	Snahmenübersicht	30
	6.1.	Maßnahmen zur Vermeidung	30
	6.2.	Kompensationsmaßnahmen	30
	6.3.	Empfohlene Maßnahmen	30
	6.4.	Zeitliche Umsetzung der Maßnahmen	31
7	Fazi	t	31

8	Lite	ratur	33
9	Arte	enschutzrechtliche Prüfbögen	35
	9.1.	Feldsperling (Passer montanus)	35
	9.2.	Fitis (Phylloscopus trochilus)	37
	9.3.	Goldammer (Emberiza citrinella)	40
	9.4.	Stieglitz (Carduelis carduelis)	42
	9.5.	Heckenbraunelle (<i>Prunella modularis</i>)	45
	9.6.	Zauneidechse (Lacerta agilis)	48

Tabellenverzeichnis

Tabelle 1 Möglicherweise eintretende und daher näher zu betrachtende Wirkfaktoren des Vorhabens*	15
Tabelle 2 Erfassungsdaten der Begehungen des Plangebiets und seines funktionalen Umfelds	16
Tabelle 3 Definitionen der verwendeten Bestimmungskategorien für die Zuordnung der Fledermausarten auf Gattungs- und	
Gruppenniveau in Anlehnung an das Bayrısche Landesamt für Umwelt (2022)	19
Tabelle 4 Untersuchungszeiträume (UZ) der stationären Fledermauserfassung 2025	20
Tabelle 5 Artenliste der Vögel im Plangebiet und seiner Umgebung (2025)	21
Tabelle 6 Vereinfachte Prüfung für allgemein häufige Vogelarten	23
Tabelle 7 Artenspektrum der im Rahmen der Detektorbegehungen nachgewiesenen Fledermausarten im Untersuchungsgebi	et
	26

Abbildungsverzeichnis

Abbildung 1: Lage des Plangebiets (rot umrandet) im Nordosten von Treysa (© Bundesamt für	7
Abbildung 2: Schutzgebiete und -objekte Biotope im Plangebiet (gelb umgrenzt) und seiner Umgebung (Quelle: Natureg Viewe	
Hessen (HLNUG), Abgerufen am 24.09.2025)	8
Abbildung 3 Blick auf den südwestlichen Teil des PG mit einzelnen Gehölzstrukturen (Foto: IBU 2025)1	1
Abbildung 4 Blick von Osten in das PG mit bestehendem Container, der erweitert werden soll (Foto: IBU 2025)1	1
Abbildung 5 Blick Richtung Norden innerhalb des PG mit Bäumen und Sträuchern (Foto: IBU 2025)1	2
Abbildung 6 Blick entlang der Nordseite des vorhandenen Containers, an dessen Seite ein weiterer Container angebaut werder	
soll (Foto: IBU 2025)	2
Abbildung 7 Blick auf das Eingangstor und die Öltanks innnerhalb des PG (Foto: IBU 2025)1	3
Abbildung 8 Weibliche Zauneidechse im nördlichen Bereich des PG (Foto: F. Hahn).	8

Anlage

Karte 1 "Wertgebende Vogelarten"

Karte 2 "Reptilien"

Karte 3 "Fledermäuse (Detektorbegehungen)"

1 Rechtliche Rahmenbedingungen

1.1. Untersuchungsgegenstand

Als besonders geschützte Arten gelten gem. § 7 Abs. 2 BNatSchG¹ u. a. Tier- und Pflanzenarten, die in Anhang IV der FFH-Richtlinie geführt werden, alle europäische Vogelarten sowie Arten, die in einer Rechtsverordnung nach § 54 Abs. 1 Nr. 1 BNatSchG genannt sind, insbesondere also der Bundesartenschutzverordnung (BArtSchV₂₀₀₅). Als streng geschützt gelten besonders geschützte Arten, die in Anhang A der Verordnung (EG) Nr. 338/97 (ersetzt durch EG VO 318/2008), in Anhang IV der FFH-Richtlinie oder in einer Rechtsverordnung nach § 54 Abs. 1 Nr. 2 BNatSchG aufgeführt sind.

Die Verordnung (EG) Nr. 338/97 dient dem Schutz von Exemplaren wild lebender Tier- und Pflanzenarten durch Überwachung des Handels. Anhang A (ersetzt durch EG VO 318/2008) enthält – teilweise im Einklang mit den Anhängen der Vogelschutzrichtlinie und der FFH-Richtlinie - eine Vielzahl von Arten, die weder in Anhang IV FFH-RL noch in der BArtSchV geführt werden, darunter Baumfalke, Turmfalke und Mäusebussard, Uhu, Steinkauz und Waldohreule, Schwarzstorch und Turteltaube. Sie sind somit – auch wenn die Intention der Verordnung eine andere ist – auch bei Eingriffsvorhaben relevant.

Anhang IV der FFH-RL umfasst "streng zu schützende Tier- und Pflanzenarten von gemeinschaftlichem Interesse". Hierzu zählen u. a. alle in Deutschland beheimateten Fledermäuse, verschiedene Reptilien und Amphibien sowie Vertreter mehrerer wirbellosen Artengruppen wie Libellen und Schmetterlinge.

Darüber hinaus führt die Bundesartenschutzverordnung alle europäischen Reptilien und Amphibien und die überwiegende Zahl der Säugetiere (mit Ausnahme einzelner Kleinsäuger und Neozoen) als besonders geschützt auf. Bei den Wirbellosen werden u. a. alle Arten der Gattungen *Coenonympha* (Wiesenvögelchen), *Colias* (Gelblinge), *Erebia* (Mohrenfalter), *Lycaena* (Feuerfalter), *Maculinea*, *Polyommatus* (Bläulinge), *Pyrgus* (Würfeldickkopffalter) und *Zygaena* (Widderchen) aufgeführt, außerdem alle Prachtkäfer, Laufkäfer der Gattung *Carabus*, Bockkäfer und Libellen.

Die artenschutzrechtlichen Regelungen bezüglich der sog. "Verantwortungsarten" nach § 54 Abs. 1 Nr. 2 BNatSchG wird erst mit Erlass einer neuen Bundesartenschutzverordnung durch das Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit mit Zustimmung des Bundesrates wirksam, da die Arten erst in einer Neufassung bestimmt werden müssen. Wann diese vorgelegt werden wird, ist derzeit nicht bekannt.

Gesetz über Naturschutz und Landschaftspflege (Bundesnaturschutzgesetz - BNatSchG) vom 29. Juli 2009 (BGBl. I S. 2542), zuletzt geändert durch Artikel 5 des Gesetzes vom 3. Juli 2024 (BGBl. 2024 I Nr. 225)

1.2. Verbotstatbestände und -regelungen

Gemäß § 44 Abs. 1 BNatSchG ist es verboten,

- 1. wild lebenden Tieren der besonders geschützten Arten nachzustellen, sie zu fangen, zu verletzen oder zu töten oder ihre Entwicklungsformen aus der Natur zu entnehmen, zu beschädigen oder zu zerstören,
- wild lebende Tiere der streng geschützten Arten und der europäischen Vogelarten, während der Fortpflanzungs-, Aufzucht-, Mauser-, Überwinterungs- und Wanderungszeit erheblich zu stören; eine erhebliche Störung liegt vor, wenn sich durch die Störung der Erhaltungszustand der lokalen Population einer Art verschlechtert,
- 3. Fortpflanzungs- oder Ruhestätten der wild lebenden Tiere der besonders geschützten Arten aus der Natur zu entnehmen, zu beschädigen oder sie zu zerstören,
- 4. wild lebende Pflanzen der besonders geschützten Arten oder ihre Entwicklungsformen aus der Natur zu entnehmen, sie oder ihre Standorte zu beschädigen oder zu zerstören.

Nach § 44 Abs. 5 BNatSchG liegt ein Verstoß gegen das Verbot des Absatzes 1 Nr. 3 nicht vor, soweit die ökologische Funktion der von dem Eingriff oder Vorhaben betroffenen Fortpflanzungs- oder Ruhestätten im räumlichen Zusammenhang weiterhin erfüllt werden kann.

Soweit erforderlich, können auch vorgezogene Ausgleichsmaßnahmen festgesetzt werden. Für Standorte wild lebender Pflanzen der besonders geschützten Arten gilt Satz 2 bis 4 entsprechend. Sind andere besonders geschützte Arten als die in Anhang IV der FFH-RL oder die in einer Rechtsverordnung nach § 54 Abs. 1 Nr. 2 aufgeführten Arten oder europäische Vogelarten betroffen, liegt bei Handlungen zur Durchführung eines Eingriffs oder Vorhabens ein Verstoß gegen die Zugriffs-, Besitz- und Vermarktungsverbote nicht vor.

§ 45 Abs. 7 BNatSchG bestimmt, dass die zuständigen Behörden von den Verboten des § 44 im Einzelfall weitere Ausnahmen auch aus zwingenden Gründen des überwiegenden öffentlichen Interesses einschließlich solcher sozialer oder wirtschaftlicher Art zulassen können.

Aufgabe der artenschutzrechtlichen Prüfung ist die Klärung der Frage, ob von der Planung – unabhängig von allgemeinen Eingriffen in Natur und Landschaft – besonders oder streng geschützte Tier- und Pflanzenarten im Sinne des § 44 BNatSchG betroffen sind, welche Beeinträchtigungen für die geschützten Arten zu erwarten sind und ob sich für bestimmte Arten das Erfordernis und die Möglichkeit für eine artenschutzrechtliche Ausnahme nach § 45 Abs. 7 BNatSchG ergibt. Die Prüfung folgt dabei dem Leitfaden für die artenschutzrechtliche Prüfung in Hessen (HMUELV 2024).

Zu beachten ist auch der § 19 des Bundesnaturschutzgesetzes, der in Abs. 4 bestimmt, dass ein Verantwortlicher nach dem Umweltschadensgesetz, der eine Schädigung geschützter Arten oder natürlicher Lebensräume verursacht, die erforderlichen Sanierungsmaßnahmen gemäß Anhang II Nr. 1 der Richtlinie 2004/35/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 21. April 2004 über Umwelthaftung zur Vermeidung und Sanierung von Umweltschäden durchzuführen hat.

Eine Schädigung von Arten und natürlichen Lebensräumen im Sinne des Umweltschadensgesetzes ist nach § 19 Abs. 1 Satz 1 BNatSchG jeder Schaden, der erhebliche nachteilige Auswirkungen auf die Erreichung oder Beibehaltung des günstigen Erhaltungszustands dieser Lebensräume oder Arten hat. Abweichend von § 19 Abs. 1 Satz 1 liegt eine Schädigung nicht vor bei zuvor ermittelten nachteiligen Auswirkungen von Tätigkeiten eines Verantwortlichen, die von der zuständigen Behörde nach den §§ 34, 35, 45 Abs. 7 oder § 67 Abs. 2 BNatSchG oder, wenn eine solche Prüfung nicht erforderlich ist, nach § 15 oder auf Grund der Aufstellung eines Bebauungsplans nach § 30 oder § 33 des Baugesetzbuchs genehmigt wurden oder zulässig sind. Arten im Sinne des § 19 Abs. 1 Satz 1 BNatSchG sind diejenigen Arten, die in Art. 4 Abs. 2 VSchRL, Anhang I VSchRL oder den Anhängen II und IV der FFH-RL aufgeführt sind.

2 Beschreibung von Vorhaben und Plangebiet

2.1. Vorhaben

Die Stadt Schwalmstadt plant die Aufstellung des Bebauungsplanes "Am Harthberg" im Stadtteil Treysa. Ziel des Bebauungsplanes ist die Änderung und Teilaufhebung einer Gewerbefläche auf einer Fläche von rd. 1,3 ha. Die Fläche befindet sich am nordöstlichen Siedlungsrand von Treysa (s. Abbildung 1). Das *Ingenieurbüro für Umweltplanung Dr. Theresa Rühl* wurde 2025 für die tierökologischen Untersuchungen im Plangebiet beauftragt.

Auf dem betroffenen Flurstück 1/54 der Gemarkung Treysa befindet sich ein Studiogelände der Life Unit Gravitation GmbH mit gewerblich genutzten Gebäuden. Die bestehenden Container sollen durch weitere Container ergänzt werden. Westlich und nördlich des PG grenzt weiteres Gewerbegebiet an. Im Süden und Osten schließt sich Grünland mit kleineren Waldstücken und Gehölzen an.



Abbildung 1: Lage des Plangebiets (rot umrandet) im Nordosten von Treysa (© Bundesamt für Kartographie und Geodäsie TopPlusOpen P50).

2.2. Schutzgebiete und -objekte

Das Plangebiet befindet sich außerhalb von Vogelschutzgebieten und FFH-Gebieten. Das nächstgelegene Vogelschutz-Gebiet "Schwalmniederung bei Schwalmstadt" (Nr. 5121-401) beginnt rund 600 m südöstlich und rund 980 nordwestlich des Plangebiets. Die hierfür beschriebenen Erhaltungsziele sind insbesondere die Erhaltung offener Wiesen-, Acker- und Feuchtgrünlandflächen mit geeigneter Bewirtschaftung, hoher Strukturvielfalt, ausreichendem Grundwasserstand und störungsarmen Lebensräumen als Brut-, Rast- und Nahrungshabitate für Arten wie Wiesenpieper, Bekassine und Wachtel.

Ca. 980 m nordwestlich des PG befindet sich das Naturschutzgebiet "Flachsrasen bei Dittershausen" (Nr. 1634016), welches die gesetzlich geschützten Biotope ("Feuchtwiese im NSG "Flachsrasen" südöstlich Dittershausen", "Bachauenwald im NSG "Flachsrasen" südöstlich Dittershausen", "Flutrasen im NSG "Flachsrasen" nordöstlich Dittershausen" und "Feuchtgehölz im NSG "Flachsrasen" nördlich Dittershausen") und einen nach §30 BNatSchG gesetzlich geschützten Biotopkomplex ("Feuchtgrünland-Großseggen-Tümpel- Komplex südöstlich Dittershausen") umfasst.

Eine funktionale Beziehung des PG zu diesen Schutzgebieten ist nicht erkennbar.

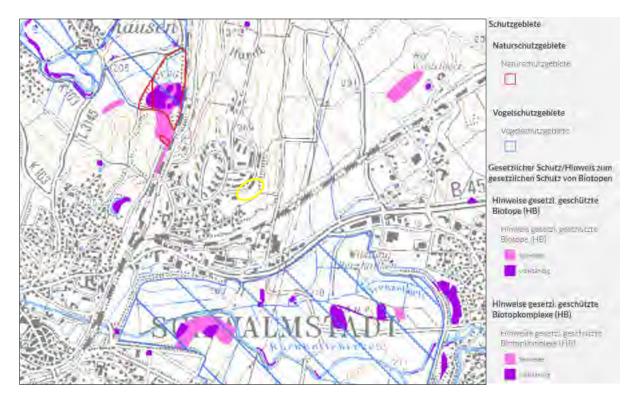


Abbildung 2: Schutzgebiete und -objekte Biotope im Plangebiet (gelb umgrenzt) und seiner Umgebung (Quelle: Natureg Viewer Hessen (HLNUG), Abgerufen am 24.09.2025)

2.3. Vegetation und Biotopstruktur

Das Plangebiet in Schwalmstadt umfasst eine heterogen genutzte Fläche mit einer Mischung aus versiegelten Bereichen, extensiven Grünlandflächen, Ruderalflächen, Sukzessionsflächen und verschiedenen Gehölzstrukturen. Große Teile des Geländes werden durch Gebäude, Container sowie asphaltierte und gepflasterte Wegeflächen bestimmt. Teilweise ist das Pflaster mit breiten Fugen verlegt, sodass eine Durchwurzelung durch Pionierarten möglich ist.

Den Hauptanteil des Plangebietes bildet eine Wiesenbrache, die sich entlang des südlichen Randes sowie über etwa ein Drittel der Fläche im Osten erstreckt. Es handelt sich um eine ehemals extensiv genutzte Glatthaferwiese (KV-Typ 06.380 – Wiesenbrache), die derzeit brachliegt und von Glatthafer (Arrhenatherum elatius) sowie weiteren typischen Gräsern dieses Wiesentyps dominiert wird. Die Fläche weist nur eine mäßige Artenvielfalt auf. Vereinzelt kommen krautige Arten wie Echtes Johanniskraut (Hypericum perforatum), Weißes Labkraut (Galium album) und Kletten-Labkraut (Galium aparine) vor. Im Rahmen einer fortschreitenden Sukzession siedeln sich zunehmend Pioniergehölze an, insbesondere Pappel (Populus sp.), Weißdorn (Crataegus monogyna), Roter Hartriegel (Cornus sanguinea) sowie vereinzelt Brombeere (Rubus fruticosus agg.).

Zentral im Plangebiet befindet sich eine ca. 300 m² große Fläche mit wasserdurchlässigem Pflasterbelag. Hier wurde ein Erdhaufen auf einer gepflasterten Fläche aufgeschüttet. Dieser ist inzwischen bewachsen und zeigt die Ausbildung einer Baumgruppe (KV-Typ 04.210) aus Zitterpappeln (Populus tremula). Einige einzelne Bäume wie eine Hängebirke (Betula pendula) oder ein Steinweisel (Prunus mahaleb) wachsen im gepflasterten Bereich bei einem Gebäude im Zentrum. Entlang des gepflasterten Platzes in der Mitte hat sich ein artenreicher Saum (KV-Typ 09.122) mit Arten wie der rundblättrigen Glockenblume (Campanula rotundifolia) und dem gewöhnlichen Hornklee (Lotus corniculatus) gebildet.

Nordwestlich liegt ein kleiner Abschnitt einer artenreichen- und blütenreichen Ruderalvegeation (KV-Typ 09.124) mit Arten wie Echtem Johanniskraut (*Hypericum perforatum*), Wiesen-Witwenblume (*Knautia arvensis*), Rotklee (*Trifolium pratense*), Jakobs-Greiskraut (*Jacobaea vulgaris*) und Acker-Kratzdistel (*Cirsium arvense*). Im Norden des Untersuchungsgebiets befindet sich ein versiegelter Bereich mit zwei still gelegten Öltanks, die aktuell als Wasserspeicher genutzt werden (s. Abbildung 7). Westlich der Öltanks ist die Fläche vollständig mit Brombeeren (*Rubus fruticosus agg.*) überwuchert. Der Nord- und Westrand des Plangebietes ist durch eine natürliche einreihige Hecke (KV-Typ 04.600 – Feldgehölz) eingegrenzt. Hier dominieren einheimische Gehölzarten wie Feldahorn (*Acer campestre*), Vogelkirsche (*Prunus avium*), Roter Hartriegel (*Cornus sanguinea*), Hundsrose (*Rosa canina*), Schlehe (*Prunus spinosa*) und Steinweichsel (*Prunus mahaleb*). Ein von Brombeeren und Pioniergehölzen bewachsener Schotterstreifen sowie weitere Bereiche mit durchlässigem Substrat (Sand, Kies, Steine) welche teils mit Gräsern und Kräutern im Übergang zu den versiegelten Flächen weisen eine Ruderalvegetation auf (<u>KV-Typ 09.124 und KV-Typ 10.670</u>).

Unterhalb der Wiesenfläche mit den stillgelegten Öltanks befindet sich eine vollständig versiegelte Teilfläche, auf der derzeit ein Überseecontainer als mobiles Gebäude genutzt wird.

Zwischen dem Container und der angrenzenden Wiese liegt ein offenporiger Streifen aus Sand, Schotter und teilweise größeren, gemischten Steinen (s. Abbildung 6). Die Fläche weist bereits eine spontane Vegetation auf, bestehend aus Gräsern, krautigen Pionierarten und einzelnen Gehölzen, unter anderem Roter Hartriegel (*Cornus*

sanguinea). Dieser Bereich ist im Rahmen der weiteren Nutzung des Geländes für eine bauliche Erweiterung vorgesehen. Konkret ist die Aufstellung eines zusätzlichen Überseecontainers geplant. Eine dauerhafte Flächeninanspruchnahme und bauliche Überprägung ist somit in diesem Abschnitt zu erwarten.

Im nordöstlichen Abschnitt des Plangebiets wird die dortige Wiesenbrache durch eine gezielt angelegte, lineare Gehölzstruktur unterbrochen, die sich mittelfristig zu einer Hecke bzw. einem linearen Feldgehölz (KV-Typ 04.600 - Baumhecke) entwickeln dürfte. Die Struktur setzt sich überwiegend aus Eiche (Quercus robur), Weißdorn (Crataegus monogyna) und Steinweichsel (Prunus mahaleb) zusammen und verläuft guer durch die Offenlandfläche.

Nördlich der linearen Gehölzstruktur liegt ein inhomogener Bereich mit mehreren kleinflächigen Sonderstrukturen. Dazu zählt eine flache, anthropogen angelegte Senke mit einzelnen Seggenvorkommen. Zum Zeitpunkt der Begehung war die Fläche jedoch vollständig trocken, und es fehlten Anzeichen für eine regelmäßige oder saisonale Wasserführung. Aufgrund der fehlenden hydrologischen Dynamik und der noch nicht etablierten Vegetation ist die Fläche derzeit keinem Biotoptyp gemäß KV Hessen (2018) zuzuordnen. In unmittelbarer Umgebung befinden sich Schotter- sowie Sand- und Steinhaufen, die teilweise mit Pioniervegetation bewachsen sind. Ein geschotterter Bereich zeigt eine deutliche Ausprägung von Ruderalvegetation, dominiert von Kriechendem Hahnenfuß (Ranunculus repens), weist jedoch auch eine insgesamt erhöhte Artenvielfalt auf (KV-Typ 10.670). Ein angrenzender Teilbereich ist als Restfläche der ursprünglichen Glatthaferwiese (KV-Typ 06.380) zu bewerten. Diese ist mittlerweile von jungen Gehölzen durchsetzt, insbesondere von Pionierarten mit Wuchshöhen bis ca. 2 m. Entlang der nördlichen und nordöstlichen Einzäunung sind Gehölze wie Steinweichsel (*Prunus mahaleb*) und Weißdorn (*Crataegus monogyna*) zu beobachten.

Im südlichen Teil des Plangebiets befinden sich darüber hinaus Einzelbäume (KV-Typ 04.110) und kleinere Baumgruppen (KV-Typ 04.210 – Baumgruppe, einheimisch). Genannt seien hier Eiche (Quercus robur), Edelkastanie (Castanea sativa) und Vogelkirsche. Eine größere Strauch- und Baumstruktur auf ca. 300 m² im südlichen Zentrum des Plangebiets besteht vorrangig aus Schlehe und Hundsrose, durchsetzt von jungen Eichen und Ahornbäumen. Im östlichen Teil der Wiesenbrache finden sich vereinzelt junge Laubgehölze, insbesondere Stieleiche (Quercus robur) und Weißdorn (Crataegus monogyna). Diese Gehölze sind locker verteilt und befinden sich überwiegend im frühen Entwicklungsstadium.

Geschützte Pflanzenarten oder gesetzlich geschützte Pflanzengesellschaften nach BNatSchG oder Hessischer Verordnung wurden im Plangebiet nicht festgestellt.



Abbildung 3 Blick auf den südwestlichen Teil des PG mit einzelnen Gehölzstrukturen (Foto: IBU 2025).



Abbildung 4 Blick von Osten in das PG mit bestehendem Container, der erweitert werden soll (Foto: IBU 2025).



Abbildung 5 Blick Richtung Norden innerhalb des PG mit Bäumen und Sträuchern (Foto: IBU 2025).

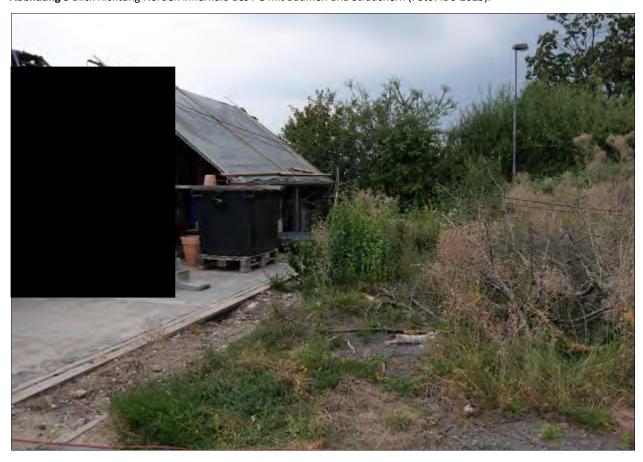


Abbildung 6 Blick entlang der Nordseite des vorhandenen Containers, an dessen Seite ein weiterer Container angebaut werden soll (Foto: IBU 2025).



Abbildung 7 Blick auf das Eingangstor und die Öltanks innnerhalb des PG (Foto: IBU 2025).

3 Abschichtung

Im Weiteren ist die Betroffenheit der einzelnen Artengruppen aufgeführt. Die daran anschließende Tabelle differenziert die wichtigsten potenziellen Wirkfaktoren nach ihrem Charakter (bau-, anlagen- oder betriebsbedingt) sowie ihres Wirkraums und gibt kurze Erläuterungen zu ihrer technischen Ursache. Sie sind Grundlage für die im folgenden Kapitel durchzuführende Eingriffsbewertung für die betrachteten Arten- bzw. Artengruppen.

3.1. Artengruppen für die aufgrund der Lage des Plangebiets und der vorhandenen Biotopstruktur eine Betroffenheit ausgeschlossen werden kann

<u>Säugetiere (außer Haselmaus und Fledermäuse)</u>: Aufgrund der Habitatbedingungen und der Lage am Siedlungsrand ohne direkten Anschluss an Waldbestände kann ein Vorkommen der streng geschützten Haselmaus (*Muscardinus avellanarius*) im Plangebiet ausgeschlossen werden. Auch gibt es keinen Anlass zur Annahme, dass andere streng geschützte Säugetiere im Plangebiet vorkommen könnten.

<u>Amphibien</u>: Das Plangebiet weist keine Biotopstrukturen auf, die für Amphibien von Bedeutung wären. Mit einem Vorkommen von planungsrelevanten Arten ist nicht zu rechnen.

<u>Fische</u>: Im Plangebiet sind keine Gewässer vorhanden, die von Fischen besiedelt werden können. Eine Betroffenheit dieser Artengruppe kann daher ausgeschlossen werden.

<u>Libellen</u>: Im Plangebiet sind keine Gewässer vorhanden, die Libellen als wesentlichen Teil ihres Lebensraums dienen könnten. Eine Betroffenheit dieser Artengruppe kann daher ausgeschlossen werden.

<u>Heuschrecken</u>: Kleinräumig ist der direkte Eingriffsbereich als Habitat für Heuschrecken grundsätzlich geeignet. Aufgrund der Habitatbedingungen ist ein Vorkommen seltener oder geschützter Arten aber auszuschließen.

<u>Totholzbesiedelnde Käfer</u>: Innerhalb des Plangebiets wurde liegendes Totholz gefunden. Da dieses von dem Eingriff nicht betroffen ist, kann eine Betroffenheitvon totholzbesiedelnden Käfern wie Hirschkäfer und Balkenschröter ist daher nicht auszuschließen.

<u>Pflanzen und geschützte Biotope</u>: Wie in Kapitel 2.3 beschrieben sind keine geschützten Pflanzenarten und Pflanzengesellschaften innerhalb des Plangebiets zu finden. Nach § 30 BNatSchG geschützte Biotope befinden sich im weiteren Umfeld des Plangebiets.

3.2. Artengruppen für die aufgrund der Lage des Plangebiets und der vorhandenen Biotopstruktur eine Betroffenheit nicht ausgeschlossen werden kann

Avifauna: Aufgrund der Ortsrandlage des Untersuchungsgebietes und der vorhandenen Strukturen ist für das Artenspektrum der Vögel mit typischen Arten der Siedlungsränder wie auch des (gehölzdurchsetzten) Offenlandes zu rechnen. Die vorhandenen Gehölzstrukturen und Einzelbäume bieten den Vögeln potenzielle NistmöglichkeitenEine Betroffenheit planungsrelevanter Arten (z. B. Stieglitz, Bluthänfling) im Plangebiet kann nicht ausgeschlossen werden, aufgrund der Lage am Siedlungsrand ist eine Betroffenheit von störungsanfälligen Arten jedoch nicht zu erwarten. Aus den genannten Gründen wurden im Jahr 2022 zu dieser Artengruppe Untersuchungen durchgeführt.

<u>Fledermäuse</u>: Das Plangebiet ist als potenzielles kleinräumiges Nahrungshabitat für Fledermäuse einzustufen. Gehölze oder Gebäude, die Fledermäusen als Quartier dienen können, sind von dem Eingriff nicht direkt betroffen. Da

eine Betroffenheit planungsrelevanter Arten nicht ohne Weiteres ausgeschlossen werden kann, wurden im Jahr 2025 zu dieser Artengruppe Untersuchungen durchgeführt.

Reptilien: Die Sand- und Steinaufschüttung sowie Säume und Grenzlinienstrukturen des Plangebietes bieten Reptilien potenziell geeignete Habitatbedingungen. Eine Betroffenheit dieser Artengruppe kann nicht ausgeschlossen werden. Durch Fotobeleg des Flächeneigentümers wurde ein mehrfacher Nachweis der planungsrelevanten Zauneidechse erbracht. Weitere planungsrelevante Arten, wie die Schlingnatter, sind aufgrund der Habitatbedingungen nicht zu erwarten. Auf eine spezielle Untersuchung zu dieser Artengruppe konnte daher verzichtet werden.

<u>Tagfalter:</u> Die Wiesenflächen und Gehölzstrukturen im Plangebiet bieten Tagfaltern grundsätzlich einen Lebensraum. Ein Vorkommen seltener oder geschützter Falterarten kann aufgrund der Artausstattung und Lage nicht ausgeschlossen werden. Daher erfolgte im Jahr 2025 eine Kartierung zu dieser Artgruppe.

Tabelle 1 Möglicherweise eintretende und daher näher zu betrachtende Wirkfaktoren des Vorhabens*

Wirkfaktor	Mögliche Auswirkungen						
Baubedingt	Gefährdung von Individuen im Baubetrieb (Befahren, Abschieben)						
	Störwirkungen im Plangebiet (Lärm, Staub, Licht, Bewegungsstörungen)						
	Störwirkungen auf Umgebung (Lärm, Staub, Licht, Bewegungsstörungen)						
Anlagebedingt	Verlust von speziellen Habitat Strukturen						
	Flächenverlust						
	Verlust von Pufferräumen und Nahrungshabitaten						
Betriebsbedingt	Störwirkungen im Plangebiet durch Zunahme von An- und Abfahrverkehr, Licht und Lärm						
	Störwirkungen auf Umgebung						

^{*)} Farbig dargestellt ist die aufgrund der Biotopstruktur zu erwartende Relevanz (grün: gering | gelb: mäßig | rot: hoch)

4 Datengrundlage und Methoden

Die Untersuchung der artenschutzrechtlichen Relevanz der Planungen erfolgt entsprechend dem Leitfaden für die artenschutzrechtliche Prüfung in Hessen (HMUELV 2024). Es werden zunächst die Wirkfaktoren des Vorhabens ermittelt und der erforderliche Untersuchungsrahmen festgelegt. Die Größe des Untersuchungsraumes richtet sich nach den Wirkungen bzw. den erwarteten Beeinträchtigungen (= Wirkraum).

Daraufhin werden die artenschutzrechtlich relevanten Artengruppen im Untersuchungsgebiet mit einer potenziellen Betroffenheit (Konfliktarten) zusammengestellt und hinsichtlich ihrer Betroffenheit untersucht (s. Kapitel 3). Hierzu werden vorliegende Daten- und Informationsgrundlagen (Fachliteratur, Landschaftspläne, die zentrale NATIS-Art-Datenbank, Artenschutzprogramme, Angaben der Fachbehörden, Planungen anderer Planungsträger im Raum) ausgewertet. Indizien für Vorkommen planungsrelevanter Arten werden besonders berücksichtigt.

Auf Grundlage der vorgenommenen Abschichtung wurden im Jahr 2025 durch das *Ingenieurbüro für Umweltplanung Dr. Theresa Rühl* faunistische Untersuchungen zu der Avifauna, Fledermäusen und Tagfaltern im Gebiet durchgeführt (s. Tabelle 2).

Tabelle 2 Erfassungsdaten der Begehungen des Plangebiets und seines funktionalen Umfelds

Datum	Beginn	Ende	Temp. (°C)	Wetter	Windstärke (bft) und -richtung	Tätigkeit	Bearbeitung
16.04.2025	07:30	11:30	9-15	sonnig	NW, 1	Vögel	Madita Jappe (M.Sc.)
06.05.2025	08:00	12:00	6-12	sonnig	NO, 2	Vögel und Tagfalter	Madita Jappe (M.Sc.)
12.05.2025	15:00	17:00	18-20	sonnig	NW, 2	Wildbienen und Tag- falter	Angelica Ferla (M. Sc.)
20.05.2025	19:00	21:00	20	sonnig	NW, 2	Vegetation	Angelica Ferla (M. Sc.)
20.05.2025	21:00	00:30	18	leicht be- wölkt	NW, 2	Detektorbegehung	Angelica Ferla (M. Sc.)
27.05.2025	08:00	12:00	14-17	bewölkt	SW, 3	Vögel und Tagfalter	Madita Jappe (M.Sc.)
25.06.2025	21:45	00:30	20	klar	S, 2	Detektorbegehung	Angelica Ferla (M. Sc.)

4.1. Methodik der Brutvogelkartierung

Zur Erfassung des absoluten Bestands / Saison wird eine Revierkartierung von Brutvögeln durchgeführt. Diese Methode ist die genaueste Erfassungsmethode und aufgrund des hohen Zeitaufwandes insbesondere für kleinere Flächen (max. 100 ha) geeignet. Das Untersuchungsgebiet ist mit 4 ha relativ klein und aufgrund des Offenlandcharakters in ca. 3 h pro Begehung gut zu bearbeiten. Die Gesamtzahl der Begehungen ist aufgrund der Habitatausstattung und des zu erwartenden Artenspektrums mit drei Terminen angesetzt. Artspezifische Erfassungsmethoden wurden entsprechend den Vorgaben von SÜDBECK ET AL. (2005) angewandt.

Bei der Revierkartierung wurde das Untersuchungsgebiet langsam durchschritten. Die Begehungsstrecke reichte etwa 50 m (100 m bei offener Feldflur) an jeden Punkt des Untersuchungsgebiets heran. Sie wurde von Termin zu Termin variiert, um nicht jedes Mal dieselben Bereiche zu derselben Zeit zu kontrollieren. Eine Begehung wurde an einem Kartiertag abgeschlossen, um Mehrfacherfassungen auszuschließen. Die Standorte der vorgefundenen Vögel wurden zusammen mit dem beobachteten Verhalten lagegenau in eine Feldkarte eingetragen und daraus eine Tageskarte erstellt. Aus den Tageskarten wird für jede nachgewiesene Art eine Gesamtkarte erstellt und daraus ihr Status im Untersuchungsgebiet abgeleitet bzw. Papierreviere gebildet.

Alle Vogelarten wurden im Rahmen einer Revierkartierung zwischen April und Mitte Juli erfasst. Die Kartierung erfolgte dabei durch Verhören von Gesängen und visuell mittels Fernglases. Die Erfassung der Avifauna erfolgte gemäß der Methodik (inklusive der Wertungsgrenzen) von Südbeck, et al. (2005) und wird in den entsprechenden Kategorien Brutnachweis (B), Brutverdacht (b), Brutzeitfeststellung (Bz) sowie Nahrungsgast (N) bzw. Durchzügler (D) ausgewertet.

Die Erfassungszeit richtet sich nach der Aktivität der einheimischen Brutvögel, die bei den meisten Singvogelarten zwischen Sonnenaufgang und Mittag (bzw. 6 Stunden nach Sonnenaufgang) am höchsten ist. Die Begehungen wurden bei gutem Wetter (kein starker Regen / Wind) durchgeführt (SÜDBECK, ET AL., 2005).

Die Methodenstandards zur Erfassung der Brutvögel Deutschlands (SÜDBECK, ET AL., 2005) wurden entwickelt, um ein standardisiertes Vorgehen sowohl bei der Felderhebung als auch bei der Auswertung und Interpretation der gewonnenen Daten auf fachlich hohem Niveau zu gewährleisten. Sie geben für nahezu alle in Deutschland vorkommenden Arten an, zu welchen Jahreszeiten sie (gegliedert nach Monats-Dekaden) optimal erfasst werden können und welche Bedingungen erfüllt sein müssen, die Beobachtungen als Brutverdacht oder gar -nachweis zu interpretieren (sog. Wertungsgrenzen). All diese Empfehlungen sind fachlich fundiert und unstrittig.

Ein Blick in die einleitenden Kapitel "des" SÜDBECK zeigt aber auch, dass das Hauptaugenmerk bei der Entwicklung dieser Standards darauf lag, den Zustand und die Entwicklung der Vogelpopulationen in größeren Raumeinheiten sicher zu erfassen und verfolgen zu können. Damit unterscheidet sich der Ansatz in zwei Punkten von den Anforderungen an die tierökologischen Untersuchungen zu einem Bebauungsplan:

1. Die Großräumigkeit zum Beispiel eines Schutzgebiets, dessen Vogelwelt erfasst werden soll, erzwingt geradezu, den Artenbestand vornehmlich über die Rufe und Gesänge der Arten zu ermitteln. Es ist dann nur logisch, z.B. zur Erfassung der Spechte in einem größeren Waldgebiet das zeitige Frühjahr als nahezu essenziellen Erfassungszeitraum einzustufen. Anders verhält es sich aber, wenn ein vielleicht gerade einmal 1-2 ha großer Ortsrandbereich für einen Wohngebietserweiterung zu untersuchen ist. In diesem Fall sind Sichtbeobachtungen von Spechten bei der Nahrungssuche problemlos möglich und die Futterrufe von Jungtieren in einer Baumhöhle kaum zu überhören. Eine sichere Erfassung der Arten ist damit auch im weiteren Verlauf der Brutperiode gewährleistet.

2. Erhebungen der Tierwelt im Vorfeld von Eingriffsplanungen erfolgen mit der klaren Vorgabe zu klären, ob bzw. welche relevanten Arten im Gebiet vorkommen oder nicht. Die Frage, ob eine Beobachtung (bzw. mehrere Beobachtungen) als Brutverdacht oder -nachweis zu werten sind, ist nachrangig, denn bereits der Brutverdacht genügt, um das Vorkommen artenschutzrechtlich zu prüfen. Ein Brutverdacht aber besteht z.B. beim Gartenrotschwanz schon nach der zweiten Beobachtung eines singenden Tieres im Abstand von mindestens einer Woche, wobei eine Registrierung zwischen Anfang Mai und Anfang Juni gefordert ist. Diese Anforderungen können auch dann erfüllt werden, wenn die Empfehlungen von SÜDBECK ET AL. nicht vollständig umgesetzt werden.

4.2. Methodik der Fledermauskartierung

Um das Fledermausaufkommen im Plangebiet zu untersuchen, wurden im Jahr 2025 sogenannte Detektorbegehungen durchgeführt. Ergänzend wurden 2 Horchboxen im Eingriffsbereich installiert, um das Artenrepertoire sowie saisonale Aktivitätsmuster zu untersuchen. Sichtbeobachtungen vor Ort wurden dokumentiert, um Quartiere, Verhaltensmuster und Flugrouten aufzunehmen.

Zur Ultraschallerfassung der Fledermäuse bei den Detektorbegehungen wurde das Echometer Touch 2 von Wildlife Acoustics verwendet. Die aufgezeichneten Fledermausrufe wurden anschließend kritisch am Computer überprüft und bestimmt. Zur Rufanalyse wurde das Programm Kaleidoscope (Wildlife Acoustics, Inc., Version 5.4.8), sowie die Fachliteratur zu Fledermausrufen von SKIBA (2009) und dem BAYRISCHEN LANDESAMT FÜR UMWELT (2020 & 2022) verwendet. Die Gesamtzahl der Begehungen ist aufgrund der Habitat Ausstattung und des zu erwartenden Artenspektrums mit zwei Terminen ab Dämmerungsbeginn angesetzt worden. Die Erfassungszeit richtet sich nach der Aktivität der Fledermäuse, die von der Abend- bis zur Morgendämmerung liegt. Die Begehungen wurden bei gutem Wetter (kein starker Regen / Wind) durchgeführt. Dabei fanden die Begehungen innerhalb der Wochenstubenzeit (Mai- August) der Fledermäuse statt.

Anhand fledermausrelevanter Habitat Strukturen und der Lage des Plangebiets wurde das Gebiet langsam durchschritten. Die Begehungsstrecke (Transekt) reichte etwa 50 m an jeden Punkt des Untersuchungsgebiets heran. Sie wurde von Termin zu Termin variiert, um nicht jedes Mal dieselben Bereiche zu derselben Zeit zu kontrollieren. Eine Begehung wurde an einem Kartier Tag abgeschlossen, um Mehrfacherfassungen auszuschließen. Im Rahmen der Detektorbegehungen wurden die Rufsequenzen von Fledermäusen digital aufgezeichnet sowie per GPS verortet. Die Begehungen begannen mit Sonnenuntergang und dauerten ca. 3 Stunden. Vor jeder Begehung wurden die Empfindlichkeit des Mikrofons und die Funktionalität des Gerätes überprüft. Die Einstellungen des Echometer Touch 2 waren wie folgt: Audio_ Division_Ratio: 1/20; Nightly_Sessions_Mode: On; Save_Noise_Files: Off; Real-Time_Auto_ID: On; Auto-ID_Sensitivity: "sensitive"; Trigger_Sensitivity: "medium"; Trigger_Window: 3 sec; Max_Trigger_Length: 15 sec; Gain: "medium"; Sample_Rate: 256k.

Um saisonale Aktivitätsveränderungen der Fledermäuse zu dokumentieren, wurden im Jahr 2025 zwei Horchboxen im Eingriffsbereich installiert. Als Erfassungszeitraum wurden drei Erfassungsblöcke à 7 Tage im Mai/Juni, Juli/August und September/Oktober festgelegt. Die drei getrennten Zeiträume in einem zweiwöchigen Turnus orientieren sich an den Paarungs-/ Lebenszyklen der Fledermäuse (Wochenstubenzeit und Schwärmzeit).

Eingesetzt wurde der Batcorder 3.1 der Firma EcoObs GmbH mit Waldboxerweiterung, mit der es möglich ist über eine automatische Timereinstellung vorbeifliegende Fledermäuse aufzuzeichnen, die aufgenommenen Rufsequenzen auf einer SD-Karte zu speichern und anschließend am Computer zu bestimmen und auszuwerten. Die Einstel-

lungen der Geräte waren wie folgt: Aufnahmestart 18:00 Uhr bis 08:00 Uhr, Empfindlichkeit -36dB, Post-Trigger 200 ms, Quality 20, Critical Frequency 16.

Zur automatischen Rufanalyse wurden die Programme bcAdmin4 (Version 1.4.7), bcAnalyze3 Light (Version 1.3.6) und batldent (Version 1.5) verwendet sowie Excel zur weiteren statistischen Auswertung und Darstellung. Dabei wurde der automatisch analysierte Datensatz stets kritisch überprüft, eventuelle Störgeräusche herausgefiltert und unklare Artbestimmungen manuell kontrolliert, mit Hilfe von Fachliteratur zu Fledermausrufen von SKIBA (2009) und dem BAYRISCHEN LANDESAMT FÜR UMWELT (2022). Neben der Aufzeichnung der Fledermausrufe wurde nach Timer-Aktivierung des Batcorders in einem Viertelstundentakt zusätzlich die Temperatur aufgenommen. Durch die unterschiedliche Ruflautstärke verschiedener Arten ist keine direkte, artübergreifende Vergleichbarkeit der Aktivität möglich. Leise rufende Arten (z.B. Langohrfledermäuse, Bechsteinfledermaus) sind in akustischen Erfassungen oft unterrepräsentiert im Vergleich zu lauter rufenden Arten (z.B. Großes Mausohr). Angegeben werden die Aktivitätsminuten (AM), da die Anzahl der aufgezeichneten Rufsequenzen stark von der verwendeten Technik, der Empfindlichkeit der Mikrofone und den Einstellungsparametern abhängig ist. Zur Berechnung der Aktivitätsminuten wird jeder Minute mit einer oder mehreren Rufsequenz/en eine "1" zugeordnet und die Minuten mit Aktivität über die Erfassungszeit aufsummiert. Dies ermöglicht eine Vergleichbarkeit mit anderen Arbeiten, mögliche Informationen über mehrere Individuen, die innerhalb einer Minute an einem Standort vorbeifliegen (z.B. Ausflug am Quartier, Flugroute) gehen dabei allerdings verloren, da diese zu einer Aktivitätsminute zusammengefasst werden.

Die Auswertung der Daten aus der stationären Ruferfassung ist zum jetzigen Zeitpunkt noch nicht abgeschlossen und wird in einem getrennten Bericht dargestellt.

Teilweise ist es nicht möglich, eng verwandte Arten mittels der Rufanalyse zu unterscheiden. Darunter fallen besonders die kleinen oder mittleren Myotis-Arten (*Myotis brandtii, M. mystacinus, M. daubentonii, M. bechsteinii*) und das Braune und Graue Langohr (*Plecotus auritus, P. austriacus*). Aus diesem Grunde werden diese Arten in der Artengruppe "Mkm" bzw. der Gattung "Langohren" zusammengefasst. In einigen Fällen kann die Zwergfledermaus (*Pipistrellus pipistrellus*) nicht eindeutig von der Rauhautfledermaus (*Pipistrellus nathusii*) unterschieden werden und es wird die Kennung "Pmid" angegeben. Bei der Abkürzung *Myotis spec*. kann es sich um alle Arten der Gattung *Myotis* handeln. Die Kennung "Nyctaloid" umfasst im PG die Arten *Kleiner Abendsegler, Großer Abendsegler, Breitflügelfledermaus* und *Zweifarbfledermaus*.

Bei der Artbestimmung kommt weiterhin hinzu, dass z.B. aufgrund von schlechter Witterung, starker Echobildung oder reflektierender Vegetation die Qualität der Aufnahmen abnimmt und die Bestimmung erschwert. Bei Rufen, die nicht mit Sicherheit einer Gattung zugeordnet werden können, wird das Kürzel "Spec." verwendet.

Die Abundanz einiger Arten(-gruppen) und Gattungen wird durch akustische Nachweismethoden idR. unterschätzt, da diese eine geringere Ruflautstärke aufweisen (Langohren), oder vermehrt in höheren Lufträumen jagen (z.B. Nyctaloide).

Die nachfolgende Tabelle gibt nochmals einen Überblick über die verwendeten Bestimmungskategorien.

Tabelle 3 Definitionen der verwendeten Bestimmungskategorien für die Zuordnung der Fledermausarten auf Gattungs- und Gruppenniveau in Anlehnung an das BAYRISCHE LANDESAMT FÜR UMWELT (2022)

Bestimmungskategorie	Legende				
Nyctaloid	Großer Abendsegler Nyctalus noctula				
	Kleinabendsegler	Nyctalus leisleri			
	Breitflügelfledermaus Eptesicus serotin				
	Zweifarbfledermaus	Vespertilio murinus			

Bestimmungskategorie	Legende				
Pmid	Rauhautfledermaus	Pipistrellus nathusii			
	Zwergfledermaus	Pipistrellus pipistrellus			
Plecotus	Langohrfledermäuse (Braunes/	Plecotus auritus			
	Graues Langohr)	Plecotus austriacus			
Myotis	Fransenfledermaus	Myotis nattereri			
	Großes Mausohr	Myotis myotis			
	Teichfledermaus	Myotis dasycneme			
	Wimperfledermaus	Myotis emarginatus			
	Nymphenfledermaus Myotis alcathoe				
	Bartfledermäuse Myotis mystacinus, Myotis bro				
	Wasserfledermaus Myotis daubentonii				
	Bechsteinfledermaus	Myotis bechsteinii			
Mkm	Bartfledermäuse	Myotis mystacinus, Myotis brandtii			
	Wasserfledermaus	Myotis daubentonii			
	Bechsteinfledermaus	Myotis bechsteinii			

Tabelle 4 Untersuchungszeiträume (UZ) der stationären Fledermauserfassung 2025

Tätigkeit	Datur	Bearbeiter	
	von	bis	
Standort 1 (1) 2025	12.05.2025	19.05.2025	A.Ferla, M.Sc
Standort 1 (2) 2025	15.07.2025	21.07.2025	A.Ferla, M.Sc
Standort 1 (3) 2025	03.09.2025	09.09.2025	A.Ferla, M.Sc
Standort 2 (1) 2025	03.09.2025	09.09.2025	A.Ferla, M.Sc

4.3. Methodik der Tagfaltererfassung

Die Erfassung der Tagfalter erfolgte durch Sichtbeobachtungen der Imagines. In langsamen Spaziertempo wurde das Gebiet abgeschritten und alle Falter gezählt. Mithilfe eines Fernglases wurden die Blütenköpfe der Nahrungspflanzen nach Tagfaltern abgesucht. Ergänzend zur Erfassung der adulten Tiere wurden geeignet erscheinende Larvalpflanzen kurz nach Flugzeithöhepunkt der Art (meist Anfang Juni) nach Eiern oder Raupen abgesucht.

Es erfolgten drei Begehungen, die zwischen Anfang Mai und Anfang Juni durchgeführt wurden. Die Erfassung erfolgte nur an Tagen mit einer Bewölkung von höchstens 50% und einer maximalen Windstärke von 3 Beaufort im Zeitraum von 10 - 17 Uhr. Da im Gebiet kein Großer Wiesenknopf (*Sanguisorba officinalis*) vorkommt, konnte auf Begehungen zur Hauptflugzeit des Dunklen Wiesenknopf-Ameisenbläulings verzichtet werden.

5 Wirkungen des Vorhabens sowie Darlegung der Betroffenheit der Arten

5.1. Avifauna

Insgesamt wurden im Untersuchungsgebiet 37 Vogelarten nachgewiesen, wovon zehn Arten reine Nahrungsgäste sind und für vier Arten nur eine einmalige Brutzeitfeststellung erfolgte. Die übrigen 23 Arten sind als Brutvögel im Untersuchungsgebiet zu betrachten (s. Tabelle 5). Das Untersuchungsgebiet (UG) für die Brutvogelkartierung umfasste neben dem Plangebiet (PG) weitere angrenzende Offen- und Grünlandflächen im Norden, Westen und Süden mit anschließenden Baumbeständen sowie die Ausläufer des Gewerbegebiets im Westen (s. auch Karte "Wertgebende Vogelarten" im Anhang). Entsprechend dem untersuchten Lebensraum handelt es sich um Arten des Siedlungsrandes und des (gehölzdurchsetzten) Offenlandes.

Innerhalb des PG wurde ein Brutnachweis von <u>Feldsperlingen</u> in den Nischen eines baulichen Konstrukts erbracht. Weitere wertgebende Arten wie <u>Kernbeißer</u> und <u>Bluthänfling</u> sind lediglich als Nahrungsgäste im Plangebiet einzustufen. Für weitere nicht wertgebende Vogelarten wie unter anderem Amsel, Klappergrasmücke, Rotkehlchen, Blauund Kohlmeise besteht ein Brutverdacht im PG.

Nördlich des PG wurden Brutplätze vom <u>Fitis</u> und <u>Goldammer</u> in Gehölzen an Grünlandflächen festgestellt. Da die Brutstätten außerhalb des PG liegen, bleiben sie von den geplanten Baumaßnahmen unbetroffen. Das UG nutzen <u>Rauchschwalbe</u>, <u>Rotmilan</u> und <u>Schwarzmilan</u> als Nahrungshabitat.

Die beiden häufigen Arten Amsel und Blaumeise brüten in dem östlichen Container innerhalb des PG. Diese Brutstätten werden durch den Anbau voraussichtliche verloren gehen. Daher ist der Verlust der Quartiermöglichkeit der Blaumeise durch das Installieren von Nistkästen zu kompensieren (K 01).

Um artenschutzrechtliche Konflikte auszuschließen ist eine Bauzeitenregelung (V 01) einzuhalten.

Tabelle 5 Artenliste der Vögel im Plangebiet und seiner Umgebung (2025)

	Wissenschaftlicher	Sta	itus	Arten	Artenschutz		Rote Liste	
Art	Name	EG	UG	St	§	HE	D	EHZ HE
Amsel	Turdus merula	В	В	b	В	*	*	FV
Bachstelze	Motacilla alba	-	N	b	В	*	*	FV
Blaumeise	Cyanistes caeruleus	В	В	b	В	*	*	FV
Bluthänfling	Linaria cannabina	N	N	b	В	3	3	U2
Buchfink	Fringilla coelebs	N	b	b	В	*	*	FV
Buntspecht	Dendrocopos major	N	b	b	В	*	*	FV
Dorngrasmücke	Sylvia communis	b	b	b	В	*	*	FV
Eichelhäher	Garrulus glandarius	N	b	b	В	*	*	FV
Elster	Pica pica	N	N	b	В	*	*	U1
Feldsperling	Passer montanus	В	В	b	В	V	V	U1
Fitis	Phylloscopus trochilus	b	b	b	В	*	*	U1
Gartengrasmücke	Sylvia borin	-	Bz	b	В	*	*	FV
Goldammer	Emberiza citrinella	N	b	b	В	V	*	U1
Grünfink	Chloris chloris	-	Bz	b	В	*	*	U1
Grünspecht	Picus viridis	N	N	S	В	*	*	FV
Hausrotschwanz	Phoenicurus ochruros	N	b	b	В	*	*	FV
Haussperling	Passer domesticus	N	b	b	В	*	*	FV

		Wissenschaftlicher		Sta	tus	Artenschutz		Rote Liste			
Art			Name	EG	UG	St	§	HE	D	EHZ HE	
Heckenbraunelle	j	Prunella modularis		N	b	b	В	*	*	U1	
Kernbeißer			nraustes nraustes	N	N	b	В	*	*	U1	
Klappergrasmücke Sylvia o		urruca	b	b	b	В	*	*	FV		
Kleiber Sitta eu		Sitta europaea		b	b	В	*	*	FV		
Kohlmeise		Parus n	najor	b	b	b	В	*	*	FV	
Kolkrabe		Corvus	corax	-	Bz	b	В	*	*	FV	
Mönchsgrasmüc	ke	Sylvia a	tricapilla	b	b	b	В	*	*	FV	
Nilgans		Alopoci	nen aegyptiaca	-	Bz	b	В	-	-	GF	
Rabenkrähe		Corvus	corone corone	-	b	b	В	*	*	FV	
Rauchschwalbe		Hirundo	rustica	-	N	b	В	V	V	U1	
Ringeltaube		Columb	a palumbus	N	b	b	В	*	*	FV	
Rotkehlchen		Erithac	Erithacus rubecula		b	b	В	*	*	FV	
Rotmilan <i>Milvus</i>		milvus	-	N	S	А	V	*	U1		
Schwarzmilan <i>Milvus</i>		migrans	-	N	S	А	*	*	FV		
Schwarzspecht Dryoco		Dryoco	ocopus martius		N	S	V	*	*	FV	
Singdrossel Turdus		philomelos	-	b	b	В	*	*	FV		
Star Sturnu		Sturnus	vulgaris	-	N	b	В	V	3	U1	
Stieglitz	eglitz Cardue		arduelis carduelis		b	b	В	3	*	U2	
Sumpfmeise		Poecile	palustris	N	b	b	В	*	*	FV	
Zilpzalp		Phyllos	Phylloscopus collybita		b	b	В	*	*	FV	
Legende:											
Vorkommen (St) (r	nach Südbe	CK ET AL.)	Rote Liste:	Artenschutz:				Erhaltungszustand in Hessen (EHZ):			
	au neiifan	do Arton	D: Deutschland (2020) ³		St: Schutzstatus			FV g	ünstig		
b: Brutverdacht B: Brutnachweis	rdacht im Sinne HMLU HE: Hesser		HE: Hessen (2023) ⁴	` ' b: besonders geso			U1	ungünstig bis unzu- reichend			
	(2024) ²					U2 u	unzureichend bis schlecht				
Bz: Brutzeitnach- weis		0: ausgestorben 1: vom Aussterben be-		B. BAI (3017 (2003)			GF (Gefangensch	aftsflüchtling		
N: Nahrungsgast			2: stark gefährdet		V: Anh. I VSchRL						
D: Durchzügler			3: gefährdet		A: Anh. A VO (EU) 338/97						
EG: Eingriffsgebiet UG: Untersuchungsgebiet			V: Vorwarnliste *: ungefährdet		Aufnahme: Madita Ja			e: Madita Jap	pe, M. Sc.		

5.1.1 Vereinfachte Prüfung für allgemein häufige Vogelarten

Die Arten sind zwar grundsätzlich einzeln auf ihre Betroffenheit durch ein Vorhaben und die Wahrung der ökologischen Funktion im räumlichen Zusammenhang zu prüfen. Zur Vereinfachung ist aber eine Anpassung des Prüfniveaus (Abschichtung) an die naturschutzfachliche Bedeutung der jeweiligen Art und an die nationale Verantwortung für eine Art statthaft. Auch ist eine zusammenfassende Bearbeitung von Arten mit ähnlichen Ansprüchen in ökologischen Gilden möglich, wenn deren Erhaltungszustand günstig ist und sie nicht auf der Roten Liste geführt werden.

² HMLU (2024): Leitfaden für die artenschutzrechtliche Prüfung in Hessen. Umgang mit den Arten des Anhangs IV der FFH-RL und den europäischen Vogelarten in Planungs- und Zulassungsverfahren. 3. Fassung vom Dezember 2024. Wiesbaden.

DRV (Hrsg.; 2020): Rote Liste der Brutvögel Deutschlands, 6. Fassung. Berichte zum Vogelschutz 75: 12-112.

⁴ Kreuziger et al. (2023): Rote Liste der bestandsgefährdeten Brutvogelarten Hessens. 11. Fassung. Wiesbaden.

Für diese Arten kann aufgrund ihrer Häufigkeit und Anpassungsfähigkeit davon ausgegangen werden, dass die ökologische Funktion ihrer Lebensstätten gem. § 44 Abs. 5 BNatSchG weiterhin vorhanden bzw. im Falle einer Störung keine Verschlechterung des Erhaltungszustands der jeweiligen Lokalpopulation gem. § 44 Abs. 1 Nr. 2 BNatSchG durch den Eingriff zu erwarten ist. Der Verbotstatbestand der direkten Gefährdung nach § 44 Abs. 1 Nr. 1 BNatSchG hat keine Relevanz, da er durch entsprechende Bauzeitenregelungen vermieden werden kann.

Für die Vogelarten, deren Erhaltungszustand landesweit als günstig bewertet wird bzw. die unter den Status der Neozoen oder Gefangenschaftsflüchtlinge fallen, erfolgt daher eine vereinfachte artenschutzrechtliche Prüfung.

Um eine Beeinträchtigung der Freibrüter im Plangebiet zu vermeiden, sind die notwendigen Rückschnitts-, Fäll- und Rodungsmaßnahmen sowie die Baufeldräumung außerhalb der gesetzlichen Brutzeit, also nur zwischen dem 1. Oktober und dem 28./29. Februar eines Jahres, stattfinden (V 01). Ausnahmen sind mit der Naturschutzbehörde im Einzelfall abzustimmen und mit einer ökologischen Baubegleitung abzusichern.

Tabelle 6 Vereinfachte Prüfung für allgemein häufige Vogelarten

Deutscher Name	Wissenschaftlicher Name	potenziell betroffen nach BNatSchG § 44 Abs. 1 Nr.			Bemerkungen		
		1	2	3			
Gastvögel			,		<u>-</u>		
Bachstelze	Motacilla alba						
Gartengrasmücke	Sylvia borin				Das Plangebiet weist keine		
Grünspecht	Picus viridis				Nahrungshabitate auf, die für die mobilen Vogelarten essen-		
Kolkrabe	Corvus corax				ziell und damit artenschutz- rechtlich relevant wären.		
Nilgans	Alopochen aegyptiaca				recitition relevant wateri.		
Schwarzspecht	Dryocopus martius						
Freibrüter							
Amsel	Turdus merula						
Buchfink	Fringilla coelebs						
Dorngrasmücke	Sylvia communis						
Eichelhäher	Garrulus glandarius				Kein Verlust von Gehölzen als		
Klappergrasmücke	Sylvia curruca				potenzieller Brutstätte		
Mönchsgrasmücke	Sylvia atricapilla						
Ringeltaube	Columba palumbus						
Rabenkrähe	Corvus corone corone						
Singdrossel	Turdus philomelos						
Höhlen- und Nischenbrüter							
Blaumeise	Parus caeruleus				Möglicher Verlust potenzieller Brutmöglichkeiten durch Um-		
Buntspecht	Dendrocopos major				baumaßnahmen; Verluste sind wegen des Vorkommens ge-		
Hausrotschwanz	Phoenicurus ochruros				eigneter Habitate und geplan- ter Nisthilfen (K 01) in der		

Haussperling	Passer domesticus			Umgebung unerheblich.
Kleiber	Sitta europaea			
Kohlmeise	Parus major			
Sumpfmeise	Poecile palustris			
Bodenbrüter		•	•	
Rotkehlchen	Erithacus rubecula			Da Bodenbrüter jedes Jahr ein
Zilpzalp	Phylloscopus collybita			neues Nest anlegen, kann unter Einhaltung einer Bauzeitenbeschränkung (V 01) das Eintreten von Verbotstatbeständen ausgeschlossen werden.

5.1.2 Artspezifische Prüfung für nicht allgemein häufige Vogelarten

Nach HMUELV (2024) ist die Betroffenheit von Arten, die in Hessen einen ungünstigen, unzureichenden oder schlechten Erhaltungszustand aufweisen (gelb oder rot), eine vertiefte Prüfung durchzuführen. Für die wertgebenden Vogelarten <u>Feldsperling</u>, <u>Fitis</u>, <u>Goldammer</u>, <u>Heckenbraunelle</u> und <u>Stieglitz</u> ist daher eine artspezifische Prüfung durchzuführen, da ein Brutverdacht/-nachweis im Untersuchungsgebiet besteht (siehe auch: Artenschutzrechtliche Prüfbögen, Kap. 9).

Als reine Nahrungsgäste im Untersuchungsgebiet sind registriert worden: <u>Bluthänfling</u>, <u>Elster</u>, <u>Kernbeißer</u>, <u>Rauchschwalbe</u>, <u>Rotmilan</u> und <u>Schwarzmilan</u>. Da das Eingriffsgebiet als Nahrungshabitat keine Strukturen aufweist, die für diese Arten essenziell wären, ist ein Teilverlust dieses Habitats nicht als artenschutzrechtlich relevant einzustufen. Mit den umliegenden Freiflächen westlich und nördlich des Geltungsbereichs sind ausreichend vergleichbare Strukturen vorhanden, so dass auch genügend Ausweichmöglichkeiten für die genannten Arten bestehen.

Feldsperling

Der Feldsperling bevorzugt lichte Wälder und Waldränder aller Art. Er hält sich gern in Eichenbeständen und halboffenen, gehölzreichen Landschaften auf. Heute ist er auch häufig im Bereich menschlicher Siedlungen anzutreffen, wobei hier gehölzreiche Stadtlebensräume wie Parks, Friedhöfe, Kleingärten und Gartenstädte bevorzugt werden. Aber auch in dörflichen Regionen findet der Feldsperling optimalen Lebensraum. Ebenso wie der Haussperling brütet der Feldsperling in Nischen und Höhlen, die in Bäumen oder Gebäuden vorhanden sind. Aber auch Nistkästen werden gerne angenommen. Früher wurden Haus-, aber auch Feldsperlinge als Schädlinge angesehen und mit erheblichem Aufwand bekämpft. Heute hat die Art immer mehr mit der Intensivierung der Landwirtschaft, dem Fehlen von Saumstrukturen, dem Verlust von Streuobstbeständen und extensiv genutzten Obstgärten zu kämpfen. Regelmäßig kommt es so zu Nahrungsengpässen, da moderne Maschinentechnik und frühes Umpflügen im Herbst kaum noch Stoppelbrachen mit Dreschabfällen zulassen, die dem Feldsperling als wichtige Nahrungsquelle dienen. Trotz der Bedrohung des Bestandes ist die Art zurzeit noch relativ häufig. Feldsperlinge gelten als Standvögel und sind das ganze Jahr über in Deutschland anzutreffen. Laut Stübing u. a. 2010 existieren derzeit rund 150.000 bis 200.000 Reviere.

Ein Brutnachweis von Feldsperlingen wurde im nördlichen Bereich des PG lokalisiert. Da dieser Bereich von dem Eingriff nicht betroffen ist, bleibt die Brutstätte bestehen. Artenschutzrechtliche Konflikte sind für diese wenig störungsempfindliche Art auszuschließen, da die relevanten Bruthabitate erhalten bleiben.

Fitis

Der Fitis besiedelt sowohl trockene als auch feuchte Wälder. Da er auf eine ausgeprägte Strauchschicht zur Anlage seines Nestes angewiesen ist, findet er sich hauptsächlich in Wäldern mit einem lichten Baumbestand. Hochwälder besiedelt die Art nur bei ausreichend großen Lichtungen mit entsprechendem Bewuchs. Bevorzugt werden Wälder mit niedriger Bestandshöhe (Blotzheim und Bauer 2001). Das Nest wird direkt am Boden in dichter Vegetation angelegt. Die Art ernährt sich von kleinen Insekten, sowie Spinnen, die von Blättern gepickt oder im freien Flug erbeutet werden. Als Langstreckenzieher verbringt die Art den Winter in Afrika südlich der Sahara. In den letzten 24 Jahren verzeichnete die Art einen Bestandsrückgang von über 20 %, weshalb die Art in der Roten Liste der Brutvögel Hessens (Kreuziger u. a. 2023) einen ungünstigen Erhaltungszustand erhält. Laut Stübing u. a. 2010 wird der Bestand in Hessen derzeit auf rund 52.000 bis 65.000 Reviere geschätzt.

Es befindet sich ein Revier des Fitis nordöstlich des PG in einer Gehölzgruppe. Artenschutzrechtliche Konflikte sind für diese wenig störungsempfindliche Art auszuschließen, da die relevanten Bruthabitate erhalten bleiben.

Goldammer

Die Goldammer gilt als häufigste einheimische Ammer und ist eine typische Art des Offenlandes und der Agrarlandschaft. Sie benötigt Hecken oder Feldgehölz für die Nestanlage sowie ein ausreichendes Nahrungsangebot, welches vorwiegend aus Sämereien besteht. Im Winter ist sie häufig in größeren Trupps bei der gemeinsamen Nahrungsaufnahme anzutreffen. Innerhalb von Wäldern tritt sie zur Brutzeit nur in frühen Sukzessionsstadien von Windwurfflächen oder Schlagfluren auf. Der Bestand in Hessen liegt bei 194.000 – 230.000 Brutpaaren, wobei ein negativer Trend festzustellen ist, der seit 2014 zu einer ungünstigen Einstufung des Erhaltungszustandes geführt hat.

Es befindet sich ein Revier nordöstlich des PG am Rand einer Gehölzgruppe. Artenschutzrechtliche Konflikte sind für diese wenig störungsempfindliche Art auszuschließen, da die relevanten Bruthabitate erhalten bleiben

Heckenbraunelle

Die Heckenbraunelle besiedelt ein weites Spektrum an Wäldern mit hohem Anteil an Unterwuchs, ist aber auch in dichten Feldgehölzen, jungen Gehölzkulturen und im Siedlungsbereich anzutreffen. Das Nest wird in Gehölzen, bevorzugt in Koniferen, aber auch im Gebüsch in niedriger Höhe angelegt. Die Art ist in Hessen Teil- bzw. Kurzstreckenzieher. Die Heckenbraunelle ernährt sich hauptsächlich von kleinen Wirbellosen und zu kleinerem Anteil auch von pflanzlicher Kost. Der Bestand wird laut Stübing u. a. 2010 auf 110.000 bis 148.000 Reviere geschätzt. Die Art gilt zwar als häufig, verzeichnete allerdings in den letzten 24 Jahren einen Bestandsrückgang von über 20 %, weshalb die Art in der Roten Liste der Brutvögel Hessens (Kreuziger u. a. 2023) einen ungünstigen Erhaltungszustand erhält.

Das Revier der Heckenbraunelle befindet sich südlich des PG an einer Heckengruppe. Artenschutzrechtliche Konflikte sind für diese wenig störungsempfindliche Art auszuschließen, da die relevanten Bruthabitate erhalten bleiben

Stieglitz

Der Stieglitz ist häufig auf Ruderalstandorten und Brachen zu finden. Er nutzt vor allem Hochstaudenfluren als Nahrungsquelle und hält sich gerne in halboffenen, mosaikartig strukturierten Landschaften auf. Als Freibrüter legt er sein Nest stets gut getarnt auf die äußersten Zweige von Laubbäumen, gelegentlich jedoch auch in Büsche. Mehrere Paare bilden dabei meist Nestgruppen. Geeignete Brutstandorte findet der Stieglitz nicht nur in Feld und Flur,

sondern auch in Siedlungen. In größeren, dichten Wäldern ist er allerdings nicht anzutreffen. Die Reviergröße kann in Auen und Parks Dichten von 5 Revieren pro 10 Hektar erreichen, da der Stieglitz kein Revier, sondern nur den engeren Nestbereich gegenüber Artgenossen verteidigt. Als Teil- und Kurzstreckenzieher ist der Stieglitz auch im Winter häufig anzutreffen. Die Art wird auf der Roten Liste Hessen mit sehr starken Bestandsabnahmen in den vergangenen Jahren geführt, aber nicht als selten bezeichnet (Kreuziger u. a. 2023). Grund für die Bestandsabnahmen sind vermutlich Strukturveränderungen in Städten und Dörfern durch Nachverdichtung, weniger Tierhaltung und leicht zu pflegende Gärten. Der Erhaltungszustand des Stieglitzes ist in Hessen ungünstig bis schlecht und er wird als "gefährdet" eingestuft. Nach Stübing u. a. 2010 gibt es rund 30.000 bis 38.000 Reviere.

Ein Revier des Stieglitz wurde südöstlich des PG in einer Gehölzgruppe erfasst. Artenschutzrechtliche Konflikte sind für diese wenig störungsempfindliche Art auszuschließen, da die relevanten Bruthabitate erhalten bleiben.

5.2. Fledermäuse

Anhand der Detektorbegehungen wurden drei Fledermausarten im Untersuchungsgebiet sicher nachgewiesen. Außerdem wurden Rufe der Artengruppen *Nyctaloide* und "*Mkm*" aufgenommen, die nicht auf Artniveau bestimmt werden konnten (s. Tab 5). Als Nahrungshabitat wird das PG regelmäßig von der Zwergfledermaus genutzt. Jagdflüge der Breitflügelfledermaus wurden im Übergangsbereich, südwestlich des PG beobachtet. Vereinzelt wurden im selben Bereich, aber auch innerhalb des EG Rufsequenzen des Kleinen Abendseglers sowie Rufe, bei denen ausschließlich eine Zuordnung zur Artengruppe *Nyctaloide* erfolgen konnte, aufgenommen. Die Artengruppe "*Mkm*" konnte nur ein einziges Mal nachgewiesen werden.

 Tabelle 7 Artenspektrum der im Rahmen der Detektorbegehungen nachgewiesenen Fledermausarten im Untersuchungsgebiet

Davitashar Nama	Auto	Missausah aftilish au Nausa	Arten	Artenschutz			EHZ
Deutscher Name	Artengruppe/ Gattung*	Wissenschaftlicher Name	St.	§	HE	D	HE
Kleine Bartfledermaus		Myotis mystacinus	S	IV	2	*	U1
Große Bartfledermaus	Mkm	Myotis brandtii	S	IV	2	*	U1
Bechsteinfledermaus	IVIKITI	Myotis bechsteinii	S	II & IV	2	2	U1
Wasserfledermaus		Myotis daubentonii	S	IV	G	*	FV
Breitflügelfledermaus		Eptesicus serotinus	S	IV	2	3	FV
Großer Abendsegler	Nyctaloide	Nyctalus noctula	S	IV	1	V	U2
Kleiner Abendsegler		Nyctalus leisleri	S	IV	2	D	U1
Zwergfledermaus		Pipistrellus pipistrellus	S	IV	3	*	FV
Artenschutz:	Rote Liste:		Erhaltungszustand (EHZ) Hessen - Deutse (HLNUG, 2019):			chland	
St: Schutzstatus b: besonders geschützt s:			FV	günstig			
streng geschützt	D: Deutschland (BfN, 2020)	U1	ungünstig l	ois unzu	reichen	d
§: Rechtsgrundlage	HE: Hessen (HLNUG, 2023)		U2	ungünstig l	ois schle	cht	
B: BArtSchV (2005) IV: Anhang IV FFH-RL II: Anhang II FFH-RL			xx	keine ausre			า
Vorkommen im UG:	1: vom Aussterben bedroh 2: stark gefährdet 3: gefährdet V: Vorwarnliste	t					
sicher nachgewiesen	*: ungefährdet						
potenziell	G: Gefährdung unbekannte D: Daten unzureichend	en Ausmaßes		A	ufnahme	e: A. Fer	la (2025)

Die Aktivitätsdichte innerhalb des Eingriffsgebietes ist räumlich variabel, insgesamt jedoch als niedrig zu bewerten. Es ist nicht davon auszugehen, dass das PG ein essenzielles Nahrungshabitat für Fledermäuse darstellt. Die höchste Frequentierung während der Detektorbegehungen wurde entlang der Grenzlinie (Straße/Weg) im Süden des Plangebietes festgestellt. Nahrungshabitate oder Jagdreviere unterliegen nicht dem Schutz der Lebensstätten nach § 44 Abs. 1 Nr. 3 BNatSchG. Eine Verkleinerung von Nahrungshabitaten kann lediglich den Störungstatbestand erfüllen, wenn sich beispielsweise durch geringeren Jagderfolg der Erhaltungszustand der lokalen Population verschlechtert. Dies ist im vorliegenden Fall nicht zu erwarten, da es sich nicht um ein essenzielles Nahrungshabitat handelt und der Eingriffsbereich auch langfristig unverändert als Nahrungshabitat für Arten der Siedlungs(rand)lagen zur Verfügung steht.

Im Rahmen der durchgeführten Begehungen wurde im Eingriffsbereich kein Potenzial für mögliche Fledermaus-Quartiere festgestellt. Außerdem sind durch den Eingriff keine Gehölze oder sonstige Strukturen betroffen, die potenziell als Quartierstandorte dienen könnten.

Für die Bewertung des Vorhabens ergibt sich aus diesen Ausführungen der Schluss, dass mit dem Bauvorhaben das Jagdhabitat für alle im Untersuchungsgebiet nachgewiesenen Fledermausarten nicht verändert wird, weshalb keine Beeinträchtigung des Erhaltungszustands der lokalen Populationen zu erwarten ist. Auszuschließen sind außerdem individuelle Gefährdungen einzelner Tiere, oder die Zerstörung von potenziellen Fortpflanzungs- und Ruhestätten im Zuge des geplanten Bauvorhabens, da keine potenziellen Quartierstandorte betroffen sind.

Vor diesem Hintergrund kann auch von einer speziellen artenschutzrechtlichen Prüfung der einzelnen Fledermausarten abgesehen werden. Es wird jedoch empfohlen, dass zum Schutz nachtaktiver Tiere im Plangebiet, bei Bedarf zur Außenbeleuchtung, ausschließlich moderne LED-Technologie mit hoher Effizienz und einer bedarfsgerechten Beleuchtungsregelung eingesetzt wird (E 01).

Die Auswertung der Daten aus der stationären Ruferfassung ist zum jetzigen Zeitpunkt noch nicht abgeschlossen und wird in einem getrennten Bericht dargestellt.

5.3. Reptilien

Aufgrund von drei Zufallsfunden eines Eigentümers der LGU GmbH (F. Hahn) innerhalb des PG, wurden zwei weibliche und eine männliche Zauneidechse nachgewiesen (s. Abbildung 8). Diese waren in Bereichen des PG, wo Schotterund Sandaufschüttung ein optimales Habitat für diese Reptilienart darstellt. Die Zauneidechse wird in Anhang IV der FFH-Richtlinie geführt und ist daher streng geschützt und planungsrelevant. Andere Reptilienarten wurden im Plangebiet nicht festgestellt.

Zauneidechse

Neben der Waldeidechse besitzt diese Art das ausgedehnteste Verbreitungsareal aller europäischen Echsen. Vor allem im Flach- und Hügelland ist sie flächendeckend verbreitet und relativ häufig, jedoch auch vielerorts durch menschliche Einflüsse in ihren Beständen zurückgehend. Ihre Vorkommen finden sich in unterschiedlichen Landschaftstypen, vor allem im halboffenen Gelände, z.B. auf Wiesen und Heiden, an Waldrändern und Bahndämmen. Zauneidechsen sind als Eier legende Reptilien auf Stellen angewiesen, die von der Sonne erwärmt werden und der Boden sich zum Vergraben der Eier eignet. Die Entwicklungszeit der Eier variiert abhängig von der Umgebungstemperatur. Nach ca. zwei Monaten schlüpfen sofort überlebensfähige Jungtiere, die durchaus auch von ihren Eltern gefressen werden können.

Die Zauneidechsen sind im Rahmen des Vorhabens vor allem durch mögliche Individuenverluste betroffen. Da der Bereich, der für die Eidechsen die besten Habitatbedingungen aufweist, erhalten bleibt und der bauliche Eingriff in seiner Flächeninanspruchnahme nur sehr gering ausfällt, geht dadurch keine populationserhebliche Menge an Lebensraum für diese Art verloren.

Zum Schutz möglicher Individuenverluste während der Bauarbeiten ist eine entsprechende Zuwanderungsbarriere um das Baufeld zu installieren (V 02). Zudem ist die Vegetation im Baufeld während der Winterruhe der Tiere zurück zu schneiden, um die Habitatbedingungen nicht zu verbessern und ein Absammeln der Tiere in der Bauphase zu erleichtern (V 03).



Abbildung 8 Weibliche Zauneidechse im nördlichen Bereich des PG (Foto: F. Hahn).

5.4. Tagfalter

Im Untersuchungsgebiet konnten insgesamt sieben überwiegend weit verbreitete Arten festgestellt werden (s. Tabelle 7). Innerhalb des PG sind nur punktuell blütenreiche Standorte zu finden, daher ist die Anzahl von Tagfalterarten relativ gering. Die relativ blütenreichen Standorte im südlichen Teil des Plangebiets locken eine Vielzahl von Tagfalterarten an. Die Art Goldene Acht (*Colias hyale*) ist nach BArtSchV besonders geschützt.

Arten des Anhang IV der FFH-Richtlinie wurden nicht festgestellt. Die Nahrungspflanze Großer Wiesenknopf (*Sanguisorba officinalis*), welche für die FFH-Arten Dunkler und Heller Wiesenknopf-Ameisenbläuling (*Phengaris nausithous* und *Phengaris teleius*) unabdinglich ist, ist auf der Fläche des UG nicht vorhanden. Das Vorkommen dieser Arten kann daher sicher ausgeschlossen werden.

Für die übrigen zumeist anpassungsfähigen Tagfalterarten ist keine negative Beeinflussung des Erhaltungszustandes der jeweiligen Populationen zu erwarten. Die Eingriffswirkungen für diese Artengruppe sind als gering einzustufen. Es wird empfohlen bei der Freiflächengestaltung innerhalb des Geltungsbereichs auf die Integration von Blühflächen zu achten, von denen Schmetterlinge, Wildbienen und eine Vielzahl anderer Arten profitieren (E 03).

Tab. 1 Artenliste der Tagfalter im Untersuchungsgebiet (2025)

Art		Wissenschaftlicher Name	Arte	nsch.	Rote	Liste	Erhaltungszustand
AIL		wissenschaftlicher Name	St.	§	D	He	Hessen
Aurorafalter		Anthocharis cardamines	-	_	-	-	keine FFH-Art
C-Falter		Polygonia c-album	-	-	-	-	keine FFH-Art
Goldene Acht		Colias hyale	b	В	-	-	keine FFH-Art
Kleiner Kohl-Weißling		Pieris rapae	-	-	-	-	keine FFH-Art
Tagpfauenauge		Aglais io	-	-	-	-	keine FFH-Art
Schornsteinfeger		Aphantopus hyperantus	-	-	-	-	keine FFH-Art
Zitronenfalter		Gonepteryx rhamni	-	-	-	-	keine FFH-Art
Legende						1	•
Artenschutz:	Rote I	Liste:	Erhaltu	ngszusta	nd in He	essen (EF	IZ):
St: Schutzstatus b: besonders geschützt s: streng geschützt \$: Rechtsgrundlage B: BArtSchV (2005) IV: Anhang IV FFH-RL	2011) HE: He 0: a 1: v. 2: st	D: Deutschland (Binot-Hafke, et al. 2011) HE: Hessen (Lange & Brockmann 2009) 0: ausgestorben 1: v. Aussterben bedroht 2: stark gefährdet 3: gefährdet		unzur	nstig bis reichend	unzureid bis schlo Gefange	
II: Anhang II FFH-RL	D: D	/orwarnliste Daten unzureichend ngefährdet .: nicht bewertet					

6 Maßnahmenübersicht

6.1. Maßnahmen zur Vermeidung

Folgende Vorkehrungen werden vorgesehen, um Gefährdungen der nach den hier einschlägigen Regelungen geschützten Tier- und Pflanzenarten zu vermeiden oder zu mindern. Die Ermittlung der Verbotstatbestände gem. § 44 Abs. 1 i. V. m. Abs. 5 BNatSchG in Kap. 5.1 und 5.2 erfolgte unter Berücksichtigung folgender Vorkehrungen:

V 01	Bauzeitenbeschränkung
	Notwendige Rückschnitts-, Fäll- und Rodungsmaßnahmen sowie die Baufeldräumung müssen außerhalb der gesetzlichen Brutzeit, also nur zwischen dem 1. Oktober und dem 28./29. Februar eines Jahres, stattfinden. Eine Befreiung durch die Untere Naturschutzbehörde ist nur im Einzelfall und unter bestimmten Voraussetzungen möglich.
V 02	Reptilienzaun und Umweltbaubegleitung zum Schutz von Reptilien
	Das Baufeld ist durch einen Reptilienschutzzaun hin abzugrenzen, um eine potentielle Gefährdung von Individuen während der Bauphase zu vermeiden. Als Folienzaun ist entweder eine PE-Gewebeplane (ca. 200 g/m²) oder eine PVC-Plane (ca. 600 g/m²) mit einer Höhe von ca. 50 cm zu verwenden. Die Plane ist so straff am Boden anzubringen, dass ein Unterlaufen nicht möglich ist. Vor Beginn der Baufeldräumung ist der betroffene Bereich durch eine Umweltbaubegleitung (UBB) zu kontrollieren. Gegebenenfalls vorgefundenen streng geschützte Tierarten (Zauneidechse) oder auch besonders geschützte Arten sind in geeignete Habitate jenseits des Schutzzaunes zu bringen.
V 03	Bauzeitenregelung zum Schutz von Reptilien
	Sofern notwendige Rückschnitts- und Rodungsmaßnahmen sowie Räumungs- und Erdarbeiten erfolgen, müssen diese außerhalb der jahreszeitlichen Aktivitätsphase streng geschützter Reptilien, also nur zwischen dem 1. Oktober und dem 15. März eines Jahres, stattfinden. Die im Baufeld befindlichen Vegetationsaufwüchse müssen in dieser Zeit zurückgeschnitten werden, um ein späteres Absammeln der Tiere durch eine UBB zu erleichtern. Ausnahmen sind mit der Naturschutzbehörde im Einzelfall abzustimmen und mit einer Umweltbaubegleitung abzusichern.

6.2. Kompensationsmaßnahmen

Folgende Kompensationsmaßnahmen werden festgesetzt:

K 01	Installation von Nistkästen
	Zur Kompensation von Verlusten potenzieller Quartiere in dem Bestandsgebäude sind an geeigneten
	Standorten im PG insgesamt drei Nistkästen für Höhlen- und Nischenbrüter zu installieren und dau-
	erhaft zu unterhalten. Auf ungehinderten An- und Abflug ist zu achten.

6.3. Empfohlene Maßnahmen

Folgende Maßnahmen werden im Sinne des allgemeinen Artenschutzes empfohlen:

E 01	Vermeidung von Lichtimmissionen
	Im Plangebiet sollten zum Schutz nachtaktiver Tiere zur Außenbeleuchtung moderne LED-

Technologie mit hoher Effizienz und einer bedarfsgerechten Beleuchtungsregelung eingesetzt wer-
den. Zur Verwendung sollten nur Leuchtdioden mit einer Farbtemperatur zwischen 1.800 bis ma-
ximal 2.700 K und Leuchten in insektenschonender Bauweise kommen. Zur Vermeidung ungerich-
teter Abstrahlung sollten nur vollabgeschirmte Leuchten eingesetzt werden. Eine Abstrahlung über
den Bestimmungsbereich hinaus sollte vermieden werden.
Regionales Saatgut
Bei Pflanz- und Saatarbeiten im Plangebiet sollte nur Pflanz- bzw. Saatgut regionaler Herkunft ver-
wendet werden.
Wahrung der Nahrungsquellenverfügbarkeit
Zur Wahrung der Nahrungsquellenverfügbarkeit innerhalb des PG für die planungsrelevanten Ar-
ten Bluthänfling und Stieglitz wird eine Pflanzung heimischer, regionaler Blütenpflanzen und Sträu-
cher empfohlen, die für diese Arten als Nahrungsquelle geeignet sind. Hier wäre beispielsweise die
Blühmischung "Wärmeliebender Saum" von Rieger-Hofmann, angereichert mit Pflanzenarten spe-
ziell für Sämereien fressende Vögel (wie z. B. Wilde Karde (<i>Dipsacus follonum</i>), Kratzdistel (<i>Cirsium</i>
vulgare), Sonnenblume (Helianthus annuus) geeignet.
Wichtig ist zudem, die Blütenstände im Herbst stehen zu lassen, damit die Samen als Nahrung
erhalten bleiben.
Integration von Nisthilfen an Gebäuden
Viele gebäudebrütende Vogelarten wie Haussperling, Hausrotschwanz, Star oder Mehlschwalben
leiden unter der zunehmenden Abdichtung der modernisierten Hausfassaden, in denen sie keinen
Platz mehr zum Brüten finden. Um diese Bruthabitate zu wahren, wird eine für gebäudebrütende
Arten freundliche Bauweise empfohlen mit entsprechenden Nischen oder eine adäquate Installa-
tion von Nistkästen am Gebäude für Nischen- und Halbhöhlenbrüter (z. B. von Schwegler "Meisen-
residenz 1MR", "Halbhöhle 2MR" und "Schwalbennest 9b").

6.4. Zeitliche Umsetzung der Maßnahmen

Maßnahme	Jan	Feb	Mär	Apr	Mai	Jun	Jul	Aug	Sep	Okt	Nov	Dez
V 01 Bauzeitenregelung												
V 03 Bauzeitenregelung Reptilien												
K 01 Nistkästen (Höhlen)												
Legende:	Umse	etzungs	ohase		Vo	rzugsph	ase			Verbot	sphase	

7 Fazit

Insgesamt sind die negativen Auswirkungen des Vorhabens auf die Vogelwelt im Eingriffsgebiet als gering einzuschätzen. Brutreviere planungsrelevanter Arten werden nicht verloren gehen. Um artenschutzrechtliche Verbote gemäß § 44 BNatSchG sicher auszuschließen, ist eine Bauzeitenregelung (V 01) einzuhalten. Außerdem sind Nistkästen für Höhlenbrüter als Kompensationsmaßnahme auszubringen (K01).

Die negativen Auswirkungen des Vorhabens auf die Fledermäuse sind im Eingriffsgebiet als äußerst gering einzustufen. Kurzfristig kommt es zu einer Störung der Fledermausarten in ihrem Jagdhabitat durch das Bauvorhaben, die

32

vorhandenen Strukturen im PG bleiben allerdings vollständig bestehen. Potenzielle Quartiere sind durch den Eingriff nicht betroffen.

Ein Vorkommen der Zauneidechse wurde nachgewiesen. Durch entsprechende Vermeidungsmaßnahmen können Indiviuenverluste verhindert werden (V 02, V03).

Planungsrelevante Tagfalterarten kommen im Plangebiet und seiner Umgebung nicht vor.

Notwendigkeit von Ausnahmen

Die von dem geplanten Vorhaben ausgehenden Wirkpfade führen bei Berücksichtigung der formulierten Maßnahmen in keinem Fall zu einer erheblichen oder nachhaltigen Beeinträchtigung des Vorkommens einer besonders oder streng geschützten europarechtlich relevanten Art. Die Anforderungen des § 44 (5) BNatSchG hinsichtlich der Wahrung der ökologischen Funktionalität im räumlichen Zusammenhang werden für die betroffenen Arten zudem hinreichend erfüllt.

Ausnahmeerfordernis

Es besteht für keine nachgewiesene oder potenziell zu erwartende Art ein Ausnahmeerfordernis.

Staufenberg, den 13.10.2025

Madita Jappe

M. Sc.

8 Literatur

- ALBRECHT, K., HÖR, T., HENNING, F.W., TÖPFER-HOFFMANN, G. & GRÜNFELDER, C. (2014): Leistungsbeschreibung für faunistische Untersuchungen im Zusammenhang mit landschaftspflegerischen Fachbeiträgen und Artenschutzbeitrag. Forschungs- und Entwicklungsvorhaben FE 02.0332/2011/LRB im Auftrag des Bundesministeriums für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung. Schlussbericht 2014
- ARBEITSGEMEINSCHAFT AMPHIBIEN- UND REPTILIENSCHUTZ (AGAR) & HESSEN-FORST SERVICEZENTRUM FORSTEINRICHTUNG UND NA-TURSCHUTZ (FENA) (HRSG. HMUELV: 2010) Rote Liste der Reptilien und Amphibien Hessens (Reptilia et Amphibia), 6. Fassung, Stand 1.11.2010, Wiesbaden.
- BAUER, H.-G., BEZZEL, E. & FIEDLER, W. (2012): Das Kompendium der Vögel Mitteleuropas. Ein umfassendes Handbuch zu Biologie, Gefährdung und Schutz. Einbändige Sonderausgabe der 2. vollständig überarbeiteten Auflage von 2005. Wiebelsheim (Aula).
- BERNOTAT, D. & DIERSCHKE, V. (2021): Übergeordnete Kriterien zur Bewertung der Mortalität wildlebender Tiere im Rahmen von Projekten und Eingriffen Teil II.6: Arbeitshilfe zur Bewertung störungsbedingter Brutausfälle bei Vögeln am Beispiel baubedingter Störwirkungen, 4. Fassung, Stand 31.08.2021, 31 S.
- BINOT-HAFKE, M., BALZER, S., BECKER, N., GRUTTKE, H., HAUPT, H., HOFBAUER, N., LUDWIG, G., MATZKE-HAJEK, G. & M. STRAUCH (2011): Rote Liste gefährdeter Tiere, Pflanzen und Pilze Deutschlands, Band 3: Wirbellose Tiere (Teil 1).
- BUNDESAMT FÜR NATURSCHUTZ (BfN, 2020): Rote Liste und Gesamtartenliste der Reptilien (Reptilia) Deutschlands, Naturschutz und Biologische Vielfalt Heft 170 (3), Bonn Bad Godesberg.
- BUNDESAMT FÜR NATURSCHUTZ (BFN, 2020): Rote Liste und Gesamtartenliste der Säugetiere (Mammalia) Deutschlands.

 Naturschutz und Biologische Vielfalt, Heft 170 (2). Bonn Bad Godesberg.
- Bundesnaturschutzgesetz Gesetz über Naturschutz und Landschaftspflege (BNatSchG) vom 29.07.2009 (BGBI. I S. 2542), zuletzt geändert am 08. Dezember 2022
- DIETZ, C., NILL, D., VON HELVERSEN, O. (2016): Handbuch der Fledermäuse Europa und Westafrika. 1 Auflage Franckh-Kosmos Verlags-GmbH & Co. KG, Stuttgart.
- DIETZ, M., HÖCKER, L., LANG, J. & SIMON, O. (HRSG. HLNUG: 2023): Rote Liste der Säugetiere Hessens 4. Fassung, Wieshaden
- EU Europäische Union (2000): Richtlinie 2000/60/EG des europäischen Parlaments und des Rates vom 23. Oktober 2000 zur Schaffung eines Ordnungsrahmens für Maßnahmen der Gemeinschaft im Bereich der Wasserpolitik. Amtsblatt der Europäischen Gemeinschaften L 327: 1-72.
- HESSISCHES GESELLSCHAFT FÜR ORNITHOLOGIE UND NATURSCHUTZ E.V. (HRSG. 2010): Vögel in Hessen, Die Brutvögel Hessens in Raum und Zeit, Brutvogelatlas. 1. Auflage. Echzell.
- HESSISCHE MINISTERIUM FÜR LANDWIRTSCHAFT UND UMWELT, WEINBAU, FORSTEN, JAGD UND (HMLU, HRSG., 2024): Leitfaden für die artenschutzrechtliche Prüfung in Hessen. Umgang mit den Arten des Anhangs IV der FFH-RL und den europäischen Vogelarten in Planungs- und Zulassungsverfahren. 3. Fassung. Wiesbaden.
- HESSISCHES MINISTERIUM FÜR UMWELT, ENERGIE, LANDWIRTSCHAFT UND VERBRAUCHERSCHUTZ (HRSG. 2016): Leitfaden gesetzlicher Biotopschutz in Hessen. Wiesbaden.
- Kreuziger, J., Korn, M., Stübing, S., Eichler, L., Georgiev, K., Wichmann, L. & Thorn, S. (Hrsg. HMUKLV: 2023): Rote Liste der bestandsgefährdeten Brutvogelarten Hessens. 11. Fassung, Stand Dezember 2021. Wiesbaden.

- LANGE, A., & E. BROCKMANN (HRSG. HMULV: 2009): Rote Liste (Gefährdungsabschätzung) der Tagfalter (Lepidoptera: Rhopalocera) Hessens. Dritte Fassung, Stand 06.04.2008, Ergänzungen 18.01.2009, Wiesbaden.
- PFEIFFER B., MARCKMAN U. (HRSG., BAYERISCHES LANDESAMT FÜR UMWELT, 2020): Bestimmung von Fledermausrufaufnahmen und Kriterien für die Wertung von akustischen Artnachweisen Teil 1 Gattungen Nyctalus, Eptesicus, Vespertilio, Pipistrellus, Mopsfledermaus, Langohrfledermäuse und Hufeisennasen Bayerns Augsburg, 87 S.
- PFEIFFER B., MARCKMAN U. (HRSG., BAYERISCHES LANDESAMT FÜR UMWELT, 2022): Bestimmung von Fledermausrufaufnahmen und Kriterien für die Wertung von akustischen Artnachweisen Teil 2 Gattung Myotis Augsburg, 46 S.
- RYSLAVY, T., H.-G. BAUER, B., GERLACH, O., HÜPPOP, J., STAHMER, SÜDBECK, P. & SUDFELDT, C. (2020): Rote Liste der Brutvögel Deutschlands. 6. Fassung, 2020. Berichte zum Vogelschutz 57: 92 111.
- SKIBA, R. (2009): Europäische Fledermäuse Kennzeichen, Echoortung und Detektoranwendung. 2. Auflage, 2009. VerlagsKG Wolf, Magdeburg.
- SÜDBECK, P., H. ANDRETZKE, S. FISCHER, K. GEDEON, C., PERTL, T.J. LINKE, M.GEORG, C. KÖNIG, T. SCHIKORE, K. SCHRÖDER, R. DRÖSCHMEISTER & C. SUDFELDT (Hrsg.) (2025): Methodenstandards zur Erfassung der Brutvögel Deutschlands.

 1. Überarbeitete Auflage. Münster

9 Artenschutzrechtliche Prüfbögen

9.1. Feldsperling (Passer montanus)

Artenschutzrechtliche Prüfung: F	eldsperling (Passer monta	inus)
1. Allgemeine Angaben	1 01	,
1.1 Schutzstatus und Gefährdungsstufe		
FFH-RL-Anhang IV-Art	RL Deutschland: V	
Europäische Vogelart	RL Hessen: V	
1.2 Erhaltungszustand (Bewertung nach Ampelschen	na)	
	Günstig	Ungünstig - Ungünstig - unzureichend schlecht
Deutschland:		
Hessen:		х
2. Charakterisierung und Beschreibung der betroffer	nen Art	· ·
2.1 Habitatansprüche und Verhaltensweisen		
2.1.1 Habitatansprüche Bruthabitat und Lebensraum:	Jagdhabitat und Beutespektru	<u>ım:</u>
 In lichten Wäldern und an Waldrändern zu finden, dabei bevorzugt Eichenbestände Aber auch in Siedlungsnähe, besonders in Gärten, Parks, Friedhöfen, Kleingärten und Dörfer Auch im Innenstadtbereich Brütet an Gebäuden in Nischen und Höhlen oder in Nistkästen 	direkt aus den Ähre	mereien, Gras- und Getreide, aber nospen nlicher Abfall
2.1.2 Brutbiologie Nest:		
in/an Gebäuden in Baumhöhlen	in Gebüschen oder Bäumer	auf dem Boden
Nesttreue (gleiches Nest vom Vorjahr wird aufgesuch	t): ja	nein
Brutplatztreue (gleiches Brutgebiet, jedoch jedes Jahr neues Nest):	∑ ja	nein
Brutverhalten: Einzelbrüter, gelegentlich lockere K	Coloniebildung	
Eine Brut	Zweitbruten	Mehrfachbruten
Brutzeit: Ende März bis Anfang Juni		
2.1.3 Phänologie Langstreckenzieher		Kurzstreckenzieher
Heimzug:		Wegzug:
2.1.4 Verhalten		

Arte	enschutzrechtlich	e Prüfung:	Feldsperling (Passer montar	านร)	
	rutbestand	Europa:	Deutschland:		Hessen:
		26-48 Mio. BP	0,9-2,1 Mio. BP		150.000-200.000 BP
	orhabensbezogene An Vorkommen der Art in	gaben n Untersuchungsraum			
3.1 V		gewiesen		potent	tiall
	∑ nacn	gewiesen		potern	uen
	Brutvogel	R	astvogel/Nahrungsgast	Durchz	zügler
Revie	Revieranzahl und Lage: Ein Revier des Feldsperlings befindet sich im nördlichen Bereich des PG.				
4. Pr	ognose und Bewertui	ng der Tatbestände na	ch § 44 BNatSchG		
4.1 E	ntnahme, Beschädigu (§ 44 (1) Nr. 3 BN	=	rtpflanzungs- und Ruhestätten		
a)	zerstört werden?		aus der Natur entnommen, beschäd	digt oder	Ja Nein
	-	ahmen zunächst unber n den baulichen Maßna	ucksichtigt) hmen nicht verändert, daher bleibt d	las	
b)	Revier erhalten. Sind Vermeidungsm	aßnahmen möglich?			Ja Nein
	entfällt				
c)	Wird die ökologische Ausgleichsmaßnahm (§ 44 Abs. 5 Satz 2 Bl	nen (CEF) gewahrt?	en Zusammenhang ohne vorgezoge	ne	Ja Nein
d)		lie ökologische Funktio ewährleistet werden?	n durch vorgezogene Ausgleichs-		Ja Nein
$\overline{}$	Verbotstatbestand "E Ja	ntnahme, Beschadigur	g, Zerstörung von Fortpflanzungs- o	der Ruhest	atten" tritt ein
4.2 F	ang, Verletzung, Tötu	ing wild lebender Tiere	e (§ 44 Abs. 1 Nr. 1 BNatSchG)		
a)		gen, verletzt oder getö	tet werden? (Vermeidungsmaßnahm	ien	☐ Ja Nein
		on dem Vorhaben nic sgeschlossen werden.	nt betroffen. Gelege- und Jungvoge	elverluste	
b)	Sind Vermeidungs-Nentfällt	/laßnahmen möglich?			Ja Nein
c)	Werden unter Berü "Entnahme, Beschä gefangen, verletzt o	digung, Zerstörung vo der getötet? (§ 44 Abs	neidungsmaßnahmen in Verbindung on Fortpflanzungs- oder Ruhestätte 5 Satz 2 BNatSchG)		Ja Nein
	Wenn JA - Verbotsa	usiosung			
Der \	/erbotstatbestand "F	angen, Töten, Verletze	n tritt ein Ja		Nein
		44 Abs. 1 Nr. 2 BNatSo			
a)	Überwinterungs- un	d Wanderungszeiten e	der Fortpflanzungs-, Aufzucht-, I rheblich gestört werden		Ja Nein
	zeitlich begrenzt ist, zustufen.	ist sie nicht als erheblic	uen ist nicht auszuschließen, da diese h im Sinne des § 44 Abs. 1 (2) BNatSc	chG ein-	
	Eine erhebliche anlag	gen- und betriebsbedin	gte Störung ist ebenfalls nicht erkenr	nbar.	

Art	enschutzrechtliche Prüfung: Feldsperling (Passer montanus)				
	Der Brutverdacht in den Gehölzen am Siedlungsrand zeigt, dass die Art wenig störungsempfindlich gegenüber menschlichen Aktivitäten ist und auf umliegende Gehölze ausweichen kann. Eine erhebliche Verschlechterung des Erhaltungszustandes der lokalen Population ist nicht anzunehmen.				
b)	Sind Vermeidungs-Maßnahmen möglich?				
	entfällt				
c)	c) Wird eine erhebliche Störung durch Maßnahmen vollständig vermieden?				
	entfällt				
Der	Verbotstatbestand "erhebliche Störung" tritt ein Ja Nein				
5 Au	snahmegenehmigung nach § 45 Abs. 7 BNatSchG erforderlich?				
	Tritt einer der Verbotstatbestände des § 44 Abs. 1 Nr. 1 – 4 BNatSchG ein?				
	Ausnahme erforderlich Ausnahme nicht erforderlich				
	Prüfung der Ausnahmevoraussetzungen Artenschutzprüfung abgeschlossen				
6 Zu	6 Zusammenfassung				
Folg	ende fachlich geeignete und zumutbare Vermeidungsmaßnahmen				
Maß	nahmen sind in den Planunterlagen CEF - Maßnahmen				
darg	estellt und berücksichtigt worden: FCS – Maßnahmen				
	Funktionskontrolle / Monitoring /				
	Risikomanagement				
Unte	er Berücksichtigung der Wirkungsprognose und der vorgesehenen Maßnahmen				
\boxtimes	tritt kein Verbotstatbestand des § 44 Abs. 1 Nr. 1 – 4 ein, so dass <u>keine Ausnahme</u> gem. § 45 Abs. 7				
	BNatSchG, ggf. in Verbindung mit Art. 16 FFH-RL <u>erforderlich</u> ist.				
	liegen die Ausnahmevoraussetzungen vor gem. § 45 Abs. 7 BNatSchG ggf. in Verbindung mit Art. 16 Abs. 1 FFH-RL				
	sind die <u>Ausnahmevoraussetzungen</u> des § 45 Abs. 7 BNatSchG in Verbindung mit Art. 16 Abs. 1 FFH-RL <u>nicht</u> <u>erfüllt!</u>				

9.2. Fitis (Phylloscopus trochilus)

Artenschutzrechtliche Prüfung: Fitis (Phylloscopus trochilus)				
1. Allgemeine Angaben				
1.1 Schutzstatus und Gefährdungsstufe				
FFH-RL-Anhang IV-Art	RL Deutschland: *			
Europäische Vogelart	che Vogelart RL Hessen: *			
1.2 Erhaltungszustand (Bewertung nach Ampelschei	ma)			
	Günstig	Ungünstig - unzureichend	Ungünstig - schlecht	
Deutschland:				
Hessen:		Х		
2. Charakterisierung und Beschreibung der betroffenen Art				
2.1 Habitatansprüche und Verhaltensweisen				
2.1.1 Habitatansprüche				

Artenschutzrechtlich	e Prüfung: I	itis (Phylloscopi	us trochilus)	
Bruthabitat und Lebensrau	<u>um:</u>	Jagdhabitat und	Beutespektrum:	
 Wälder und Gebüsch Krautschicht. In trock Habitaten anzutreffe Kaum im Siedlungsge 	n.	• Die Art	ernährt sich von kleir	nen Insekten und Spinnen
2.1.2 Brutbiologie				
Nest:				
in/an Gebäuden	in Baumhöhlen	in Gebüschen	oder Bäumen	auf dem Boden
Nesttreue (gleiches Nest v	om Vorjahr wird aufgesuch	nt):	ja	nein
Brutplatztreue (gleiches Brutgebiet, jedoc	ch jedes Jahr neues Nest):		ja	nein
Brutverhalten: Nestbau	រ in dichtem Unterwuchs.	Monogame Saisone	he.	
Eine B	rut	Zweitbruten		Mehrfachbruten
Brutzeit: Ende März bis Ar	nfang Juni			
2.1.3 Phänologie	Langstreckenzieher			Kurzstreckenzieher
	Heimzug: Anfang/ Mitte	März	We	gzug: Juli
2.1.4 Verhalten				
2.2 Brutbestand	Europa: 56.000.000-100.000.000	<u>Deutschland:</u> 790.000-1.20		<u>Hessen:</u> > 6.000
3. Vorhabensbezogene Ar				
3.1 Vorkommen der Art in nach	n Untersuchungsraum ngewiesen		ро	tentiell
□ Brutvogel	Rastv	ogel/Nahrungsgast	Dui	rchzügler
Revieranzahl und Lage: Eir	n Revier östlich des PG in e	inem Gehölzstreifer	۱.	
4. Prognose und Bewertu	ng der Tatbestände nach §	44 BNatSchG		
4.1 Entnahme, Beschädig (§ 44 (1) Nr. 3 BI	ung, Zerstörung von Fortp NatSchG)	flanzungs- und Ruh	estätten	
zerstört werden?	ngs- oder Ruhestätten aus ahmen zunächst unberück		nmen, beschädigt ode	er Ja Nein
werden von den bau	tis liegt außerhalb des PG. ilichen Maßnahmen nicht b aßnahmen möglich?		em Bereich	Ja Nein
entfällt c) Wird die ökologisch Ausgleichsmaßnahn (§ 44 Abs. 5 Satz 2 B		Zusammenhang oh	ne vorgezogene	∑ Ja ☐ Nein

	enschutzrechtliche Prüfung: Fitis (Phylloscopus troc	hilus)			
d)	d) Wenn Nein – kann die ökologische Funktion durch vorgezogene Ausgleichs- Maßnahmen (CEF) gewährleistet werden?				
	entfällt				
	Verbotstatbestand "Entnahme, Beschädigung, Zerstörung von Fortpflanzu Ja Nein	ngs- oder	Ruhestätten" tritt ein		
4.2 F	ang, Verletzung, Tötung wild lebender Tiere (§ 44 Abs. 1 Nr. 1 BNatSchG)				
a)	Können Tiere gefangen, verletzt oder getötet werden? (Vermeidungsmaß zunächst unberücksichtigt)		Ja Nein		
	Die Brutstätte ist von dem Vorhaben nicht betroffen. Gelege- und Jur können demnach ausgeschlossen werden.	ngvogelver	luste		
b)	Sind Vermeidungs-Maßnahmen möglich? entfällt		Ja Nein		
c)	Werden unter Berücksichtigung der Vermeidungsmaßnahmen in Verbi "Entnahme, Beschädigung, Zerstörung von Fortpflanzungs- oder Ruhe gefangen, verletzt oder getötet?	_			
d)	d) Wenn JA – Kann die ökologische Funktion der Fortpflanzungs- oder Ruhestätten im IJa Nein räumlichen Zusammenhang erfüllt werden? (§ 44 Abs. 5 Satz 2 BNatSchG) Wenn JA – kein Verbotstatbestand! entfällt				
e)	e) Werden unter Berücksichtigung der Vermeidungsmaßnahmen wildlebende Tiere Ja Nein gefangen, verletzt oder getötet – ohne Zusammenhang mit der "Entnahme, Beschädigung, Zerstörung von Fortpflanzungs- oder Ruhestätten"?				
Der '	Verbotstatbestand "Fangen, Töten, Verletzen tritt ein	Ja	Nein		
4.3 \$	Störungstatbestand (§ 44 Abs. 1 Nr. 2 BNatSchG)				
a)	Überwinterungs- und Wanderungszeiten erheblich gestört werden Eine baubedingte Störung einzelner Individuen ist nicht auszuschließen, da diese jedoch zeitlich begrenzt ist, ist sie nicht als erheblich im Sinne des § 44 Abs. 1 (2) BNatSchG einzustufen. Eine erhebliche anlagen- und betriebsbedingte Störung ist ebenfalls nicht erkennbar, da der Brutverdacht in den vorliegenden Gehölzen am Siedlungsrand zeigt, dass die Art wenig störungsempfindlich gegenüber menschlichen Aktivitäten ist und auf umliegende Gehölze ausweichen kann. Eine erhebliche Verschlechterung				
	Eine baubedingte Störung einzelner Individuen ist nicht auszuschließen, da zeitlich begrenzt ist, ist sie nicht als erheblich im Sinne des § 44 Abs. 1 (2) Ezustufen. Eine erhebliche anlagen- und betriebsbedingte Störung ist ebenfalls nicht da der Brutverdacht in den vorliegenden Gehölzen am Siedlungsrand zeigt, dass die Art wenig störungsempfindlich gegenüber menschlichen Ak	BNatSchG e erkennbar, tivitäten	och ein-		
b)	Eine baubedingte Störung einzelner Individuen ist nicht auszuschließen, da zeitlich begrenzt ist, ist sie nicht als erheblich im Sinne des § 44 Abs. 1 (2) Ezustufen. Eine erhebliche anlagen- und betriebsbedingte Störung ist ebenfalls nicht da der Brutverdacht in den vorliegenden Gehölzen am Siedlungsrand zeigt, dass die Art wenig störungsempfindlich gegenüber menschlichen Ak ist und auf umliegende Gehölze ausweichen kann. Eine erhebliche Verschl	BNatSchG e erkennbar, tivitäten	och ein-		
b) c)	Eine baubedingte Störung einzelner Individuen ist nicht auszuschließen, da zeitlich begrenzt ist, ist sie nicht als erheblich im Sinne des § 44 Abs. 1 (2) Ezustufen. Eine erhebliche anlagen- und betriebsbedingte Störung ist ebenfalls nicht da der Brutverdacht in den vorliegenden Gehölzen am Siedlungsrand zeigt, dass die Art wenig störungsempfindlich gegenüber menschlichen Ak ist und auf umliegende Gehölze ausweichen kann. Eine erhebliche Verschl der lokalen Population ist nicht anzunehmen. Sind Vermeidungs-Maßnahmen möglich? entfällt Wird eine erhebliche Störung durch Maßnahmen vollständig vermieden?	BNatSchG e erkennbar, tivitäten echterung	och ein-		
c)	Eine baubedingte Störung einzelner Individuen ist nicht auszuschließen, da zeitlich begrenzt ist, ist sie nicht als erheblich im Sinne des § 44 Abs. 1 (2) Ezustufen. Eine erhebliche anlagen- und betriebsbedingte Störung ist ebenfalls nicht da der Brutverdacht in den vorliegenden Gehölzen am Siedlungsrand zeigt, dass die Art wenig störungsempfindlich gegenüber menschlichen Ak ist und auf umliegende Gehölze ausweichen kann. Eine erhebliche Verschl der lokalen Population ist nicht anzunehmen. Sind Vermeidungs-Maßnahmen möglich? entfällt Wird eine erhebliche Störung durch Maßnahmen vollständig vermieden? entfällt	BNatSchG eerkennbar, tivitäten echterung	Ja Nein		
c) Der	Eine baubedingte Störung einzelner Individuen ist nicht auszuschließen, da zeitlich begrenzt ist, ist sie nicht als erheblich im Sinne des § 44 Abs. 1 (2) Ezustufen. Eine erhebliche anlagen- und betriebsbedingte Störung ist ebenfalls nicht da der Brutverdacht in den vorliegenden Gehölzen am Siedlungsrand zeigt, dass die Art wenig störungsempfindlich gegenüber menschlichen Ak ist und auf umliegende Gehölze ausweichen kann. Eine erhebliche Verschl der lokalen Population ist nicht anzunehmen. Sind Vermeidungs-Maßnahmen möglich? entfällt Wird eine erhebliche Störung durch Maßnahmen vollständig vermieden? entfällt	BNatSchG e erkennbar, tivitäten echterung	och ein-		
c) Der	Eine baubedingte Störung einzelner Individuen ist nicht auszuschließen, da zeitlich begrenzt ist, ist sie nicht als erheblich im Sinne des § 44 Abs. 1 (2) Ezustufen. Eine erhebliche anlagen- und betriebsbedingte Störung ist ebenfalls nicht da der Brutverdacht in den vorliegenden Gehölzen am Siedlungsrand zeigt, dass die Art wenig störungsempfindlich gegenüber menschlichen Ak ist und auf umliegende Gehölze ausweichen kann. Eine erhebliche Verschl der lokalen Population ist nicht anzunehmen. Sind Vermeidungs-Maßnahmen möglich? entfällt Wird eine erhebliche Störung durch Maßnahmen vollständig vermieden? entfällt Verbotstatbestand "erhebliche Störung" tritt ein	BNatSchG eerkennbar, tivitäten echterung	Ja Nein Ja Nein Nein		
c) Der	Eine baubedingte Störung einzelner Individuen ist nicht auszuschließen, da zeitlich begrenzt ist, ist sie nicht als erheblich im Sinne des § 44 Abs. 1 (2) Ezustufen. Eine erhebliche anlagen- und betriebsbedingte Störung ist ebenfalls nicht da der Brutverdacht in den vorliegenden Gehölzen am Siedlungsrand zeigt, dass die Art wenig störungsempfindlich gegenüber menschlichen Ak ist und auf umliegende Gehölze ausweichen kann. Eine erhebliche Verschl der lokalen Population ist nicht anzunehmen. Sind Vermeidungs-Maßnahmen möglich? entfällt Wird eine erhebliche Störung durch Maßnahmen vollständig vermieden? entfällt Verbotstatbestand "erhebliche Störung" tritt ein Isnahmegenehmigung nach § 45 Abs. 7 BNatSchG erforderlich? Tritt einer der Verbotstatbestände des § 44 Abs. 1 Nr. 1 – 4 BNatSchG	BNatSchG eerkennbar, tivitäten echterung Ja Gein?	Ja Nein Nein Nein Nein		
c) Der	Eine baubedingte Störung einzelner Individuen ist nicht auszuschließen, da zeitlich begrenzt ist, ist sie nicht als erheblich im Sinne des § 44 Abs. 1 (2) Ezustufen. Eine erhebliche anlagen- und betriebsbedingte Störung ist ebenfalls nicht da der Brutverdacht in den vorliegenden Gehölzen am Siedlungsrand zeigt, dass die Art wenig störungsempfindlich gegenüber menschlichen Ak ist und auf umliegende Gehölze ausweichen kann. Eine erhebliche Verschl der lokalen Population ist nicht anzunehmen. Sind Vermeidungs-Maßnahmen möglich? entfällt Wird eine erhebliche Störung durch Maßnahmen vollständig vermieden? entfällt Verbotstatbestand "erhebliche Störung" tritt ein	BNatSchG eerkennbar, tivitäten echterung Ja G ein?	Ja Nein Nein Nein Nein		
c) Der 1 5 Au	Eine baubedingte Störung einzelner Individuen ist nicht auszuschließen, da zeitlich begrenzt ist, ist sie nicht als erheblich im Sinne des § 44 Abs. 1 (2) Ezustufen. Eine erhebliche anlagen- und betriebsbedingte Störung ist ebenfalls nicht da der Brutverdacht in den vorliegenden Gehölzen am Siedlungsrand zeigt, dass die Art wenig störungsempfindlich gegenüber menschlichen Ak ist und auf umliegende Gehölze ausweichen kann. Eine erhebliche Verschl der lokalen Population ist nicht anzunehmen. Sind Vermeidungs-Maßnahmen möglich? entfällt Wird eine erhebliche Störung durch Maßnahmen vollständig vermieden? entfällt Verbotstatbestand "erhebliche Störung" tritt ein snahmegenehmigung nach § 45 Abs. 7 BNatSchG erforderlich? Tritt einer der Verbotstatbestände des § 44 Abs. 1 Nr. 1 – 4 BNatSchG Ausnahme erforderlich	BNatSchG eerkennbar, tivitäten echterung Ja G ein?	Ja Nein Nein Nein Nein		
c) Der ' 5 Au 6 Zu: Folge Maß	Eine baubedingte Störung einzelner Individuen ist nicht auszuschließen, da zeitlich begrenzt ist, ist sie nicht als erheblich im Sinne des § 44 Abs. 1 (2) Ezustufen. Eine erhebliche anlagen- und betriebsbedingte Störung ist ebenfalls nicht da der Brutverdacht in den vorliegenden Gehölzen am Siedlungsrand zeigt, dass die Art wenig störungsempfindlich gegenüber menschlichen Ak ist und auf umliegende Gehölze ausweichen kann. Eine erhebliche Verschl der lokalen Population ist nicht anzunehmen. Sind Vermeidungs-Maßnahmen möglich? entfällt Wird eine erhebliche Störung durch Maßnahmen vollständig vermieden? entfällt Verbotstatbestand "erhebliche Störung" tritt ein Isnahmegenehmigung nach § 45 Abs. 7 BNatSchG erforderlich? Tritt einer der Verbotstatbestände des § 44 Abs. 1 Nr. 1 – 4 BNatSchG Ausnahme erforderlich Ausnahme erforderlich	BNatSchG eerkennbar, tivitäten echterung Ja G ein? chlossen	Ja Nein Nein Nein Nein		

Artenschutzrechtliche Prüfung: F	itis (Phylloscopus trochilus	5)		
	Risikomanagement			
Unter Berücksichtigung der Wirkungsprognose und	der vorgesehenen Maßnahmen			
tritt kein Verbotstatbestand des § 44 Abs. 1 Nr. 1 – 4 ein, so dass <u>keine Ausnahme</u> gem. § 45 Abs. 7 BNatSchG, ggf. in Verbindung mit Art. 16 FFH-RL <u>erforderlich</u> ist.				
liegen die Ausnahmevoraussetzungen vor gem. § 45 Abs. 7 BNatSchG ggf. in Verbindung mit Art. 16 Abs. 1 FFH-RL				
sind die <u>Ausnahmevoraussetzungen</u> des § 45 Ab <u>erfüllt!</u>	sind die <u>Ausnahmevoraussetzungen</u> des § 45 Abs. 7 BNatSchG in Verbindung mit Art. 16 Abs. 1 FFH-RL <u>nicht</u> <u>erfüllt!</u>			
9.3. Goldammer (Emberiza citrinella)				
Artenschutzrechtliche Prüfung:	Goldammer (Emberiza citrine	lla)		
1. Allgemeine Angaben				
1.1 Schutzstatus und Gefährdungsstufe				
FFH-RL-Anhang IV-Art	RL Deutschland: -			
Europäische Vogelart	RL Hessen: V			
1.2 Erhaltungszustand (Bewertung nach Ampelscher	ma)			
		Ungünstig -	Ungünstig -	
	Günstig	unzureichend	schlecht	
Deutschland:				
Hessen:		Х		
2. Charakterisierung und Beschreibung der betroffer	nen Art			
2.1 Habitatansprüche und Verhaltensweisen				
2.1.1 Habitatansprüche Bruthabitat und Lebensraum:	Jagdhabitat und Beutespektru	ım:		
 Offene bis halboffene, abwechslungsreiche Landschaften mit strukturreichen Saumbiotopen Agrarlandschaften und frühe Sukzessionsstadien der Bewaldung, Ortsränder Einzelbäume und Büsche als Singwarten Nahrungssuche auf dem Boden in niedriger Vegetation oder auf vegetationslosen Flächen, im Winter gern auf Getreidestoppelfeldern Mitunter kurze Jagdflüge auf Insekten Vielfalt an Sämereien, in Sommer Insekten, Larven und Spinnen 				
2.1.2 Brutbiologie				
Nest: in/an Gebäuden in Höhlen	in Gebüschen oder Bäumer	n 🔀 auf dem	Boden	
Nesttreue (gleiches Nest vom Vorjahr wird aufgesuch	t): ja		nein	
Brutplatztreue (gleiches Brutgebiet, jedoch jedes Jahr neues Nest):	ja	\boxtimes	nein	
<u>Brutverhalten:</u> Monogame Saisonehe, Fremdkopu	ılationen häufig, zuweilen Paarzı	usammenhalt im Winte	r	
Eine Brut	Zweitbruten	Mehrfac	hbruten	
Brutzeit: Legebeginn Mitte April – Anf. Mai, späteste bis Ende Aug./Sept.	bis Mitte August, 12-15d Brutda	uer, flügge nach 11-13c	l, Nestlinge	
	-			

Arte	nschutzrechtliche P	rüfung:	Goldammer (Emberiza citrin	ella)		
			•	<u> </u>		
2.1.3	S Phänologie	Langstreckenzie	her	K	urzstreckenzieher	
		Heimzug: Revierbese	etzung Mitte Februar – Mitte März	_	ug: Abzug von ätzen ab Ende August	
				ышы	atzen ab Ende August	
2.1.4	Verhalten	Kurzstreckenzieher u	und Standvogel mit Dismigrationen	/Winterflucht		
2 2 0	rutbestand	Europa:	<u>Deutschland:</u>	<u>He</u>	essen:	
2.2 6	rutbestanu	18 – 31 Mio. BP	1 – 2.8 Mio BP	19	4.000 – 230.000	
3. Vc	orhabensbezogene An	gaben				
3.1 V	orkommen der Art im	n Untersuchungsraum	l			
	nachge	ewiesen		poter	itiell	
F						
Į	∠ Brutvogel	R	Rastvogel/Nahrungsgast	Durch	zügler	
Revie	eranzahl und Lage: Es l	oefindet sich ein Revie	er der Goldammer im östlichen Bere	eich des UG.		
4. Pr	ognose und Bewertur	ig der Tatbestände na	ch § 44 BNatSchG			
4.1 E		o , o	ortpflanzungs- und Ruhestätten			
	(§ 44 (1) Nr. 3 BN	latSchG)				
a)	•	ngs- oder Ruhestätter	n aus der Natur entnommen, besch	hädigt oder		
	zerstört werden?				Ja 🔀 Nein	
	(Vermeidungsmalsna	ahmen zunächst unbei	rucksichtigt)			
		_	nalb des PG. Die Gehölze in diesem	Bereich		
ы		lichen Maßnahmen ni	cht beeinträchtigt.			
D)	b) Sind Vermeidungsmaßnahmen möglich? entfällt Ja Nein					
c)	Wird die ökologische	Funktion im räumlic	hen Zusammenhang ohne vorgezo	gene	□ Ja □ Nein	
	Ausgleichsmaßnahm					
	(§ 44 Abs. 5 Satz 2 BN	NatSchG)				
	entfällt					
d)	Wenn Nein – kann d	ie ökologische Funktio	on durch vorgezogene Ausgleichs-		□ Ia □ Naia	
ω,		ewährleistet werden?			Ja Nein	
	entfällt					
Der \	/erbotstatbestand "Ei	ntnahme, Beschädigu	ng, Zerstörung von Fortpflanzungs	- oder Ruhes	tätten" tritt ein	
	Ja Nein					
4.2 F	ang, Verletzung, Tötu	ng wild lebender Tier	e (§ 44 Abs. 1 Nr. 1 BNatSchG)			
a)		•	itet werden? (Vermeidungsmaßnal	hmen	Ja Nein	
	zunächst unberücksic		sht hatraffan Calana wad lwans			
		on dem vornaben nic sgeschlossen werden.	cht betroffen. Gelege- und Jungvo	ogeiveriuste		
b)		laßnahmen möglich?			□ Ia □ Noin	
~,	_	a.s.ia.iiiieii iilogiieii:			Ja Nein	
_	entfällt					
c)			neidungsmaßnahmen in Verbindu on Fortoflanzungs- oder Rubestä	-	Ja Nein	
	gefangen, verletzt o		on Fortpflanzungs- oder Ruhestä	tten nere		
	entfällt	_				
d)	Wenn JA – Kann di	e ökologische Funktio	on der Fortpflanzungs- oder Ruhe	estätten im	Ja Nein	
		_	n? (§ 44 Abs. 5 Satz 2 BNatSchG)			

Arte	enschutzrechtliche Prüfung: Golda	mmer (Emberiza ci	Artenschutzrechtliche Prüfung: Goldammer (Emberiza citrinella)				
	Wenn JA – kein Verbotstatbestand!						
	entfällt						
е)	e) Werden unter Berücksichtigung der Vermeidungsmaßnahmen wildlebende Tiere gefangen, verletzt oder getötet – ohne Zusammenhang mit der "Entnahme, Beschädigung, Zerstörung von Fortpflanzungs- oder Ruhestätten"?						
Der '	Verbotstatbestand "Fangen, Töten, Verletzen tritt ein		Ja	Nein			
4.3 9	Störungstatbestand (§ 44 Abs. 1 Nr. 2 BNatSchG)						
a)	Können wild lebende Tiere während der Fort Überwinterungs- und Wanderungszeiten erheblich g	estört werden		☐ Ja 🔀 Nein			
	Eine baubedingte Störung einzelner Individuen ist nic zeitlich begrenzt ist, ist sie nicht als erheblich im Sinne zustufen.						
	Eine erhebliche anlagen- und betriebsbedingte Störur Eine erhebliche Verschlechterung des Erhaltungszus	_					
	nicht anzunehmen.		·				
b)	Sind Vermeidungs-Maßnahmen möglich?			Ja Nein			
c)	entfällt Wird eine erhebliche Störung durch Maßnahmen vol	llständig vermieden?	1	Ja Nein			
	entfällt						
Der '	Der Verbotstatbestand "erhebliche Störung" tritt ein Ja Nein						
5 Au	usnahmegenehmigung nach § 45 Abs. 7 BNatSchG erfo	rderlich?		_			
	Tritt einer der Verbotstatbestände des § 44 Abs. 1 Nr. 1 – 4 BNatSchG ein?						
	Ausnahme erforderlich	Ausnahme r	nicht erford	derlich			
	Prüfung der Ausnahmevoraussetzungen Artens	schutzprüfung abgeso	chlossen				
6 Zu	usammenfassung						
Folgo	gende fachlich geeignete und zumutbare	Vermeidungsmaßn	ahmen				
Maß	ßnahmen sind in den Planunterlagen	CEF - Maßnahmen					
darg	gestellt und berücksichtigt worden:	FCS – Maßnahmen					
		Funktionskontrolle	/ Monitor	ing /			
		Risikomanagement	:				
Unte	ter Berücksichtigung der Wirkungsprognose und der vo	rgesehenen Maßnah	ımen				
	tritt kein Verbotstatbestand des § 44 Abs. 1 Nr. 1 – 4 e BNatSchG, ggf. in Verbindung mit Art. 16 FFH-RL <u>erfor</u>		<u>nahme</u> ger	n. § 45 Abs. 7			
	liegen die Ausnahmevoraussetzungen vor gem. § 45 Abs. 7 BNatSchG ggf. in Verbindung mit Art. 16 Abs. 1 FFH-RL						
	sind die <u>Ausnahmevoraussetzungen</u> des § 45 Abs. 7 Bl <u>erfüllt!</u>	NatSchG in Verbindur	ng mit Art.	16 Abs. 1 FFH-RL <u>nicht</u>			
	.4. Stieglitz (Carduelis carduelis)						

Artenschutzrechtliche Prüfung:	Stieglitz (Carduelis carduelis)
1. Allgemeine Angaben	
1.1 Schutzstatus und Gefährdungsstufe	
FFH-RL-Anhang IV-Art	RL Deutschland: *

Artenschutzrechtliche Prüfung:	Stieglitz (Carduelis cardue	lis)	
Europäische Vogelart	RL Hessen: 3		
Zaropaisene vogetare	INE HESSEIII S		
1.2 Erhaltungszustand (Bewertung nach Ampe	elschema)		
	Günstig	Ungünstig - unzureichend	Ungünstig - schlecht
Deutschland:			
Hessen:			X
2. Charakterisierung und Beschreibung der be	etroffenen Art		
2.1 Habitatansprüche und Verhaltensweisen			
2.1.1 Habitatansprüche	landhahitat und Poutospoktr	ım:	
Bruthabitat und Lebensraum:	Jagdhabitat und Beutespektr	uiii.	
 Ruderale Standorte und Brachen. Halboffene, mosaikartig strukturierte, offene bis halboffene Landschaften, mit hohem Strukturanteil von Gebüschen, Hecken oder Einzelbäumen Nest in Laubbäumen oder Büschen Oft innerhalb von Siedlungen Stieglitze nutzen vor allem Hochstaudenfluren als Nahrungsquelle Nahrungsquelle 			
2.1.2 Brutbiologie			
Nest:			
in/an Gebäuden in Höhlen	in Gebüschen oder Bäume	n auf den	n Boden
Nesttreue (gleiches Nest vom Vorjahr wird auf	gesucht): ja		nein
Brutplatztreue (gleiches Brutgebiet, jedoch jedes Jahr neues Nest): ja nein			
Brutverhalten: Alle drei Vogelarten Einzelbi	rüter mit saisonaler Monogamie.		
Eine Brut	Zweitbruten	Mehrfa	chbruten
Brutzeit: Eiablage Ende Mai bis Anfang Septem Oktober.	nber. Flügge Jungvögel ab Ende Mai, Ju	ngvögel von Zweitbrute	en Anfang
2.1.3 Phänologie Langstreckenz	zieher	Kurzstrecken	zieher
Heimzug:		Wegzug:	
Stieglitz: tagaktiv, 2.1.4 Verhalten und aus Samenstä	sehr lebhaft und unruhig, Nahrung wir nden ausgelesen.	d am häufigsten auf Sta	auden gesucht
2.2 Brutbestand Europa: S.: 12 – 29 Mio. BF	<u>Deutschland:</u> S.: 300.000 – 600.000 BP	<u>Hessen:</u> S.: 30.000 – 3	8.000 BP
3. Vorhabensbezogene Angaben			
3.1 Vorkommen der Art im Untersuchungsraum			
achgewiesen		potentiell	

Arte	nschutzrechtliche Prüfung:	Stieglitz (Carduelis car	duelis)	
	Z Books and	D Books and Makes and and		
L	<u>Surutvogel</u>	Rastvogel/Nahrungsgast	Durcr	nzügler
	ranzahl und Lage: Ein Revier des Stie			
	ognose und Bewertung der Tatbestä			
4.1 Eı	ntnahme, Beschädigung, Zerstörung (§ 44 (1) Nr. 3 BNatSchG)	von Fortpflanzungs- und Ruhestätter	1	
a)	Können Fortpflanzungs- oder Ruhes	stätten aus der Natur entnommen, b	eschädigt oder	
	zerstört werden?			Ja 🔀 Nein
	(Vermeidungsmaßnahmen zunächst	t unberücksichtigt)		
	Das Revier des Stieglitz liegt außerha	alb des PG.		
b)	Sind Vermeidungsmaßnahmen mög	lich?		Ja Nein
	entfällt			
c)	Wird die ökologische Funktion im rä	iumlichen Zusammenhang ohne vorg	ezogene	Ja Nein
	Ausgleichsmaßnahmen (CEF) gewah	nrt?		
	(§ 44 Abs. 5 Satz 2 BNatSchG)			
۹/	entfällt	Funktion durch vorgezogene Ausgleic	he	
d)	Maßnahmen (CEF) gewährleistet w		115-	Ja Nein
	entfällt			
Der V	erbotstatbestand "Entnahme, Besch	nädigung, Zerstörung von Fortpflanzu	ngs- oder Ruhes	stätten" tritt ein
П ј	a Nein			
□ ,	d Nem			
4.2 Fa	ang, Verletzung, Tötung wild lebende	er Tiere (§ 44 Abs. 1 Nr. 1 BNatSchG)		
a)		er getötet werden? (Vermeidungsmaß	3nahmen	Ja Nein
	zunächst unberücksichtigt)			
	Da der Brutplatz außerhalb des PG li	egt, ist damit nicht zu rechnen.		
b)	Sind Vermeidungs-Maßnahmen mö	alich?		Ja Nein
υ,	entfällt	Silen:		
c)		r Vermeidungsmaßnahmen in Verbi	ndung mit der	☐ Ja │ Nein
"Entnahme, Beschädigung, Zerstörung von Fortpflanzungs- oder Ruhestätten" Tiere				
	gefangen, verletzt oder getötet?			
d)		Funktion der Fortpflanzungs- oder R werden? (§ 44 Abs. 5 Satz 2 BNatSchG		Ja Nein
	Wenn JA – kein Verbotstatbestan		•,	
	entfällt			
e)	Werden unter Berücksichtigung	der Vermeidungsmaßnahmen wild	lebende Tiere	Ja Nein
		- ohne Zusammenhang mit de	r "Entnahme,	
	Beschädigung, Zerstörung von Fortpentfällt	offanzungs- oder Ruhestatten"?		
				<u> </u>
	erbotstatbestand "Fangen, Töten, V	·	Ja	X Nein
	örungstatbestand (§ 44 Abs. 1 Nr. 2	•		
	Konnen wild lebende Here war Überwinterungs- und Wanderungsz	nrend der Fortpflanzungs-, Aufzuc eiten erheblich gestört werden?	nt-, Mauser-,	
		Individuen ist nicht auszuschließen, da	diese jedoch	
	zeitlich begrenzt ist, ist sie nicht als e	rheblich im Sinne des § 44 Abs. 1 (2) E	-	
	zustufen.	schodingto Ctärung ist shoufelle wiels	orkonnh	Ja Nein
	-	sbedingte Störung ist ebenfalls nicht e nden Gehölzen am Siedlungsrand zeig		
		er menschlichen Aktivitäten ist und a		
		ebliche Verschlechterung der lokalen	_	
	nicht anzunehmen.			

Artenschutzrechtliche Prüfung:	Stieglitz (Carduelis cardu	elis)	
h) Sind Vormeidungs Maßnahman mäglich?			¬ .
b) Sind Vermeidungs-Maßnahmen möglich? entfällt		Ja	Nein
c) Wird eine erhebliche Störung durch Maßnahme	en vollständig vermieden?	∏ Ja ☐	Nein
entfällt			
Der Verbotstatbestand "erhebliche Störung" tritt eir	1	Ja Nein	
5 Ausnahmegenehmigung nach § 45 Abs. 7 BNatSch	G erforderlich?		
Tritt einer der Verbotstatbestände des § 44	Abs. 1 Nr. 1 – 4 BNatSchG ei	n? 🗌 Ja	Nein
Ausnahme erforderlich	Ausnahme nicl	nt erforderlich	
Prüfung der Ausnahmevoraussetzungen	Artenschutzprüfung abgeschlo	ossen	
6 Zusammenfassung			
Folgende fachlich geeignete und zumutbare	Vermeidungsmaßnah	men	
Maßnahmen sind in den Planunterlagen	CEF - Maßnahmen		
dargestellt und berücksichtigt worden:	FCS – Maßnahmen		
	Funktionskontrolle / I	Monitoring /	
	Risikomanagement		
Unter Berücksichtigung der Wirkungsprognose und o	der vorgesehenen Maßnahm	en	
tritt kein Verbotstatbestand des § 44 Abs. 1 Nr. 2	1 – 4 ein, so dass <u>keine Ausna</u>	<u>nme</u> gem. § 45 Abs. 7	
BNatSchG, ggf. in Verbindung mit Art. 16 FFH-RL	<u>erforderlich</u> ist.		
liegen die Ausnahmevoraussetzungen vor gem. §	§ 45 Abs. 7 BNatSchG ggf. in V	erbindung mit Art. 16 Ab	s. 1
FFH-RL			
sind die <u>Ausnahmevoraussetzungen</u> des § 45 Abs <u>erfüllt!</u>	s. 7 BNatSchG in Verbindung	mit Art. 16 Abs. 1 FFH-RL	<u>nicht</u>
O. F. Hackenburgunelle (Prunelle medulerie	1		
9.5. Heckenbraunelle (Prunella modularis)		
Artenschutzrechtliche Prüfung: H	leckenbraunelle (<i>Prunella</i>	modularis)	
1. Allgemeine Angaben			
1.1 Schutzstatus und Gefährdungsstufe			
FFH-RL-Anhang IV-Art	RL Deutschland: *		
Europäische Vogelart	RL Hessen: *		
1.2 Erhaltungszustand (Bewertung nach Ampelschen		Ungünstig -	Ungünstig -
	Günstig	unzureichend	schlecht
Deutschland:			
Hessen: X			
2. Charakterisierung und Beschreibung der betroffenen Art			
2.1 Habitatansprüche und Verhaltensweisen 2.1.1 Habitatansprüche			
Bruthabitat und Lebensraum:	Jagdhabitat und Beutespekt	rum:	

•	Artenschutzrechtli	che Prüfung:	Heckenbraunelle (Prunella modularis)	
•		r mit reichem r auch Siedlungsbereich, nend Hecken und Gehölze	 Im Sommer stehen Insekten und S während im Winter überwiegend S werden 	
2.1.2	Brutbiologie			
Nest:	· ·			
i	n/an Gebäuden	in Baumhöhlen	in Gebüschen oder Bäumen	auf dem Boden
Nestt	reue (gleiches Nest v	om Vorjahr wird aufgesu	cht): ja	nein
	olatztreue hes Brutgebiet, jedoo	ch jedes Jahr neues Nest):	: ja	nein
<u>Brutv</u>	verhalten: Eine B	rut	Zweitbruten	Mehrfachbruten
Brutz	eit: Legebeginn ab Aı	nfang April, Zweitbruten a	ab Anfang Juni, Anfang Juli endet die Brutze	it
2.1.3	Phänologie	Langstreckenziehe	r Kurzstreckenzie	her
		Heimzug: Anfang März	bis Anfang Mai Wegzug: -	
2.1.4	Verhalten			
2.2 B	rutbestand	Europa: 12.000.000-26.000.000	<u>Deutschland:</u> 1.250.000-1.750.000 Rev.	<u>Hessen:</u> > 6.000 BP
3. Vo	rhabensbezogene Ar	ngaben		
3.1 V	orkommen der Art ir	n Untersuchungsraum		
	∑ nach	ngewiesen	pot	entiell
	Brutvogel	Ras	tvogel/Nahrungsgast Duro	chzügler
	eranzahl und Lage: Eir enreihe.	n Revier der Heckenbraun	elle befindet sich südlich des PG in einer	
4. Pro	ognose und Bewertu	ng der Tatbestände nach	§ 44 BNatSchG	
4.1 E	ntnahme, Beschädig (§ 44 (1) Nr. 3 BI		pflanzungs- und Ruhestätten	
a)	zerstört werden?	ngs- oder Ruhestätten a ahmen zunächst unberüc	us der Natur entnommen, beschädigt oder :ksichtigt)	. Ja Nein
	reich	-	erhalb des PG. Die Gehölze in diesem Be-	
b)		ılichen Maßnahmen nicht aßnahmen möglich?	: beeinträchtigt.	Ja Nein
c)	entfällt Wird die ökologisch	e Funktion im räumliche:	n Zusammenhang ohne vorgezogene	
~,	Ausgleichsmaßnahn			Ja Nein

•	Artenschutzrechtliche Prüfung: Heckenbraunelle (<i>Prunella modularis</i>)		
	(§ 44 Abs. 5 Satz 2 BNatSchG)		
d)	Wenn Nein – kann die ökologische Funktion durch vorgezogene Ausgleichs- Maßnahmen (CEF) gewährleistet werden?		
Der	Verbotstatbestand "Entnahme, Beschädigung, Zerstörung von Fortpflanzungs- oder Ruhestätten" tritt ein		
	Ja Nein		
4.2	ang, Verletzung, Tötung wild lebender Tiere (§ 44 Abs. 1 Nr. 1 BNatSchG)		
a)	Können Tiere gefangen, verletzt oder getötet werden? (Vermeidungsmaßnahmen zunächst unberücksichtigt) Ja Nein		
	Die Brutstätte ist von dem Vorhaben nicht betroffen. Gelege- und Jungvogelverluste können demnach ausgeschlossen werden.		
b)	Sind Vermeidungs-Maßnahmen möglich? entfällt		
c)	Werden unter Berücksichtigung der Vermeidungsmaßnahmen in Verbindung mit der "Entnahme, Beschädigung, Zerstörung von Fortpflanzungs- oder Ruhestätten" Tiere gefangen, verletzt oder getötet? (§ 44 Abs. 5 Satz 2 BNatSchG)		
	Wenn JA - Verbotsauslösung		
Der	Verbotstatbestand "Fangen, Töten, Verletzen tritt ein Ja Nein		
4.3	Störungstatbestand (§ 44 Abs. 1 Nr. 2 BNatSchG)		
a) Können wild lebende Tiere während der Fortpflanzungs-, Aufzucht-, Mauser-, Überwinterungs- und Wanderungszeiten erheblich gestört werden Eine baubedingte Störung einzelner Individuen ist nicht auszuschließen, da diese jedoch zeitlich begrenzt ist, ist sie nicht als erheblich im Sinne des § 44 Abs. 1 (2) BNatSchG einzustufen.			
	Eine erhebliche anlagen- und betriebsbedingte Störung ist ebenfalls nicht erkennbar, da der Brutverdacht in den vorliegenden Gehölzen am Siedlungsrand		
	zeigt, dass die Art wenig störungsempfindlich gegenüber menschlichen Aktivitäten ist und auf umliegende Gehölze ausweichen kann. Eine erhebliche Verschlechterung		
h\	der lokalen Population ist nicht anzunehmen.		
b)	Sind Vermeidungs-Maßnahmen möglich? entfällt		
c)	Wind sine cubeblishe Ctinung durch McCuebman velletindig verminden?		
-,	entfällt		
Der	Verbotstatbestand "erhebliche Störung" tritt ein Ja Nein		
5 A	snahmegenehmigung nach § 45 Abs. 7 BNatSchG erforderlich?		
	Tritt einer der Verbotstatbestände des § 44 Abs. 1 Nr. 1 – 4 BNatSchG ein?		
	Ausnahme erforderlich Ausnahme nicht erforderlich		
Prüfung der Ausnahmevoraussetzungen Artenschutzprüfung abgeschlossen			
6 Zı	sammenfassung		
Folg	ende fachlich geeignete und zumutbare Vermeidungsmaßnahmen		
Mal	nahmen sind in den Planunterlagen		
dar	estellt und berücksichtigt worden: FCS – Maßnahmen		
	Funktionskontrolle / Monitoring /		
	Risikomanagement		

Artenschutzrechtliche Prüfung:	Heckenbraunelle (<i>Prui</i>	nella modularis)		
Unter Berücksichtigung der Wirkungsprognose und tritt kein Verbotstatbestand des § 44 Abs. 1 Nr.	_			
BNatSchG, ggf. in Verbindung mit Art. 16 FFH-RI	· · · · · · · · · · · · · · · · · · ·	Australlitie gelli. 3 43 Aus. 7		
liegen die Ausnahmevoraussetzungen vor gem. FFH-RL	§ 45 Abs. 7 BNatSchG gg	rf. in Verbindung mit Art. 16 Abs	s. 1	
sind die <u>Ausnahmevoraussetzungen</u> des § 45 Ab <u>erfüllt!</u>	s. 7 BNatSchG in Verbin	dung mit Art. 16 Abs. 1 FFH-RL <u>I</u>	<u>nicht</u>	
9.6. Zauneidechse (Lacerta agilis)				
Artenschutzrechtliche Prüfung: 2	auneidechse (Lacer	ta agilis)		
1. Allgemeine Angaben				
1.1 Schutzstatus und Gefährdungsstufe	T =			
FFH-RL-Anhang IV-Art	RL Deutschland: V			
Europäische Vogelart	RL Hessen: -			
1.2 Euledtungssustand / Downsteine mach Americahan	1			
1.2 Erhaltungszustand (Bewertung nach Ampelscher			Ungünstig -	
	Günstig	Ungünstig - unzureichend	schlecht	
Deutschland:		х		
Hessen:	х			
2. Charakterisierung und Beschreibung der betroffenen Art				
2.1 Habitatansprüche und Verhaltensweisen				
2.1.1 Habitatansprüche Zauneidechsen sind ursprünglich Waldsteppenbewohner, heute typische Kulturfolger. Sie besiedeln Magerbiotope wie Bahndämme, Heideflächen, Magerrasen, Dünen, Flusstäler, Waldränder und Steinbrüche. Ihr Lebensraum besteht aus einem Wechsel aus offenen, lockerbödigen und dichter bewachsenen Bereichen, sowie Elementen wie Totholz und Altgras. Sie benötigt offene, vegetationsfreie Bereiche zur Eiablage. Die Bestände werden vor allem durch die Zerstörung von Lebensräumen und Kleinstrukturen in der Landschaft dezimiert.				
2.1.2 Verbreitung				
Die Zauneidechse hat ihr europäisches Verbreitungsareal von Südengland bis zum Baikalsee in Sibirien, von Süd-Schweden bis Nord-Griechenland. In Deutschland ist die Zauneidechse weit verbreitet und in allen Bundesländern vertreten, mit den meisten Nachweisen in Südwest- und Ostdeutschland bis 1.700 m.				
3. Vorhabensbezogene Angaben				
3.1 Vorkommen der Art im Untersuchungsraum				
nachgewiesen		sehr wahrscheinlich anzu	nehmen	
Revieranzahl und Lage: Es wurden drei Zauneidechsen im Bereich des PG festgestellt.				
4. Prognose und Bewertung der Tatbestände nach § 44 BNatSchG				
4.1 Entnahme, Beschädigung, Zerstörung von Fortpflanzungs- und Ruhestätten (§ 44 (1) Nr. 3 BNatSchG)				
a) Können Fortpflanzungs- oder Ruhestätten aus zerstört werden? (Vermeidungsmaßnahmen zu			Nein	

Arte	enschutzrechtliche Prüfung: Zauneidechse (Lacerta agilis)
	Bei der Baufeldfreimachung kann es zum Verlust von Fortpflanzungs- oder Ruhestätten kommen.
b)	Sind Vermeidungsmaßnahmen möglich?
c)	Wird die ökologische Funktion im räumlichen Zusammenhang ohne vorgezogene Ja Nein Ausgleichsmaßnahmen (CEF) gewahrt? (§ 44 Abs. 5 Satz 2 BNatSchG)
	Die betroffene Fläche weist keine geeigneten Habitateigenschaften auf und die Flächeninanspruchnahme ist für das Bauvorhaben sehr gering. Im Umfeld sind ausreichend Strukturen vorhanden, die Zauneidechsen als Fortpflanzungs- und Ruhestätte dienen können. Daher ist davon auszugehen, dass potentielle Habitatverluste sich nicht negativ auf die Lokalpopulation auswirken.
d)	Wenn Nein – kann die ökologische Funktion durch vorgezogene Ausgleichs-Maßnahmen Ja Nein (CEF) gewährleistet werden?
	Verbotstatbestand "Entnahme, Beschädigung, Zerstörung von Fortpflanzungs- oder Ruhestätten" tritt ein Ja Nein
4.2 F	ang, Verletzung, Tötung wild lebender Tiere (§ 44 Abs. 1 Nr. 1 BNatSchG)
a)	Können Tiere gefangen, verletzt oder getötet werden? (Vermeidungsmaßnahmen zunächst unberücksichtigt)
	Bei der Baufeldfreimachung kann es zum Verletzen und Töten von Individuen kommen.
b)	Sind Vermeidungs-Maßnahmen möglich?
	Durch die Installation eines Reptilienschutzzaunes um das Baufeld kann ein Töten und Verletzen von Individuen ausgeschlossen werden (V 02). Zusätzlich ist eine Bauzeitenregelung zum Schutz von Reptilien einzuhalten (V 03).
c)	Werden unter Berücksichtigung der Vermeidungsmaßnahmen Tiere gefangen, verletzt Ja Nein oder getötet?
Dayl	Verbotstatbestand "Fangen, Töten, Verletzen tritt ein Ja Nein
	Verbotstatbestand "Fangen, Töten, Verletzen tritt ein Ja Nein törungstatbestand (§ 44 Abs. 1 Nr. 2 BNatSchG)
a)	Können wild lebende Tiere während der Fortpflanzungs-, Aufzucht-, Mauser-, Überwinterungs- und Wanderungszeiten erheblich gestört werden Durch die Baufeldfreimachung können Tiere in ihrem Überwinterungshabitat erheblich gestört werden.
b)	Sind Vermeidungs-Maßnahmen möglich?
c)	Durch die Installation eines Reptilienschutzzaunes um das Baufeld kann ein Töten und Verletzen von Individuen ausgeschlossen werden (V 02). Zusätzlich ist eine Bauzeitenregelung zum Schutz von Reptilien einzuhalten (V 03). Wird eine erhebliche Störung durch Maßnahmen vollständig vermieden? Ja Nein
Der \	Verbotstatbestand "erhebliche Störung" tritt ein Ja Nein
	snahmegenehmigung nach § 45 Abs. 7 BNatSchG erforderlich?
	Tritt einer der Verbotstatbestände des § 44 Abs. 1 Nr. 1 – 4 BNatSchG ein?
	Ausnahme erforderlich Ausnahme nicht erforderlich
	Prüfung der Ausnahmevoraussetzungen Artenschutzprüfung abgeschlossen
6 Zus	sammenfassung
_	ende fachlich geeignete und zumutbare Nahmen sind in den Planunterlagen
	estellt und berücksichtigt worden: CEF - Maßnahmen
	FCS – Maßnahmen

Artenschutzrechtliche Prüfung:	Zauneidechse (Lacerta agilis)
Zuwanderungsbarriere für Eidechsen (V 02)	Funktionskontrolle / Monitoring /
	Risikomanagement
Unter Berücksichtigung der Wirkungsprognose un	d der vorgesehenen Maßnahmen
tritt kein Verbotstatbestand des § 44 Abs. 1 N	r. 1 – 4 ein, so dass <u>keine Ausnahme</u> gem. § 45 Abs. 7
BNatSchG, ggf. in Verbindung mit Art. 16 FFH-	RL <u>erforderlich</u> ist.
liegen die Ausnahmevoraussetzungen vor gem	n. § 45 Abs. 7 BNatSchG ggf. in Verbindung mit Art. 16 Abs. 1
FFH-RL	
sind die <u>Ausnahmevoraussetzungen</u> des § 45 A	Abs. 7 BNatSchG in Verbindung mit Art. 16 Abs. 1 FFH-RL <u>nicht</u>
erfüllt!	



Legende

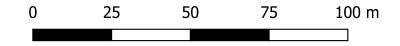
Eingriffsbereich



Untersuchungsgebiet

Vogelarten

- Feldsperling, Brutnachweis
- Fitis, Brutverdacht
- Goldammer, Brutverdacht
- Heckenbraunelle, Brutverdacht
- Stieglitz, Brutverdacht





IBU
 Ingenieurbüro für Umweltplanung

Dr. Theresa Rühl Am Boden 25 35460 Staufenberg Tel. (06406) 92 3 29 - 0 info@ibu-ruehl.de

Magistrat der Stadt Schwalmstadt	Projekt Nr.	250906
	bearb.	М. Јарре
		М. Јарре
Am Harthberg	Datum:	25.09.2025
Wortgebonde Vegelarten	Maßstab:	1:1200
Wertgebende Vogelarten	Karte 1	

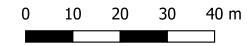


Legende

Eingriffsbereich

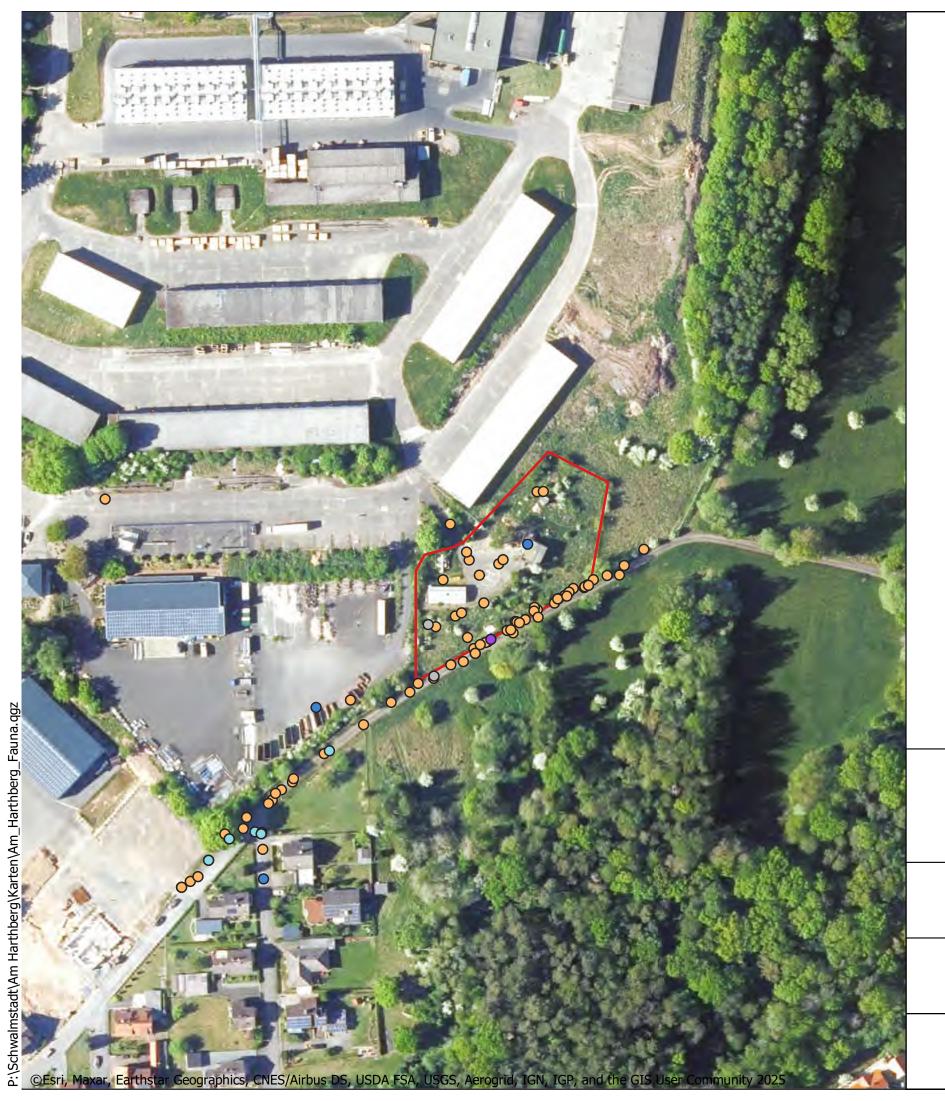


Fundpunkt Zauneidechse





Ingenieurbüro für Umweltplanung	Dr. Theresa Am Boden 2 35460 Stauf Tel. (06406) info@ibu-ru	5 enberg 92 3 29 - 0
Magistrat der Stadt Schwalmstadt		250906
		М. Јарре
Am Harthberg		М. Јарре
		06.10.2025
Reptilien		1:800



Legende

Eingriffsbereich

Fledermäuse

- Nyctaloid
- O Breitflügelfl.
- Kl. Abendsegler
- Mkm.
- Zwergfl.

0 50 100 m



Ingenieurbüro für Umweltplanung	Dr. Theresa Rühl Am Boden 25 35460 Staufenberg Tel. (06406) 92 3 29 - 0 info@ibu-ruehl.de
Magistrat der Stadt Schwalmstadt	Projekt Nr. 250906
riagional aci ocual ocimanistate	bearb. A. Ferla
Am Harthhara	gez. M. Windischmann
Am Harthberg	Datum: 02.10.2025
Fledermäuse	Maßstab: 1:1500
rieuei mause	Karte 3